

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis: vierteljährlich 1,50 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage. Die Neue Welt 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die Leihspaltenkolonne ober deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Beiträge und Bestimmungen-Aussagen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist: Gebühr 20 Pf. (täglich 2 gebührte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schiffsanfragen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Anzeigen über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 21. Februar 1913.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1984.

Amerika und die mexikanische Revolution.

In dem unglücklichen Mexiko ist wieder einmal eine Revolution ausgebrochen. In seiner Hauptstadt knallen seit acht Tagen Flinten und Kanonen, zahlreiche Häuser sind zerstört und viele Menschen sind getötet und verwundet; der Präsident Madero ist mit seinen Getreuen gefangen genommen. Hier wird die Behauptung, daß die Wiederholungen der Geschichte das eine Mal Trauerspiel, das andere Mal Farce seien, aufs neue bestätigt. Die früheren Erhebungen, von mehr oder weniger ehrlichen Freunden der Volkfreiheit unternommen, richteten sich gegen das Scheitern auf dem Präsidentenstuhl, Porfirio Diaz. Die heutige ist von Diaz' Anhängern und Soldaten gegen das etwas liberale Regime des inzwischen hinter Schloß und Riegel gebrauchten Präsidenten Madero angezettelt. Natürlich auch im Namen der Freiheit!

Die Volksmasse sieht dieser Revolte mit ziemlicher Gleichgültigkeit gegenüber. Das beweist die geringe Zahl der Kombattanten und die verhältnismäßige Ruhe außerhalb der Hauptstadt. Die gesundenen Proletarier haben Ursache genug, sich von diesen Revolutionären, die jetzt die Hauptstadt beschließen, so fern wie möglich zu halten. Als im Frühjahr 1911 der Sturm gegen das Diazsche Regime anhub, waren weite Schichten des städtischen und ländlichen Proletariats mit Herz und Faust dabei. Madero und seine Gesinnungsgenossen hatten die Befreiung Mexikos und seines Volkes auf die Fahne geschrieben. Seit 35 Jahren hatte das Land unter der Gewalttätigkeit des Schurken Diaz gelitten. Durch Betrug und Brutalität hatte er es fertig gebracht, daß er nach jedem Amtstermine immer wieder „praktisch einstimmig“ zum Präsidenten „gewählt“ worden war. Unter gemeinsamer Verwaltung der Verfassung — auf dem Papier eine der besten — wurden die eingeborenen Yaquis und Mayas, Männer, Frauen und Kinder, an die Plantagenbesitzer für einige hundert Mark verkauft. Weit über 100 000 Eingeborene wurden allein in Merida und Yucatan ihrer Scholle beraubt, um dann auf derselben „nun ihre Schulden abzarbeiten“, mit Peitschen zur Arbeit für die großen Landwirte und Ausbeuter getrieben. In ein, zwei, drei Jahren waren die Gefündesten zu Tode geschunden. Ihren Leidenskollegen in der Industrie ging es nicht besser. Die Energischeren unter ihnen flüchteten in die Berge, lebten das traurige Leben der Geächteten, lieferten von Zeit zu Zeit den Diazschen Blutbunden Scharmügel. Als dann die Kunde von einer Erhebung zu ihnen drang, stellten sie sich zu den Feinden der Regierung. Den vereinten Anstrengungen gelang es nach langem Kampfe, den Diaz zu verjagen. Sein Nachfolger, Madero, wurde von den Hoffnungen der Unterdrückten ins Amt geleitet.

Von dem, was Madero versprochen, hat er wenig oder nichts gehalten. Gewiß hatte seine Politik einen liberalen Einschlag, aber das große Schicksal der unteren Schichten hat er nicht erfüllt. Die Sklaverei und politische Unterdrückung besteht in kaum gemilderter Schärfe weiter. Früher wie jetzt triumphiert das Kapital. Das arbeitende Volk aber flagt und hungert weiter. Die Unterdrückten griffen für ihre Befreiung zum Schwert und erreichten nichts als einen Wechsel ihrer Unterdrücker. Vielleicht ist, es ein Unrecht an Madero, zu behaupten, er unterstehe sich von Diaz nur dem Grade, nicht dem Wesen nach. Unter den obwaltenden Umständen mochte es vielleicht auch einem Manne von zweifelstiller Ehrlichkeit und lauterer Freiheitsliebe nicht gegeben sein, des Volkes Schicksal zu erfüllen, weil er sich jener Uebermacht beugen mußte, die Diaz gefesselt gefördert hat: der Macht des amerikanischen Großkapitals. Denn die eigentlichen Besitzer und Beherrscher des lebenden und toten Inventars Mexikos sind die paar Finanzpiraten der Wallstreet zu New York. Inwieweit diese an der gegenwärtigen Revolte beteiligt sind, läßt sich dank der strengen Zensur und dank der aus ihrem Eigentum quellenden Lügenhaftigkeit der kapitalistischen Organe Amerikas nicht bestimmt sagen. Alle Nachrichten über den Stand der Dinge in Mexiko müssen über amerikanische Telegrammagenturen, deren Besitzer, alles Leute der New Yorker Wallstreet, das größte Interesse haben, nichts über die Entstehungsgeschichte mexikanischer Revolutionen, das wäre die Darstellung der Profitgier und der Gewissenlosigkeit ihrer Klasse, durchsickern zu lassen. Wie jedes Kind weiß, hatte die Hochfinanz der Wallstreet bei allen Revolutionen in Zentralamerika und hat sie vor allem auch bei der jetzigen in Mexiko ihre Hand im Spiel. Wenn das noch ausdrücklich bewiesen werden müßte, so brauchte man nur auf die Führerschaft des gegenwärtigen Aufstandes hinzuweisen. Ihr Haupt ist der Reize des früheren Präsidenten Diaz, der ehemalige Vizepräsident von Mexiko. Als solcher darrscherte er Dienste für die amerikanische Hochfinanz, wodurch er zu deren Vertrauensmann wurde. Dak er im vollen Einverständnis seines Onkels, wenn nicht auf dessen direkten Befehl, handelt, steht außer allem Zweifel. So wenig auch Präsident Madero während seiner Amtszeit für das arbeitende Volk getan und obgleich er alles vermeint hat, die Privilegien der Wallstreet anzutasten, das Vertrauen des amerikanischen Großkapitals will ihn nicht beglücken. Was die Ursachen dieser Mißgunst sind, läßt sich vorderhand nur ahnen. Immerhin eins weiß

man bestimmt, eine Gruppe der großkapitalistischen Organe der Vereinigten Staaten, insonderheit die gelbe Presse, schreibt wie besessen nach bewaffneter Intervention. Die Hearst-Blätter geschulbigen sogar die Lastische Regierung, sie halte die Berichte über die Brutalisierung weißer Amerikanerinnen durch Mexikaner zurück, um die Regierung zu stützen. Damit tut sie den Washingtoner Machthabern sicherlich unrecht. Denn diese würden keinen Augenblick vor einer Intervention zurückschrecken, wenn es die Interessen ihrer Klasse geböten. Denn Last hat schon wiederholt, erst als Kriegsmilitär (1908) und später als Präsident amerikanisches Militär über die Grenze geschickt. In den Grenzstädten, auf amerikanischem Boden, duldet er ein ganzes Heer von Spionen, Judassen und Provokateuren, die notorischweise im Golde Mexikos stehen. Wiederholt hat er mexikanische Flüchtlinge wieder zurück vor die Flinten der mexikanischen Soldateska treiben lassen. Und als vor einigen Tagen die ersten Zeichen des beginnenden Aufstandes sich zeigten, wurden Kriegsschiffe an die mexikanische Küste geschickt. Diese werden jedoch nur in alleräußerster Not intervenieren, und dann jedenfalls nicht zugunsten der Bedrückung des Blutvergießens. Der Wallstreet kann nichts vorteilhafter sein, als wenn sich die wehrfähige Mannschaft Mexikos gegenseitig aufreibt. Je schwächer der vielgeliebte Nachbarstaat, desto günstiger sind die Aussichten des amerikanischen Kapitals.

Das ganze Wirtschaftsleben und die Staatsmaschinerie Mexikos wird von amerikanischem Geld bewegt. In die 4000 Millionen Mark hat die Wallstreet in mexikanischen Werten angelegt. Seine Mineralölschähe, Schmelzwerke und Minen besitzt Guggenheim u. Co., seine Delquellen schöpft der Celtrust aus, seine Gummifelder, seine Bahnen, seine Banken sind im Besitze amerikanischer Kapitalisten oder werden zum mindesten von diesen kontrolliert. In der Sklaverei in Yucatan's Plantagen ist der amerikanische Seiltrust stark beteiligt, da er nachgerade den ganzen dort produzierten Hanf verarbeitet.

So groß nun auch die Interessen der amerikanischen Hochfinanz in Mexiko sind, eine bewaffnete Intervention muß ihr solange für nicht tunlich, für gefährlich erscheinen, solange nicht unternommen wird, an ihren zahlreichen Privilegien und vielseitigen Rechten zu rütteln. Das ist nun zwar bis jetzt auch noch von niemand gesagt worden. Immerhin, sie möchte Grund haben, zu befürchten, daß Madero ihre Profitgier und ihren Expansionsdrang nicht mit der Wärme unterstützen, die sie bei Diaz immer fand. Durch diese Eventualität sah sie sich bestimmt, der gegen Madero ziehenden Diazclique Herz und offene Hand entgegenzuhalten.

Wie bei früheren Gelegenheiten, so wird auch diesmal wieder die Annerion Mexikos verlangt. Mit dieser Forderung wird die gelbe Presse Amerikas vorläufig kein Glück haben. Dies nicht etwa, weil das Völkerecht im Wege steht. Um völkerrrechtliche Bestimmungen, Verfassung, Gesetze und Versprechen haben sich die Hemdsärmeldiplomaten in Washington nie gekümmert. Mit der gleichen Strampellosigkeit, mit der sie Kuba, die Philippinen und Panama weggenommen haben, würden sie auch Mexiko anneklieren, wenn dadurch die Interessen des amerikanischen Kapitalismus gefördert werden würden. Aber das ist eben nicht der Fall.

Der Annektion Mexikos müßte die Demokratisierung seines Staatseinrichtungen folgen; den Bürgern, Eingeborenen wie Weißen, müßte das aktive und passive Wahlrecht verliehen und sie zur Verwaltung der Gemeinden und des Staates zugelassen werden. Da kann ein Staat, der sich nicht genug brüsten kann, die Sklaven befreit zu haben, unmöglich in dem natürlich im Namen der Freiheit annektierten Gebiet die Sklaverei weiter bestehen lassen. Er müßte den Menschenhandel verbieten, die unglücklichen Yaquis und Mayas dürften nicht mehr zwecks Steigerung der Dividenden des Seiltrusts gefangen gehalten und zu Tode geschunden und geprügelt werden. Den Sklaven der Textilindustrien und Bahnmagnaten müßte das Koalitionsrecht gewährt werden und mit der Massifizierung hungernder Arbeiter würde es seine Schmierigkeiten haben.

Alle diese Nachteile würde die Annerion dem amerikanischen Ausbeutertum bringen. Sie bilden die Garantie, daß die Washingtoner Regierung auch fürderhin proklamiert, sie denke nicht daran, die Souveränität Mexikos anzutasten. Solange Aussicht vorhanden ist, daß sich in Mexiko solche billige und willige Förderer der Privilegien der Wallstreet finden, solange wird sich die amerikanische Regierung zum Beschützer der mexikanischen Unabhängigkeit aufspielen. Da das noch der Fall ist, so wird es vorderhand nicht zur Annerion kommen. Sollte trotz aller Vorsichtsmahregeln einmal eine unsicher ergebene oder zu viel klingende Anerkennung sordernde Clique in Mexiko zur Macht gelangen, dann wird sie nicht zögern, sie durch Anzettelung und Unterfütterung eines Revolutionärens zu beseitigen oder gefügig zu machen. Das hat die amerikanische Hochfinanz bis jetzt immer getan, das tut sie in diesen Tagen, das wird sie auch fürderhin tun. Denn es ist immer noch weniger kostspielig und birgt nicht die großen Nachteile, wie die Annerion.

Der neue Präsident.

New York, 20. Februar. (Meldung der „Associated Press“.) Wie eine Meldung aus Mexiko besagt, hat der Kongreß in einer besonderen Sitzung Querta zum provisorischen Präsi-

denten der neuen Regierung erwählt. Verschwörungen gegen Querta sind bereits entdeckt worden. Er ließ den General Francisco Romero verhaften, der beschuldigt wird, an einer derselben beteiligt gewesen zu sein.

Querta veröffentlicht eine Erklärung, daß vor dem Staatsstreich zwei Attentate auf ihn verübt worden seien, die er Madero zuschreibt. Im ersten Falle versuchte einer der Demonstranten, ihn im Palast zu töten; der zweite Anschlag erfolgte bei dem Bankett, auf dem Gustavo Madero verhaftet wurde. Man hat Querta unauffällig, Wein zu trinken, den er aber zurückwies. Die chemische Untersuchung des Weines ergab später, daß er mit Chankali vergiftet war.

Maderos Schicksal.

Mexiko, 19. Februar. Der ehemalige Präsident Madero und sein Bruder Gustavo wurden heute in früher Morgenstunden unter starker Bewachung aus dem Nationalpalast in das Arsenal übergeführt. Gustavo wurde kurz nach 9 Uhr morgens aus dem Arsenal geholt und erschossen.

Mexiko, 20. Februar. (Meldung der „Associated Press“.) Der Befehl des Präsidenten Querta, durch den Madero verhaftet wurde, sich seiner mit dem Zuge nach Veracruz abreisenden Familie anzuschließen, erfolgte in der letzten Minute. Die Botschaft Quertas wurde durch Lascurain überreicht, der seine Erklärungen geben konnte, Frau Madero brach in Tränen aus. Sie riefte dann mit der übrigen Gesellschaft ab, da sie die Pläne Quertas fürchtete.

Die Friedenspolitik der deutschen Sozialdemokratie.

Eine Kammerrede von Albert Thomas.

Paris, 19. Februar. (Fig. Ver.)

In der Budgetberatung der französischen Deputiertenkammer am Montag bekam Genosse Albert Thomas Gelegenheit, mit den französischen Verehrern der deutschen Sozialdemokratie abzurechnen, die diese als „patriotisch“, d. h. nationalistisch und militaristisch darzustellen und den französischen Arbeitern in dieser Gestalt als Rusler vorzuhalten liebten. In den letzten Monaten konnten sie sich bei ihren Tendenzlügen auf einen Gewährsmann berufen, den seine Zugehörigkeit zur französischen Partei und sein wissenschaftliches Ansehen zum einwandfreien Zeugen zu stempeln schienen. Charles Audler, der bekannte Literaturprofessor der Sorbonne, der seinerzeit ein Buch über die Entschung des deutschen Staatssozialismus und eine Uebersetzung des kommunistischen Manifests mit einer interessanten Einleitung über die Vorgeschichte dieser Schrift veröffentlicht hat, ließ im November und Dezember in der Revue „Action Nationale“ einen Artikel los, worin er mittels zusammengelaubarer Zitate vornehmlich in den Hildebrandischen Schriften, sowie aus Aussähen von Schippel und Leuthner und mit tühnen Zusätzen eigenen Fabrikats zu beweisen suchte, daß die deutsche Sozialdemokratie preussisch-militaristisch und kolonialistisch-imperialistisch verfaßt sei und redlicherweise aus der Internationale austreten müßte. Der Artikel war natürlich gefundenes Fressen für die offen nationalisistische und pseudoradikale Presse, die noch immer davon zehrt und auch die einzig unverfälschten Internationalisten des Syndikalismus begrüßten ihn mit Hurra und begannen in der „Action Ouvrière“ seinen überfüllten Abdruck. Unter diesen Umständen war es nicht nur eine charaktervolle Befundung internationaler Solidarität, sondern auch ein wichtiger Akt der Selbstverteidigung, daß Genosse Albert Thomas den gegen die französischen Sozialisten ausgebeuteten Rächen den Garaus machte. In seinem Bericht über die direkten Steuern hatte der Budgetreferent, der Radikale Cheron, unsere Genossen anzugreifen versucht, indem er ihnen, als sie ihn bei seinen Ausbilden auf die neuen Militärforderungen unterbrachen, ironisch zurief, daß sie lieber ihren deutschen Genossen raten müßten, die Annahme der geforderten Kredite zu verhindern. Das war, mit einer nicht unabsichtlichen Zweideutigkeit formuliert, die Unterschiebung der militaristischen Abstimungen der Sozialdemokratie. Thomas legte in seiner Erwiderung die Stellung dar, die die sozialistische Internationale überhaupt und ihre französischen und deutschen Zweige in der jetzigen Periode des Aufrüstungsfebers einnehmen. Er sagte:

„Wie werden in unseren ersten Bemühungen gegen die Heeres- und Marineausgaben in diesem Hand fortfahren. Sie, Herr Cheron, haben protestierend auf die Situation jenseits des Rheins hingewiesen. Auch ich verfolge für mein Teil mit erregter Aufmerksamkeit die Erhöhung der militärischen Ausgaben, die der „Temps“ vor kurzem aufgezeigt hat. Ja wohl — in Deutschland werden bald 805 000 Mann unter den Waffen stehen. In wenigen Monaten wird die deutsche Armee die unsere um mehr als 25 v. H. übersteigen. Zum erstenmal seit 42 Jahren wird sie ihre Ueberlegenheit über uns verdoppeln. Weins Herren! Auch wir denken über diese Dinge nach. Aber erlauben Sie uns, darüber in einer von der Ihren etwas verschiedenen Weise nachzudenken! Vor allem lassen Sie mich, Herr Generalberichterstatter, gegen die Behauptung protestieren, daß die deutschen Sozialisten die Militärkredite bewilligen (Aufe: „Niemals!“ auf der äußersten Linken.) Ich fordere welches Mitglied immer in dieser Versammlung auf, mir die Zustimmung eines deutschen Sozialisten für die Heeres- und Marinekredite nachzuweisen. (Beifall auf der äußersten Linken.) Und veruchen Sie nicht auf der anderen Seite unsere Ideen zu karikieren, und zu behaupten, daß wir allein unser Land entwaffnen wollen. Was wir wollen, ist die Fortsetzung unserer Politik des Friedens und der internationalen Verständigung

(Weisfall), unserer sozialistischen Propaganda in den Arbeitermassen. Wir haben das Recht, in dieser Kammer daran zu erinnern, was sich vor einigen Monaten, im Augenblick der europäischen Spannung, begeben hat — in der Kathedrale von Basel und im Saal unseres Kongresses, als alle Sozialisten Europas einstimmig ihre gemeinsame Politik festlegten — die Politik, die zur allgemeinen Abrüstung führen wird. (Weisfall auf der äußersten Linken). Mag sein, daß wir noch nicht soweit sind. Aber unsere Bemühungen haben ihre Wirkung. Und gestatten Sie einem Mann, der seit langem die ganze Entwicklung des deutschen Sozialismus verfolgt und seit zehn Jahren fast alljährlich nach Deutschland zurückkehrt, mit Freude die Fortschritte der sozialistischen Friedenspolitik in den Massen des deutschen Volks festzustellen.

Vor einiger Zeit hat einer unserer Genossen, ein sozialistischer Denker, einige unter Ihnen in Unruhe gebracht, als er sagte, daß wir uns irren und daß es in Deutschland einen förmlichen Neo-Sozialismus, einen Geschäfts-, einen militaristischen Sozialismus gebe. Sie haben uns die Kritik meines Lehrers Andler zitiert. Ich glaube, daß sich Andler schwer geirrt hat. Einerseits ist es sicher, daß noch vor wenigen Jahren die deutsche Sozialdemokratie keine solche Bewegung entfaltete, wie sie es in den Tagen der Agadir-Affäre und dann während der Tripolis-Affäre getan hat und wie sie es insbesondere in der jüngsten Zeit tat, da sie die Volksversammlungen gegen den europäischen Krieg vervielfachte. Andererseits muß ich darauf hinweisen, daß die Männer, deren Meinungen man zitiert und deren Theorien man wiedergegeben hat — Hildebrand und Reußner — von unseren deutschen Genossen als Eigenbrötler betrachtet werden, die in den Massen keinen Anhang haben. Der eine von ihnen ist sogar aus der deutschen Sozialdemokratie ausgeschlossen worden, und es ist wirklich sonderbar, daß man uns die Anschauungen einzelner Leute als die der großen Masse der deutschen Sozialdemokratie hinstellt.

Mein geschätzter Kollege Chéron, unsere Ideen schreiten vorwärts und sie würden es noch mehr, wenn Sie selbst, die Republikaner, die Demokraten und Radikalen dem republikanischen Ideal Ihrer Parteitradition treu blieben und statt die Militärforderungen automatisch zu bewilligen, es dahin brächten, mit den Liberalen aller Länder zusammen die notwendige Propaganda zu betreiben. (Weisfall auf der bürgerlichen Linken — Bewegung im Haus).

Diese mutigen und nützlichen Ausführungen des Genossen Thomas werden bei den deutschen sozialistischen Lesern ebenso Begeisterung hervorrufen wie bei den französischen.

Die Vennrühigung in Frankreich.

Paris, 20. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Man muß die wirkliche Vennrühigung in französischen Volks über die deutschen Rüstungen von der Stimmungsmache des imperialistischen Klüngels unterscheiden. Da die bürgerlichen Parteien die Unpopularität der Forderung auf Erhöhung der Dienstzeit und die kommenden Wahlen fürchten, organisieren sie eine Hege gegen die Sozialisten und setzen den Verleumdungszug gegen die deutsche Sozialdemokratie fort. Die nationalistischen Blätter, wie „Libre Parole“ und „Patrie“ behaupten, der „Vorwärts“ habe erklärt, Frankreich provoziere die deutschen Rüstungen, was natürlich eine freche Lüge ist. Andere Blätter nehmen die im gestrigen „Temps“ veröffentlichte Beschuldigung Millerands auf, daß die deutschen Sozialdemokraten bei der Annahme der letzten Militärvorlagen keinen ernstlichen Widerstand geleistet hätten.

Jaurès wendet sich in einem Artikel der „Humanité“ gegen die Agitation für den Militarismus und betont, daß die französischen Sozialisten gleich den deutschen, den gleichen Verleumdungen trotzten, ihre Propaganda gegen den Militarismus und den Krieg fortsetzen werden. Frankreich könne auf der Grundlage des stehenden Heeres mit dem an Einwohner reicheren Deutschland nicht wetteifern; es müßte denn bis zur fünfjährigen Dienstzeit gehen. Das Kasernenwesen zerstöre die nationale Arbeit. Die Republik könne sich nur verteidigen, indem sie an die Volkskräfte appelliert. Das deutsche und das französische Volk wolle den Frieden. Auch die Regierungen seien friedlich gesonnen, aber ihre militärischen Vorsichtsmahregeln bereiten den Krieg vor. Das Proletariat müsse den Frieden, die Demokratie und die Zivilisation retten.

Genosse Presseur schreibt in der „Humanité“, man müsse dem schwächlichen Dementi, das die Regierung den Angaben des „Temps“ über die geplanten Mahregeln entgegensetzte, mißtrauen. Die Regierung fühle der öffentlichen Meinung den Puls und würde, wenn diese sich erregen lasse, die Geschäftspatrioten und Reaktionsäre schon befriedigen. Es gelte deshalb auch zu Lande eine Entspannung anzustreben, wie sie zwischen England und Deutschland zur See sich anbahne. Auch Rußland näherte sich Deutschland.

Die Kriegsgefahr beherrscht das Tagesgespräch wie in den Agadirtagen. Die heute erfolgte Ernennung Delcassés zum Vorkämpfer in Petersburg an Stelle des zurückgetretenen Vorkämpfers Louis soll die vorhandenen Zweifel an dem Wert der französisch-russischen Allianz beruhigen. Die Ernennung wird allgemein als Demonstration gegen die Rüstungen Deutschlands angesehen. Wohl war der Abgang des Vorkämpfers Louis, der mit Tswolsti verfeindet war und von der Hofgesellschaft geschnitten wurde, schon lange vorhergesehen. Aber das Wiederauftreten Delcassés, der im vorigen Monat einen Verbleib im Ministerium abgelehnt hat, ist augenblicklich nicht geeignet, die internationale Lage zu verbessern. Indes ist die Ernennung mehr ein Symbol als ein unfreundlicher Akt und vielleicht mehr auf die innere Politik berechnet, um in den bevorzogenen Massen Stimmung für die Heeresreform zu machen.

Gegen den Rüstungswahnsinn.

In Ergänzung unserer telegraphischen Mitteilung geben wir nachstehend das Manifest des Vorstandes der französischen Sozialdemokratie im Wortlaut wieder: „Bedrohende Gerüchte gehen um. Während das Blut auf dem Balkan aufs neue fließt, und die rumänisch-bulgarischen und die russisch-österreichischen Rivalitäten von einer Minute zur anderen Veränderungen herbeiführen können, die den Weltkrieg entfesseln würden, bemühen sich die Regierungen der großen Nationen Europas, ihre Angriffsmacht zu häufen. Und plötzlich werden uns die in der Stille geschmiedeten Pläne enthüllt. Neben Oesterreich und Rußland, die nicht demobilisieren wollen, tritt Deutschland auf, um den Mannschafbestand seiner aktiven Armee von 650 auf 850 Tausend Mann zu erhöhen, kündigt die französische Regierung das Eingehen von Vorschlägen an, die

darauf hinausgehen, die militärischen Lasten unseres Landes beträchtlich zu steigern.

Wir wissen, daß unsere deutschen Genossen alles tun werden, was in ihrer Macht steht, um den chauvinistischen Wahnsinn ihrer Regierenden aufzuhalten. Sie werden wiederholen, was sie nie zu sagen aufhörten: „Für den Militarismus keinen Mann und keinen Groschen.“ Uns Sozialisten Frankreichs liegt es unter diesen kritischen Umständen ob, ebenfalls unsere Pflicht zu erfüllen. Unsere Gewählten werden in der Kammer mit aller Kraft sich den außerordentlichen Militärkrediten entgegensetzen, die verlangt werden. Sie werden nicht zugeben, daß noch 500 Millionen den 1600 Millionen des Jahresbudgets des Heeres und der Marine hinzugefügt und der nationalen Arbeit abgenommen werden, um neue Waffen für das Völkergemeinwohl zu schmieden. Aber darauf darf sich unser Protest nicht beschränken. Es ist nicht nur das Geld der Arbeiter, das unsere von Angst bewirkte oder provokatorische Kapitalistenklasse fordert: es ist ihr Fleisch! Unter dem Druck der wachsenden Demokratie hatte sie der Herabsetzung des Militärdienstes von drei auf zwei Jahre zugestimmt. Zur Stunde bedroht sie und ihre Regierung uns damit, die dreijährige Dienstzeit wieder für alle Waffengattungen einzuführen.

Welcher Wahnsinn! Niemals wird Frankreich infolge der Schwäche seiner Geburten eine so starke Kasernenarmee auf den Fuß stellen können wie seine Nachbarn im Osten. Auf diesem Gebiet ist es naturnotwendigerweise überholt und majorisiert. Was ist da zu tun? Wenn unsere leitenden Klassen sich des nationalen Interesses wirklich bewußt sind, so werden sie auf ein verurteiltes militärisches System verzichten und durch das Milizsystem, die allgemeine Volksbewaffnung, unserem Land eine Verteidigungskraft geben, die unangreifbar macht und seine Sicherheit und Freiheit gegen alle Habgier sichern werden. Das ist die Lösung, die unsere Partei schon vorgeschlagen hat im Einverständnis mit der gesamten Internationale. Es ist diese Lösung, welche unsere Partei den elenden Lösungen der bürgerlichen Parteien und ihrer Regierung gegenüberstellen wird.

Die permanente Verwaltungskommission zählt auf alle Föderationen, auf alle Parteigruppen, um einen großen Feldzug in diesem Sinne zu unternehmen. Sie zählt auf sie, um alle Arbeiter von Stadt und Land zum Kampf gegen den bewaffneten Frieden zu veranlassen, wie sie gegen den Krieg gekämpft haben.“

Stimmen gegen die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 20. Februar. In der radikalen Presse wird der Widerspruch gegen den Gedanken an die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit immer lebhafter. So schreibt das „Evénement“: Die Kammer, die gewiß zu allen Opfern bereit ist und alle Kredite, sowie alle Bestimmungen zur Verstärkung der Kavallerie billigen wird, wird die Wiederherstellung des dreijährigen Dienstes ablehnen, den das Parlament vor einigen Jahren fast einstimmig abgelehnt hat. — Die „Lanterne“ erklärt: Um die Mannschafbestände in Friedenszeiten zu verstärken, gibt es andere, weniger brüderliche Mittel als die Rückkehr zum dreijährigen Militärdienst. — Die „Action“ meint: Besser als durch jedes andere Mittel wird Frankreich in einer allmählichen Verwirklichung der Quadruplemente, das heißt in einem engeren Anschluß an die Balkanstaaten, das Gegengewicht gegen das neue Schwert finden, das Deutschland in die Waagschale geworfen hat. — Der gemäßigt republikanische Deputierte Charles Benoist erklärte einem Berichterstatter, er sei der Ansicht, daß die gegenwärtige Haltung Deutschlands weniger eine Drohung gegen Frankreich, als eine Vorsichtsmahregel gegen eine etwaige panslawistische Bewegung bilde.

Die Botschaft Poincarés.

Paris, 20. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Botschaft, die heute in Kammer und Senat verlesen wurde, ist ziemlich nichtsagend. Bemerkenswert ist höchstens neben einem nicht ganz eindeutigen Bekenntnis zu einer „gerechten“ Steuer- und Wahlreform, die Betonung einer „festen und voraussehenden Exekutivgewalt“. Dann macht Poincarés Propaganda für die neuen Rüstungsmahnahmen. Zum Schluß versichert die Botschaft, daß Frankreich im Verein mit ganz Europa daran arbeite, die jurchbaren Gefahren der Balkankriege zu beschwören.

Unternehmer-Hetze.

Obgleich der Reichstag vor kurzem mit großer Mehrheit die konervative Resolution auf Verbot des Streikpostens abgelehnt hat, hört die Unternehmerhetze zur Befestigung des Koalitionsrechts der Arbeiter nicht auf. Die Unternehmer heiden diesen Wunsch allerdings in die Forderung auf vermehrten Schutz der Arbeitwilligen. Das klingt dann so, als ob ihnen nur die Sorge um das Arbeitslöhnen einzelner Individuen am Herzen liege. Aber an den Arbeitwilligen liegt den Unternehmern ja nichts; müssen sie doch oft genug selbst die unangenehmsten Erfahrungen an diesen Vertretern der Arbeiterfrage machen. Die Arbeitwilligen sind den Unternehmern nur die Mittel zum Zweck der Niederhaltung der ganzen Arbeiterklasse.

Dies trat auch deutlich in den Debatten des Deutschen Handelstages, der Versammlung der deutschen Handelskammern, über den Arbeitswilligenschutz zutage. Der Erörterung lag folgender Antrag zugrunde:

„Der Deutsche Handelstag hat auf Grund der von ihm bei seinen Mitgliedern veranstalteten Umfrage die Ueberzeugung gewonnen, daß den Uebelständen bei Streiks im wesentlichen zu begegnen und die Arbeitwilligen nicht ferner dem Terrorismus der Streikenden in bisheriger Weise auszuweichen, ein ausgiebiger und schneller Schutz der Arbeitwilligen auf gesetzlichem Wege zu schaffen sei.“

Kommerzienrat Weber (Gera) forderte den Zusatz: „Er sieht in einem Verbot des Streikpostens das wirksamste Mittel dazu und spricht sich dafür aus, daß ein solches Verbot baldigt erlassen werden wird.“

Von mehreren Rednern — auch einzelne Kammern hatten sich vorher dahin ausgesprochen — wurde aber dieser Zusatz abgelehnt. Ein solches Verbot sei überflüssig, weil die Streikposten am wenigsten einen Terrorismus ausübten. Wenn man auch die Streikposten verbiete, die gesellschaftliche Nachschauung der Streikbrecher könne man nicht hindern. Nicht weil die Forderung des Zusatzantrages den Unternehmern zu weit geht, wurde er schließlich abgelehnt, sondern weil er ihnen zu offen die arbeitserfindlichen Pläne ausspricht, ohne doch den genügenden Erfolg zu bieten. Der Kommerzienrat Deussen (Krefeld) verwies darauf, daß ja die Justiz sehr schnell und wirksam arbeiten könne, wie die Erfahrungen im Ruhrgebiet zeigten — für Kommerzienrat Dr. Reben du Mont (Köln) wurden allerdings die staatlichen Nachmittel noch nicht frühzeitig genug in aller Schärfe angewendet. Solch eine schärfere Handhabung der bestehenden Gesetze und eine promptere Justiz sei nun für alle Fälle zu fordern.

Noch ein anderes Bedenken hatten einzelne Redner gegen die Forderung des Streikpostensverbots, und zwar die Furcht, das Verbot könne den Unternehmern selbst gefährlich werden. Bekanntlich wenden die Unternehmer gegeneinander die schärfsten Mittel an, um den Anschluß eines Aufseherers zu erzwingen. Geschäftlicher und gesellschaftlicher Boykott, Verwahrung durch Streikposten und Spittel sind unter den Schuhherren der Arbeitwilligen ganz übliche Kampfmittel. Kommerzienrat Weber (Gera) sprach demgegenüber allerdings offen aus, daß man nicht so ängstlich zu sein brauche, daß die Gesetze nun auch gegen Unternehmer angewandt werden könnten. Aber die Mehrzahl der Vertreter schien diese Befürchtung doch noch zu hegen, denn sie zwangen Weber zur Zurücknahme seines Zusatzantrages. Man warnte sich gegenfeitig, ja nicht der Sozialdemokratie noch mehr Agitationsstoff zu liefern und begnügte sich mit dem Appell an die Regierung und ihre Justiz.

Die Handelskammervertreter, die sich sicher zu den Liberalen zählen, treten auch hier wieder an die Seite der Konserverbäuer. Das zeigt deutlich die Gefahr, die der Arbeiterklasse von dieser Seite droht. Mögen auch die Liberalen kürzlich mit dem Zentrum den Antrag auf Erlass eines Streikpostensverbots abgelehnt haben, eine Sicherheit ist damit keineswegs gegeben, daß der Arbeiterklasse das geringe bestehende Maß von Koalitionsfreiheit erhalten bleibt. Nicht nur die ausgesprochen reaktionären Parteien sehen alle Hebel in Bewegung, um die Arbeiter niederzukalten. In den Reihen der Liberalen leben nicht weniger starke Kräfte, die den Arbeitern den Rest von Bewegungsfreiheit zum Kampfe gegen die Macht des Unternehmertums rauben wollen. Wo es sich um Arbeiterfragen handelt, steht eben dem Proletariat die geschlossene Phalanx des Bürgertums gegenüber.

Für den sozialpolitischen Geist des Deutschen Handelstages recht charakteristisch war auch die Annahme einer Resolution auf Mindernde des Arbeiterinnenschutzes. Die leider schon getroffenen Ausnahmegestimmungen, die eine Verlängerung der Maximalarbeitszeit unter gewissen Verhältnissen zulassen, will der Handelstag noch mehr zugunsten der Arbeiterinnen ausgedehnt wissen.

Die Vermittlung der Mächte.

Die Nachrichten, die über den rumänisch-bulgarischen Konflikt vorliegen, lauten etwas günstiger. Eine offiziöse Mitteilung der „Politischen Korrespondenz“ aus Sofia besagt, daß der Gegensatz durch das vermittelnde Eingreifen der Mächte an Schärfe abgenommen habe. Man glaube sogar schon ankündigen zu können, daß die Besprechungen von dem Erfolge, zwischen dem beiderseitigen Standpunkte eine mittlere Linie zu finden, nicht mehr entfernt seien. Es sei die Annahme gestattet, daß die bulgarische Regierung die Abtretung der Stadt Silistria, die sie bis zum Eingreifen der Mächte durchaus verweigerte, nun unter gewissen Voraussetzungen nicht mehr als unmögliches Zugeständnis betrachten werde.

In Petersburg meint man, daß zwei Mächte, von denen die eine dem Dreieck, die andere dem Dreieck angehören soll, die Schlichtung des Streitess übernehmen würden.

Vom türkisch-bulgarischen Kriegsschauplatz liegen auch heute keine Nachrichten von Bedeutung vor.

Die Vermittlungsaktion.

London, 20. Februar. Das Reutersche Bureau meldet: Die Großmächte haben am Dienstag in Sofia und in Bukarest ihre Vermittlung in den zwischen Bulgarien und Rumänien schwebenden Fragen angeboten. Man hat allen Grund, zu glauben, daß beide Regierungen die Vermittlung annehmen werden. Alle Mächte handeln in vollständigem Einverständnis und in dem Wunsch, eine Lösung des rumänisch-bulgarischen Streitfalles herbeizuführen. Man weiß nur noch nicht, ob man einzelne Mächte beauftragen wird, im Namen aller zu handeln.

Die Friedensunterhandlungen.

Konstantinopel, 20. Februar. Es verlautet, Salkie Pascha habe der Pforte telegraphisch mitgeteilt, seine erste Unterredung mit dem Staatssekretär Grey lasse erkennen, daß die Wiedereröffnung der Friedensverhandlungen auf der Grundlage der türkischen Antwortnote unmöglich sei. Die Pforte werde Salkie Pascha neue Weisungen übermitteln.

Ein amtlicher Kriegsbericht besagt: Gestern nach Mitternacht wurde Adrianopel sehr schwach beschossen. Die Situation vor Tschataldja und Gallipoli ist unverändert.

Das Gerücht über die Einnahme zweier Forts vor Bulair bestätigt sich nicht.

Erregung in Indien.

Kalkutta, 19. Februar. Die Gärung, die der Balkankrieg unter der mohammedanischen Bevölkerung verursacht hat, dauert unermindert fort. Die anglo-indische Presse weist auf die Leidenschaft der Reden hin, die hier gehalten werden, und auf die Bestrebungen, einen Boykott zu veranstalten. Ein gemäßigtes bengalisches Blatt sagt, die Lage fange an, ernst zu werden, da die Hindus extremistischer Richtung sich die Erregung der Mohammedaner zunutze machen, und ermahnt die Regierung, Versammlungen zu verbieten, in denen der Krieg erörtert werde. Andersfalls werde die Bewegung dieselbe Entwicklung wie die Bewegung der Hindus nehmen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Februar 1913.

Ostmarkenzulage und Eisenbahnetat.

Aus dem Reichstag. In drei namentlichen Abstimmungen hat der Reichstag mit stets gleichbleibender Mehrheit die Ostmarkenzulagen abgelehnt, die in verschiedener Gestalt und unter verschiedenen Vorwänden in den Etat eingeschmuggelt werden sollten. Die Mäße, die man sich auf der Reden und bei den Nationalliberalen gemacht hatte, war also, wie vorausgesehen, umsonst.

Die Spezialdiskussion über den Etat des Reichspostamts wurde daraufhin zu Ende geführt. Eine Reihe einzelner Wünsche wurde noch vorgebracht. Herr Hubrich von den Fortschrittlichen und mehrere von den unter verschiedenen Parteien verteilten christlichen Sekretären beteiligten sich an der Debatte. Genosse Jubeil trat mit großer Energie für die Forderungen der Telegraphenarbeiter ein und versprach dem Staatssekretär, ihn immer wieder öffentlich zu mahnen, bis er etwas mehr Verständnis zeige. Diese Bemerkung reizte den empfindlichen Herrn Kracke offenbar so sehr, daß er sich die deplacirte Bemerkung erlaubte, seine Arbeiter

würden noch lange so gut bezahlt wie die Angestellten sozialdemokratischer Unternehmer. Diese Ungezogenheit zahlte ihm Genosse Kose gehörig heim, und er machte ihn besonders klar darauf aufmerksam, daß die Aufbesserungen, die bisher erfolgt sind, vorzugsweise dem Drängen der Sozialdemokraten zu verdanken sind.

Als Herr Kraetzke endlich die Armeesünderbank des Bundesrats verlassen durfte, wurde der Etat der Reichsdruckerei ohne Diskussion bewilligt. Beim Etat des Reichseisenbahnamts machte Genosse Hagenzahl sehr sachkundige Ausführungen über die gegenwärtige deutsche Eisenbahnpolitik, deren Zerrissenheit er das Programm einer vernünftigen und rationalen Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens gegenüberstellte. Er konnte auch nachweisen, daß gerade die Vorherrschaft territorialer Sonderinteressen vom Reichseisenbahnamt durchaus nicht genügend bekämpft wird, und seine Bemerkungen zum preussisch-berlinischen Eisenbahnvertrag waren eine besonders deutliche Illustration des preussischen Partikularismus, wie er in der Verkehrspolitik sich vordrängt. Der letzte Teil seiner Rede war der Betrachtung der höchst ungünstigen Arbeitsverhältnisse im Eisenbahndienst gewidmet, ein Kapitel, in dem gleichfalls das Reichseisenbahnamt sich nützlich erweisen sollte.

Die Debatte geht morgen weiter.

Wahlreden im Abgeordnetenhaus.

Daß die Landtagswahlen ihre Schatten vorauswerfen, zeigte die Donnerstagssitzung des Abgeordnetenhauses. Die bürgerlichen Parteien sind samt und sonders auf die Stimmen der Mittelschichten angewiesen, und so benutzten sie denn die Generaldebatte zum Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung zu Wahlreden, um den Mittelstand einzufangen. Wenn auch nur der zehnte Teil dessen in Erfüllung geht, was die Kahardt (H.), Karow (L.) und Euler (Z.) den Handwerkern versprochen, dann ist tatsächlich die Zeit hereingebrochen, wo das Sprichwort vom goldenen Boden des Handwerks sich verwirklicht. Aber die Herren mögen reden, was sie wollen, sie mögen innerlich selbst fest von der Richtigkeit ihrer Ansichten überzeugt sein, den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung können auch sie nicht aufhalten. Und im Grunde genommen sind es ja nur Gewaltmittel, die die Herren vorschlagen. Alles, was dem Handwerk Konkurrenz macht, soll erdrückt werden, auf der einen Seite die armen Hausierer, die Herr Karow geschmacklos als Spitzhüben bezeichnete, auf der anderen Seite die kapitalkräftigen Warenhäuser und die Konsumvereine der Arbeiter und Beamten. Katastrophal wurde zwischenredend auch weiblich über den angeblichen Terrorismus der Sozialdemokraten gezeret. Dies beliebte Thema gehört nun einmal zum Programm der bürgerlichen Parteien, und daß ausgerechnet Herr Rosenow der lauteste Krieger im Streit gegen den Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften ist, kennzeichnet den Tiefstand der Fortschrittler. Ob Herr Rosenow sich gegen Ausnahmeerlasse erklärt und die heutigen Gesetze für ausreichend hält, fällt nicht ins Gewicht gegenüber der Tatsache, daß er durch seine Rede Wasser auf die Mühle des Scharfmachers gegossen hat.

Für die Interessen der Arbeiter trat nur der sozialdemokratische Redner Genosse Vorhard ein, der nachwies, daß die Arbeiter einen verhältnismäßig geringen Vorteil von dem industriellen Aufschwung haben, und gegenüber der wieder erhobenen Forderung auf Inzustrücken des zweiten Teils des Gesetzes über die Sicherung der Kauforderungen bemerkte, daß dadurch der Kaufwandel nicht beseitigt wird, sondern daß es nötig ist, endlich einmal energisch der Terrainspekulation zu Leibe zu gehen. Dem Märchen vom sozialdemokratischen Terrorismus begegnete unser Redner geschickt mit einer Fülle wirklicher Terrorismussfälle der Unternehmer.

Nachdem noch der rechtsnationalistische Abg. Dr. Schifferer für die Schutzpolizei eingetreten war, wurde die Debatte geschlossen und das Gehalt des Ministers bewilligt.

Am Freitag wird die Staatsberatung durch die Erledigung kleiner Vorlagen, Initiativanträge und Petitionen unterbrochen.

Preussische Kulturpläne.

Die „Nordb. Allgem. Ztg.“ leistet sich — jedenfalls auf Anweisung des Herrn v. Breitenbach — folgende Berichtigung:

Durch die Presse geht die Nachricht, daß der Minister der öffentlichen Arbeiten in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses erklärt habe, persönlich einer Aufhebung der Fahrkartensteuer sehr geneigt zu sein, nicht etwa im fiskalischen Interesse der Staatsbahnverwaltung, sondern aus verkehrstechnischen Gründen, um eine bessere Verteilung der Reisenden auf die einzelnen Wagenklassen zu erzielen.

Wie wir erfahren, ist diese Mitteilung teils ungenau, teils unzutreffend. Unrichtig ist, daß der Minister sich für Aufhebung der Fahrkartensteuer ausgesprochen hat.

Der Minister hat — ebenso wie in früheren Jahren — lediglich erklärt, daß er eine Abänderung der heutigen Fahrkartensteuer für erwünscht halte, weil durch deren verfehlten Aufbau Abwanderungen von Reisenden in niedrigere Klassen — namentlich aus der I. in die II. Klasse — hervorgerufen worden seien, die nur durch eine mehr gleichmäßige Verteilung der Steuer auf die drei oberen Klassen wieder rückgängig gemacht werden könnten. Damit verband der Minister die weitere Mitteilung, daß diese im Interesse einer besseren Verteilung der Reisenden auf die einzelnen Klassen erwünschte Maßnahme zur Zeit leider nicht durchgeführt werden könne, weil einerseits das Reich außerstande sei, einer Minderung der Einnahmen aus der Fahrkartensteuer zuzustimmen und weil andererseits im Reichstag wenig Stimmung dafür bestehe, die I. und II. Klasse durch eine wenn auch noch so geringe Mehrbesteuerung der III. Klasse zu entlasten.

Das ganze einfältige Gerede beweist nur, daß die preussische Eisenbahnpolitik nicht nach geschäftlichen Grundrissen im Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung geleitet wird, sondern, wie es sich im Kulturstaate Preußen geziemt, ausschließlich auf den herrschenden Kastengeist und Standesdünkel eines hohen Adels, der oberen Staatsbureauftritte und der Millionäre Rücksicht nimmt, mögen auch dem Steuerzahler diese zarten Rücksichten ziemlich teuer zu stehen kommen. Damit die erste Wagenklasse etwas mehr bemittelt wird, soll die Fahrkartensteuer für die erste Klasse ermäßigt, für die dritte Klasse erhöht werden; das heißt die Reisenden der dritten Klasse sollen höhere Fahrpreise zahlen, damit die völlige Unrentabilität der ersten Wagenklasse nicht so scharf hervortritt und wenigstens teilweise ausgeglichen wird. Möglich, daß durch Verbilligung der Fahrpreise für die erste Klasse einige Junker, Großindustrielle und Beamte, die bisher die zweite Wagenklasse benutzten, bestimmt würden, künftig aus „Standesrücksichten“ aus der zweiten in die erste Klasse abzuwandern; aber rentieren würde sich auch dann die erste Klasse nicht, wie sie sich überhaupt bisher noch niemals rentiert hat. Der einzige vernünftige Schluss aus

dieser Tatsache ist: die erste Klasse muß abgeschafft werden! Doch soweit reicht die Konsequenz und Weisheit eines hohen Eisenbahnministers nicht. Wo bliebe die ganze preussische Edelkultur, wenn einem Herrn Landrat oder einem Herrn Baron aus Ostelbien, mag er auch der größte Hohlkopf sein, zugemutet würde, mit einem gewöhnlichen Bürgerlichen, vielleicht gar mit einem Professor, Gymnasiallehrer oder Zigarrenfabrikanten usw., zusammenzufahren. Die schönsten Stützen des preussischen Staates würden ins Wanken geraten. Deshalb muß der Kastengeist sorgfältig aufrecht erhalten — und die dritte Klasse verteuert werden. Doch, o Schmerz, der jetzige Reichstag ist für solche erhabenen schönen Pläne nicht zu haben, und so verzichtet der Herr Eisenbahnminister vorläufig resigniert auf deren Ausführung.

Die Schlotjunker wollen die Throne fortsetzen!

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ ist zwar von der nationalliberalen Partei als offizielles Parteiorgan längst abgelehnt worden. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß dies Blatt nach wie vor das sehr einflussreiche Sprachrohr der rheinisch-westfälischen Schlotbarone geblieben ist. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ ist nun höchst ergrünnt darüber, daß der junge Lumberländer als Hohenzollernsche Morgengabe nicht nur den Belsenfonds, sondern auch die Braunschweigische Krone erhalten soll. So großzügigen Kapitalisten, wie es die rheinisch-westfälischen Erz- und Kohlenmagnaten sind, paßt aber die ganze Kleinstaaterei nicht. Sie hätten es am liebsten gesehen, wenn Preußen, in dem ja dank dem skandalösen Geldfaktorenwahlrecht die Schlotbarone neben den Landjunkern die Herren spielen dürfen, einfach Braunschweig verschluckt hätte.

Dem Blatte der Zechenherren paßt deshalb der welfisch-hohenzollernsche „Herzensbund“ ganz und gar nicht. Vieht es doch über das kindliche Märchen von diesem Herzensbund den beifendsten Spott aus:

„Und nun noch ein Wort über die sogenannte „Herzensneigung“ und die „Herzensbe“. Wir wünschen der Prinzessin von Preußen auf ihrem Lebenswege alles Beste und verehren sie aufrichtig als die Tochter des Kaiserpaars. Allein wenn offiziöse Scribenten sich anmaßen, das deutsche Volk anzulügen, so müssen wir doch daran erinnern, wie Verlöbniße in den Höfen zustande kommen, und daß von Herzensneigung nicht die Rede sein kann. Prinzessin Viktoria Luise hat ihren Bräutigam vor der Verlobung noch nie gesehen, und es ist eine starke Leistung, wenn man angeht die Verhältnisse dem deutschen Volke vorschwätzt, es handele sich nicht um die Politik, sondern um ein Herzensbündnis. Ganz besonders bestrebt es nun jemand, der zwischen diplomatischen Zeilen lesen kann, daß der Herzog von Lumberland dieses Herzensbündnis so gespannt und betont erwähnt. Das ist die welfische diplomatische Vuchung der Angelegenheit — es kommt auf das Konto privater Herzensangelegenheiten. Der Herzog sagt damit seinen Getreuen, politisch geht mich die ganze Sache gar nichts an und wir und meine Nachkommen werden, wenn es einmal Preußen recht dreht geht (quid bono, faustumque sit), selbstverständlich unsere vollen welfischen Ansprüche wieder hervorholen.“

Das schönste kommt aber dann am Schluß des Artikels, der in der Nr. 189 erschienen ist. Hier wird den Fürstinnen mit dem König von Preußen an der Spitze wieder einmal ganz energisch mit der bekannten „Revision der monarchischen Ueberzeugung“ gedroht:

„Wir betrinken uns mit grophartigen Phrasen und singen Deutschland von der Erde bis an den Welt im Augenblick, wo wir es in die Kleinstaaterei hinunterlassen lassen. Aber es könnte doch einmal ein Teil des Bismarckschen Geistes wieder erwachen, es könnte doch einmal wiederum die Sehnsucht nach Größe und Einheit das deutsche Volk erzittern lassen, und wenn dann die Fürstinnen in ihrer Politik nichts anderes gekannt haben als Fürstenrecht, Kleinstaaterei, Fürstentümme und Serenissimustumwirtschast, dann wird wiederum der nationale Strom demokratisch werden, wie im Jahre 1848, weil man nur im Fortsetzen aller Fürstinnen noch das Heil erblicken kann. Und dann möchten vielleicht die Fürstinnen erzittern über das, was ihre Ahnen heute getan haben.“

Dieser erfrischende Herzenserguß in dem Leitartikel der Nr. 189 macht sich um so hübscher, als die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ sich in ihrer Nr. 172 in einem Reichstagsartikell noch weiblich darüber entristet hatte, daß vor zwei Jahren einmal Ledebour ausgesprochen habe: „Wir streben die Republik auch in Deutschland an.“ Und nun erklärt das nämliche Blatt, daß schließlich nur „im Fortsetzen aller Fürstinnen“ (das Bdröchen aller hat die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ besonders gesperrt!) das Heil zu erwarten sei! Eine reizende Deklaration des Monarchismus des Geldfacks!

Verlegenheitsausreden.

Unsere Festmangelung der ungeheuerlichen Tatsache, daß der Freisinn durch seine Forderung der Beseitigung der preussischen Steuerzuschläge den schwerreichen Geldfäden ein solofales Geschenk machen will, sucht die „Freisinnige Ztg.“ abermals durch einen spaltenlangen Leitartikel abzukuscheln. Was sie aber vorzubringen vermag, ist so ungewöhnlich dürriges Drumherumgerede, daß es genügt, noch einmal die nackten Tatsachen gebührend festzustellen. Ueber die Abneigung, daß die Sozialdemokratie, weil sie doch überhaupt den Etat ablehne, schon an und für sich gar kein Recht habe, dem Freisinn Vorwürfe wegen seiner Steuerpolitik zu machen, wollen wir auch diesmal mit mildeidigem Achselzucken hinweggehen. Und der anderen Ausrede, daß der Freisinn doch keine Veranlassung habe, Steuern auf Vorrat zu schaffen, legen wir einfach die Frage gegenüber, ob denn nicht auch der Freisinn der Auffassung ist, daß die Gehälter der Unterbeamten, die Pensionen der Altpensionäre und die Löhne der vielen hunderttausend Staatsarbeiter einer ganz erheblichen Aufbesserung bedürftig sind? Diese nur zu berechtigten Forderungen würden aber erst recht unerfüllt bleiben, wenn der Freisinn den schwerreichen Geldfäden zuliebe die Steuerzuschläge abschaffen hilft.

Ganz dumm ist auch das Gerede der „Freisinnigen Zeitung“, daß die Sozialdemokratie, die 1900 darüber geklagt habe, daß auch der Freisinn die Zuschläge für die kleinen und unteren Einkommen eingeführt habe, sich dadurch selbst ins Gesicht schlage, daß sie jetzt feststelle, daß von den Zuschlägen nur 3/4 Millionen auf die Einkommen unter 3000 M. entfallen. Als ob nicht auch dreieinhalb Millionen schon ein unerhörtes Unrecht gegenüber den nichtbesitzenden Massen bedeuteten! Ein Schwindel der „Freisinnigen Zeitung“ aber ist es, wenn sie ihren Leser immer wieder die sozialdemokratische Forderung, die auch Ströbel nachdrücklich im Landtag erhoben hat, unterschlägt, daß natürlich die Steuerzuschläge für die kleinen und mittleren Einkommen unbedingt beseitigt werden müßten!

Hier aber noch einmal die Gründe, weshalb sich der Freisinn so sehr für die Beseitigung der Steuerzuschläge einsetzt: Würden doch dadurch allein den physischen Einkommensteuern mit einem Einkommen von mehr als 9500 M. runde 27 Millionen geschenkt werden. Ferner würden den Aktien-, Kommandit- und sonstigen kapitalistischen Erwerbseinkünften 16 Millionen geschenkt werden. Außerdem den Besitzenden circa 10 Millionen an Zuschlägen zur Vermögenssteuer. Das sind zusammen weit über 50 Millionen Mark, die seit vier Jahren gezahlt wurden und die nunmehr den schwerreichen preussischen Besitzern geschenkt werden sollen, weil sie sich in Preußen schadlos halten wollen für eine Besitzsteuer zur Deckung der neuen Militärtausgaben.

Wir werden diesen plutokratischen Liebesdienst des Freisinn in der Wahltagation noch gebührend ausnutzen!

Versprechungen an die preussischen Eisenbahner.

In der Budgetkommission des Dreiklassenhauses kündigte der Eisenbahnminister verschiedene Reformen im Dienste an. Die Ruhezeiten sollen demnächst neu geregelt werden, Betriebsbedienten über 50 Stunden besetzt, die regelmäßigen beiden Ruhetage von 24 auf 92 Stunden verlängert werden. Der Durchschnittsdienst des Zugpersonals würde täglich um eine Stunde vermindert, der des Stationspersonals auf 8 Stunden beschränkt und nur in besonderen Fällen bis zu 12 Stunden ausgedehnt werden. Jedoch sollen alle diese Maßnahmen nur allmählich durchgeführt werden. Sie erfordern eine Mehrausgabe von 15 Millionen Mark. Ein Wunsch eines fortschrittlichen Abgeordneten, daß die Löhne der Eisenbahnverwaltung nicht hinter den ortsüblichen Tagelöhnen zurückbleiben möchten, wurde von dem Minister abgelehnt, weil die ortsüblichen Tagelöhne nur nach versicherungstechnischen Rücksichten bestimmt würden. Der Minister erklärte, daß er gegen den Beitritt von Eisenbahntechnikern zum Deutschen Technikerverband jetzt nichts mehr einzuwenden habe, nachdem dieser Verband die Forderung des Streikrechts feierlich aufgehoben habe. Man habe ja auch gegen die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften nichts einzuwenden! Die angekündigten Reformen beweisen immerhin, daß die Verwaltung trotz der brutalen Unterdrückung jeder wirklichen Gewerkschaftsbewegung Vorforgnisse vor der steigenden Unzufriedenheit des Personals haben muß. Und dann stehen ja jetzt Neuwahlen bevor!

Aus dem obotritischen Junkerstaat.

Von einem gar wunderbaren Verfassungsplan wird aus dem Junkerstaate Schlida, dem Kulturstaate mit dem Ochsenkopfsymbol, berichtet:

Als der letzte Landtag verabschiedet wurde, kündigte der Großherzog eine neue Verfassungsvorlage für einen außerordentlich einuberufenen Landtag an. Für den Fall ihrer Ablehnung sollte eine Ultroptierung erfolgen. Hierzu erfährt der Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ aus zuverlässiger Quelle, daß die Regierung vor der Ritterschaft zurückgewichen ist. Seit einiger Zeit sind Verhandlungen zwischen dem Ministerium und der Ritterschaft geführt worden, die mit einem völligen Siege der Ritterschaft geendet haben. Es dürfte ein außerordentlich Landtag für Ende April oder Anfang Mai einberufen werden, dem eine neue Vorlage unterbreitet werden soll, deren Inhalt die Bürgermeister aber zur Ablehnung zwingen muß. Dann soll diese neue Vorlage dem Lande mit Hilfe der Ritterschaft ultroptiert werden.

Ein fauberer Plan — echt obotritisch.

Hamburger Bürgerchaftswahl.

Ein Mandat haben unsere Genossen bei der am 18. d. M. vollzogenen Grundeigentümerwahl zur Bürgerchaft errungen. Es entfielen auf die sozialdemokratische Liste 3940 Stimmen, auf die der Liberalen 7177 Stimmen und auf die verbundenegen Listen der alten Fraktionen zusammen 65 533 Stimmen. Da nach dem Verhältniswahlsystem gewählt wird, erhielten die alten Fraktionen 18 Mandate, die Liberalen 1 und die Sozialdemokraten 1 Mandat. Gewählt ist von unserer Partei Genosse Georg Blume, der schon früher der Bürgerchaft angehört hat und diesmal an Stelle des freiwillig aus der Bürgerchaft ausgetretenen Genossen R. Borard gewählt ist. Die sozialdemokratische Fraktion der Hamburger Bürgerchaft hat damit ihre alte Stärke von 20 Mitgliedern wieder erreicht.

Jordan v. Kröchers Mandat in Gefahr.

Der „starke Mann“ der Konservativen, einstige Präsident des Dreiklassenhauses, wird höchstwahrscheinlich dem Ballot-Bau den Rücken kehren müssen. Die Amtsvorsteher in seinem Wahlkreise Salzwedel-Bördelegen haben sich zu sehr für ihn ins Zeug gelegt und dabei nicht die Wahrheit des Sages bedacht: „Blinder Eifer schadet nur.“ Gegen 2 Stimmen hat die Wahlprüfungskommission des Reichstages beschlossen, in der Tatsache, daß eine Anzahl Amtsvorsteher einen Wahlaufruf unter Verfüzung ihres Amtstitels unterdrückt haben, sei eine amtliche Wahlbeeinflussung zu erblicken. Die Folge war, daß die Kommission beschloß, in vier Amtsbezirken, auf die sich diese Wahlbeeinflussung erstreckt hatte, die konservativen Stimmen zu kassieren. Herr v. Kröcher hatte eine Mehrheit von 812 Stimmen. Es müssen ihm nun 1047 Stimmen abgezogen werden und damit hat er die Mehrheit verloren. Die ziffermäßige Feststellung dieses Resultats findet am Mittwoch statt.

Ungarn.

Der Panamist.

Budapest, 20. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“). Die Weigerung des ungarischen Ministerpräsidenten, die drei früheren Minister, die so schwere Anklagen gegen ihn erhoben haben, vor Gericht zu ziehen, um so die Möglichkeit einer gerichtlichen Nachprüfung der Anschuldigungen zu geben, hat alle Kreise in Ungarn förmlich in Aufruhr versetzt. Es gibt jetzt nur eine Stimme: Lukacs muß schuldig sein, sonst würde er sich nicht auf diese feige Weise um den gerichtlichen Austrag der Sache herumdrücken. Auch an den oberen Regierungsstellen haben anscheinend die Aussprüche Lukacs stark verärgert. Es wird erzählt, daß seine Tage als Ministerpräsident gezählt seien.

Wäre das richtig, dann würde der Zweck, den die Angriffe auf Lukacs hatten, erreicht sein, auch ohne gerichtliches Urteil. Daß die Masse nie an der Wichtigkeit der Beschuldigungen gezweifelt hat, stand überdies schon lange fest.

Marokko.

Besehung von Tetuan durch die Spanier.

Madrid, 19. Februar. Ministerpräsident Graf Romanones hat mitgeteilt, daß General Alfau heute mittag mit einer kleinen Abteilung vor dem bisher noch unabhängigen Tetuan (an der Nordspitze Marokkos am Mitteländischen Meer) erschienen ist und ohne Zwischenfall die spanische Flagge über der Stadt gehißt hat.

Paris, 20. Februar. Zur Besehung Tetuans durch die Spanier erfährt das „Journal des Debats“ aus Madrid, die spanische Regierung habe weder Frankreich noch England von dieser im letzten Augenblick beschlossenen Maßnahme verständigt. In politischen Kreisen halte man es für möglich, daß die Besehung Tetuans beschleunigt worden sei, weil die Ratifizierung des französisch-spanischen Marokkovertrages seitens des französischen Parlaments aller Voraussicht nach noch geraume Zeit auf sich warten lassen dürfte.

Gewerkchaftliches.

Stimmungsmache der Bauunternehmer.

Die Schiedsprüche im Holz- und Malergewerbe sind den Herren vom Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in die Glieder gefahren. Sie haben bei allen bisher gepflogenen Verhandlungen eine allgemeine Lohnerhöhung als ganz unmöglich bezeichnet, und sie haben zweifellos die Absicht, diese Komödie bei den Verhandlungen, die am 24. Februar weitergeführt werden, aufs neue zu spielen. Da mußten ihnen freilich die Schiedsprüche in diesen beiden Gewerben unangenehm sein, denn sie sagen sich wohl mit Recht, daß man den Bauarbeitern kaum werde verweigern können, was man den anderen Arbeitergruppen gewährt hat. Sie bemühen sich darum, der Welt glauben zu machen, als lägen die Verhältnisse im Baugewerbe völlig anders. Jetzt sind sie dabei, die Presse über die vermeintliche Bautätigkeit in diesem Jahre zu „informieren“. Natürlich handelt es sich dabei um eine ganz gewöhnliche Stimmungsmache. In dem an die bürgerlichen Zeitungen verhandelten Wajschettel heißt es:

„Schlechte Aussichten für die Bauzeitung 1913. Für die Neuregelungen der Arbeitsbedingungen im Baugewerbe ist es nicht ohne Einfluß, ob eine schwache oder starke Bautätigkeit im Jahre 1913 zu erwarten ist. Eine Umfrage des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe bei seinen 500 Ortsverbänden hat nun ergeben, daß für das ganze Deutsche Reich — mit Ausnahme weniger Orte, in denen größere staatliche oder städtische Bauten auszuführen sind — die Aussichten sehr schlecht, vielfach geradezu trostlos sind. Danach sind die optimistischen Auffassungen, die von den Vorstehenden der Bauarbeiter-Zentralverbände in den kürzlich stattgefundenen Generalversammlungen ausgesprochen worden sind, nicht berechtigt.“

Man sollte eigentlich annehmen, daß die Presse solche Notizen, deren tendenziöser Charakter ganz unverkennbar ist, zurückweisen würde. Was soll zum Beispiel mit der „Umfrage des deutschen Arbeitgeberbundes“ bezweckt werden? Kann irgendein Mensch erwarten, daß bei einer solchen Umfrage objektive Ergebnisse herauskommen könnten? Zunächst ist es auch für einen mitten im Vorleben stehenden Mann nicht leicht, im Januar anzugeben, wie es im April und Mai mit der Geschäftstätigkeit bestellt sein wird. Nur in den seltensten Fällen sind die Verhältnisse so übersichtlich, daß sie ein sicheres Urteil zulassen. Wenn aber die allgemeine Geschäftslage von solcher Ungevißheit umgeben ist, wie gegenwärtig, dann hört überhaupt jede Möglichkeit einer Vorhersage der Baukonjunktur auf.

Aber nun muß man bedenken, wie diese „Umfrage“ vor sich ging. Im Herbst des vorigen Jahres erließ der Vorstand des Arbeitgeberbundes ein Rundschreiben, in dem er seine 500 Ortsverbände antwies, nach Kräften dafür zu sorgen, daß die Bautätigkeit im Frühjahr 1913 so schwach und langsam wie möglich werde. Man sollte auf schnelle Fertigstellung angefangener Arbeiten drängen, dagegen Industrielle und Behörden zu überreden suchen, neue Arbeiten bis nach Erledigung der Tarifbewegung hinauszuschieben. Selbstverständlich haben die Ortsverbände getan, was in ihren Kräften stand. Und nun bekamen sie im Januar die Aufforderung des Bundesverbandes, einen Bericht über die Aussichten der Bautätigkeit einzusenden — einen Bericht, von dem sie natürlich mußten, zu welchem Zwecke er mißbraucht werden sollte! Die Leiter der Ortsverbände haben natürlich verständnisvoll den Fragebogen zur Hand genommen und haben die Antwort nach dem beigegebenen Muster eingeschrieben: Schlecht. Sehr schlecht. Geradezu trostlos. Man kann nichts dagegen sagen, wenn der Bund glaubt, solche Spielereien nötig zu haben; aber von dem Teil der Presse, der beanprucht, ernst genommen zu werden, sollte man eigentlich voraussetzen dürfen, daß er sich zu solchem Unfug — um feineres Wort zu gebrauchen — nicht hergäbe.

Ueber die Aussichten der Baukonjunktur für die nächste Zeit läßt sich heute wohl fabulieren, läßt sich diese oder jene Vermutung aufstellen, aber zu einer Voraussage, die wirklich Vertrauen verdient und die sicher genug wäre, um den Vertragsparteien als Richtschnur zu dienen, fehlen heute jedem Menschen die Unterlagen.

Stimmungsmache, und zwar recht plumbe Stimmungsmache, ist die „Information“ des Bundes, und nichts weiter.

Berlin und Umgegend.

Ein Tarifvertrag für die Maler und Anstreicher der Küchenmöbelbranche ist am Mittwochmorgen in der Verhandlungskommission vereinbart worden und erhielt am Abend desselben Tages in einer fast besuchten Versammlung der Arbeiter deren Zustimmung. Nicht als Referent berichtete über den Gang der Verhandlungen, die am Montag begonnen und zuerst wenig Aussicht auf Erfolg boten. Erst nach den erneuerten Verhandlungen am Mittwoch gelang es, ein Einverständnis zu erzielen. Die Arbeitervertreter mußten verschiedene Forderungen fallen lassen, z. B. die Verkürzung der Arbeitszeit auf 48 Stunden, da hier der Tarif für die Holzindustrie mit in Frage kommt, der für die Tischler 50 Stunden in dem gefällten Schiedspruch festgesetzt hat. Unter den Verbesserungen, die der neue Tarifvertrag bringt, ist besonders die Erhöhung der Akkordsätze für die Anstreicher von Wichtigkeit; die Zuschläge wurden von 7½ auf 10—15 Proz. erhöht. Neu ist auch die Gewährung von 40 Pf. pro Woche für die Lieferung von Handwerkszeug für die Fertigmacher. Der Vertrag gilt bis zum 15. Februar 1917, in Uebereinstimmung mit dem Tarifverträge in der Holzindustrie. Nicht empfahl die Annahme der Vorlage, wenn auch viele Wünsche unberücksichtigt geblieben sind. Ob deswegen ein offener Kampf heraufbeschworen werden sollte, müßte man sich reichlich überlegen. — Verschiedenen Redenten, die in der Diskussion geäußert wurden, wußte ich zu begegnen und die Versammelten erklärten sich schließlich mit der Vorlage einverstanden.

Deutsches Reich.

Der Vergarbeiterverband im Jahre 1912.

Der Vergarbeiterverband veröffentlicht seinen Jahresbericht für 1912. Schon auf den ersten prüfenden Blick sieht man, daß der Verband ein hartes Kampfsjahr hinter sich hat. Doch hat diese schwere Zeit der von dem Industrie-feudalismus besessene Verband leidlich überstanden. Einnahme und Ausgabe stehen mit 8 225 420 M. zu Buch. Es betrug die Einnahmen an:

	1911	1912
Beiträge der Mitglieder	2 239 468 M.	2 193 502 M.
Eintrittsgelder	16 575	21 825
Summa:	2 256 043 M.	2 215 327 M.

An Mitgliederbeiträgen weist das Jahr 1912 gegenüber 1911 eine Mindereinnahme von 45 966 M. auf. Das ist erklärlich. Die Wunden, die den Vergarbeitern durch das verräterische Verhalten des „Arbeiter“-Gewerkschaften geschlagen waren, konnten noch nicht ganz verheilen. Tausende von Vergarbeitern wurden durch dieses Verhalten in den Zustand der Hoffnungslosigkeit versetzt. „Es nützt alles nichts“, das war der Gedanke, der sich bei vielen Vergarbeitern durch die Erfolglosigkeit des Streiks eingebürgert hatte. Und so

wandte mancher der Organisation den Rücken. So sank die Mitgliederzahl von 120 180 im Jahre 1911 auf 114 062 im Jahre 1912. Alle Arbeiterfeinde stützten sich nach dem Streik auf den Verband und drohten ihn zu erwürgen. Der Schlag ist aber verwunden. Es geht wieder vorwärts. Trotzdem 1912 ein kleiner Rückgang in der Einnahme für Beiträge eingetreten ist, übersteigt diese dennoch in den Geschäftsjahren 1911/12 diejenige von 1909/10 um 492 542 M.

Für Unterstützungszwecke wurden verausgabt:

	1911	1912
Streikunterstützung	1 522 020 M.	2 092 536 M.
Gewerkschaftenunterstützung	48 391	135 956
Arbeitslosenunterstützung	33 081	50 167
Krankenunterstützung	351 425	354 956
Sterbegeld	91 776	90 434
Rechtschutz	111 288	179 620
Summa	2 158 840 M.	2 808 660 M.

Die Ausgaben für Streikunterstützung beziehen sich auf den in Mitteldeutschland im Jahre 1911 geführten Braunkohlenarbeiterstreik und auf die Streiks, die im März vergangenen Jahres geführt wurden. Besonders in die Höhe geschwollen sind die Ausgaben für Rechtschutz. Das erklärt sich aus den vielen Streitprozessen. Auch die Ausgaben für Gewerkschaftenunterstützung haben sich verdreifacht. Das hängt ebenfalls mit den vielen Streiks, die der Vergarbeiterverband zu führen gezwungen war, zusammen. Der Vermögensbestand beträgt am Schluß des Geschäftsjahres 2 681 186 M. Der Geschäftsbericht zeigt, daß sich die Hoffnungen aller Arbeiterfeinde, den Verband niederzuringen, nicht erfüllt haben. Diese Hoffnung wird auch weiterhin ein frommer Wunsch bleiben.

Die Schiffszimmerer in Fürstenberg a. O. haben den am 1. März dieses Jahres ablaufenden dreijährigen Lohnvertrag gekündigt und gleichzeitig einen neuen Tarifentwurf eingereicht. Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer verliefen ergebnislos, nachdem vom Vertreter der Unternehmer die Erklärung abgegeben war, daß die drei Unternehmer in Fürstenberg a. O. und auch der Schiffsbaumeister Kunze in Raddorf jede Lohnerhöhung ablehnen. Die Schiffszimmerer beschäftigten sich am Sonntag, den 16. d. M., in einer stark besuchten Versammlung mit der Antwort der Unternehmer. Sie beauftragten den Verbandsvorstand und die Lohnkommission mit weiteren Verhandlungen, verpflichteten aber zugleich die Mitglieder, das Arbeitsverhältnis zum 1. März rechtzeitig zu kündigen. Ein Zustand erscheint unermesslich.

Ausperrung in den Apfelweinkellereien in Frankfurt a. M.

Die Verbände der Brauereiarbeiter und Böttcher haben am 13. November vorigen Jahres Tarifforderungen an die Apfelweinkellereien eingereicht. Die Zugeständnisse, die die Unternehmer in zwei Verhandlungen machten, bestanden nur in einer Lohnzulage von wöchentlich 1 M. und in einem fünfjährigen Urlaub nach zweijähriger Dienstzeit. Dagegen sollte das Arbeitsverhältnis in anderer Beziehung eine Verschlechterung erfahren. Diese Zugeständnisse, die zudem noch für fünf Jahre gelten sollten, lehnten die Arbeiter einstimmig ab. Die Unternehmer setzten jetzt durch Plakatanschlag in den Betrieben eine Frist, bis zu der die Arbeiter unter schriftlich ihr Einverständnis mit dem Angebot der Unternehmer erklären sollten. Auch dieses lehnten die Arbeiter ab, worauf die Aussperrung erfolgte. Von den vorhandenen Firmen hat sich nur die Firma Hoffmann mit den Arbeitern verständigt und sich an der Aussperrung nicht beteiligt.

Tarifverhandlungen im Malergewerbe

für Baden, Hessen, Rhein-Köln, Pfalz und Ob- u. Niederrhein. Am Gauterisamt IIIb zu Frankfurt a. M. fanden unter Vorsitz des Magistratsyndikus Dr. Hiller am 16., 17. und 18. Februar die Verhandlungen über Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung für 48 Lohngelände statt. Als Vertreter der Parteien fungierten Bauunternehmer Fize, Frankfurt a. M. und Gauleiter Wilh. Weidner.

Für den Gau III, Süddeutschland, hatte der Vorsitzende des Unternehmerverbandes bei den zentralen Verhandlungen in Berlin das „außerordentliche“ Angebot von einem 9 Pfennig Lohnerhöhung für drei Jahre gemacht und für nächstes Jahr hatte er einen weiteren Pfennig für einige Orte in Aussicht gestellt. Aber selbst dieses Angebot lehnten die Unternehmervertreter nicht an, sie lehnten für alle 48 Lohngelände jede Lohnerhöhung ab, ebenso jede Verkürzung der Arbeitszeit. Sie meinten, die Arbeitervertreter sollen erst ihre unerhöht hohen Forderungen reduzieren. Das wurde von den Vertretern des Maler- und Weichbinderverbandes abgelehnt, so lange die Arbeitgeber kein Angebot machten.

An der Hand statistischen Materials begründeten die Vertreter der Arbeiter ihre Forderungen eingehend, zunächst in einer allgemeinen Generaldiskussion und dann ortsweise. Aber alle Beweisgründe konnten die Unternehmer nicht von ihrer stereotypen Antwort: „Wir lehnen jede Lohnerhöhung ab“ abbringen. Nach neunstündiger Beratung faßte das Schiedsgericht folgenden Spruch:

„In Frankfurt a. M., Offenbach, Darmstadt, Wiesbaden, Mühlhausen und Straßburg wird die Arbeitszeit im Jahre 1914 um eine halbe Stunde täglich verkürzt. Eine tarifliche und allgemeine Lohnerhöhung von 6 Pf. pro Stunde sollen erhalten Frankfurt am Main, Offenbach, Wiesbaden, Mühlhausen und Straßburg; von 5 Pf. Darmstadt, Hanau, Rammstein, Ludwigshafen, Forstheim, Ronstanz und Sigen; von 4 Pf. 28 Lohngelände und von 3 Pf. 8 Orte. Die Lohnerhöhung ist auf drei Vertragsjahre verteilt.“

Zur Begründung dieses Spruches führte der Vorsitzende aus, daß man sich den berechtigten Klagen der Arbeiter über die fortgesetzte Verteuerung der Lebenshaltung nicht verschließen könne. Ebenso müsse bezüglich der Arbeitszeitverkürzung berücksichtigt werden, daß die Arbeiter in besonders ausgedehnten und großen Orten durch weite Wege zur Arbeitsstelle sehr lange Zeit der Familie entzogen werden.

Einigungsverhandlungen in der Metallarbeiterausperrung zu Menden i. W.

Vom Landrat Raue in Iserlohn wurden Verhandlungen angebahnt, die gegenwärtig mit dem Sekretär des Unternehmerverbandes geführt werden. — Der letzte Stadtverordnetenversammlung in Menden lagen von 300 ausgesperrten Arbeitern Anträge auf Stundung der Steuern bis April 1913 vor. Das von den Menden beherbergte Stadtparlament stimmte erst nach heftiger Debatte mit 13 gegen 11 Stimmen bei einer Stimmenthaltung den Anträgen zu.

Lohnbewegung der Eiseler Steinarbeiter. In dem weitverbreiteten Basalt-Labaststein-Gebiet der Eifel, dessen Mittelpunkt die Stadt Aachen ist, sind die Steinarbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten. Die drei beteiligten Vereinigungen, freie und christliche Gewerkschaften und katholische Arbeitervereine sind an die Steinbräuhändler mit dem Antrage herangeritten, in Anbetracht der Zunahme der Tarifpositionen zu erhöhen und Preisnachlässe, die vor einiger Zeit durch den Zwang des Unternehmerverbandes wegen ungenügender Beschäftigung einiger weniger Steinbrüche allgemein eingeführt worden sind, aufzuheben.

Die Arbeiterorganisationen sind sich dahin schlüssig geworden, den bestehenden Tarif am 23. Februar zu kündigen, wenn sich die Unternehmer zu Verhandlungen oder Zugeständnissen nicht bereit finden lassen.

Auf die Lebenslage der Eiseler Steinarbeiter wurde die Welt vor einiger Zeit durch einen aufsehenerregenden Beschluß des rheinischen Stadtverordnetenkollegiums aufmerksam gemacht. Man beschloß einstimmig bei der Reichsregierung eine Petition auf Herabsetzung der Zölle einzureichen, weil die Leistungsfähigkeit der Steinarbeiter wegen Unterernährung bedeutend gesunken sei.

Die Schuhmachergehilfen in München haben den mit der Schuhmachervereinigung abgeschlossenen Tarifvertrag zum 15. März gekündigt. Sie fordern für Herrenarbeit einen Aufschlag von 15 Proz., Damenarbeit 20 Proz., Reparaturen 10 Proz. Wegfall der bisherigen dritten Lohnklasse und an deren Stelle Zeitlohn und zwar im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 37 Pf., im zweiten Jahre 40 Pf. und im dritten Jahre und für ältere Arbeiter 45 Pf. pro Stunde. Spezialarbeiter sollen mit 50 und 60 Pf. entlohnt werden. Außerdem wird eine stündige Verkürzung der Arbeitszeit pro Tag und Garantie des Stundenlohnes bei Akkordarbeit gefordert. — Zuzug von Schöpfungsmachern nach München ist fernzuhalten.

Aus Industrie und Handel.

Werkserweiterung.

Ein typisches Bild für Werkserweiterungen zeigt die Gewerkschaft „Zukunft“ bei Weiskirchen. Diese Gesellschaft baut ein erst vor einigen Jahren eröffnetes Braunkohlenlager ab. Die Braunkohle ist nicht von besonderer Güte. Voriges Jahr wurde das Unternehmen von einem großen Lagerbrande heimgesucht. Es führt mit den anliegenden Landwirten große Entweignungsprozesse und weigert sich, den früher gezahlten Preis pro Morgen auch ferner zu zahlen. Seine Gebote bewegen sich zwischen 1200—1400 M., während die Landwirte 2000 M. pro Morgen haben wollen. Die Gesellschaft will ihre Braunkohlenlager soweit als möglich in elektrischen Anlagen verwerten. Es ist ihr gelungen, mit den Städten Stolberg und Eschweiler Verträge zur Versorgung der Städte mit elektrischer Kraft abzuschließen. Beide Städte sind außerdem an die dem Landkreis Aachen gehörige Urftalsperre, welche den Regierungsbezirk Aachen größtenteils mit Energie für Licht- und Kraftzwecke versorgt, angeschlossen. Raum hat die Gesellschaft „Zukunft“ betragt eine Million Mark. Für je 1000 M. Gewerkschaftsanteile sollen Aktien im Werte von 5250 M. gegeben werden. So werden aus der einen Million von heute gleich fünfzehntel Millionen von morgen.

Letzte Nachrichten.

Die Landtagswahl in Teltow-Deesow-Storkow.

Bei der heute vollzogenen Erskwahl im Landtagswahlbezirk Teltow-Deesow-Storkow wurden gewählt in der dritten Abteilung 2 konservativ, 10 freisinnige und 11 sozialdemokratische Wahlmänner. Es müssen stattfinden drei Stichwahlen zwischen Konservativen und Sozialdemokraten, acht zwischen Freisinnigen und Sozialdemokraten und zehn zwischen Konservativen und Freisinnigen.

Bulgarien und Rumänien haben die Vermittlung der Großmächte angenommen.

Petersburg, 20. Februar. Die Petersburger Telegraphen-Agentur erfährt von zuständiger Stelle, daß Rumänien und Bulgarien die Vermittlung der Großmächte angenommen haben.

Die Ernennung Delcassés zum Vizepräsidenten gegen Deutschland.

Paris, 20. Februar. (B. T. B.) Die „Liberté“ schreibt über die Ernennung Delcassés zum Vizepräsidenten in Petersburg: „Diese Ernennung war bereits vor acht Tagen entschieden, sie steht demgemäß in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der Haltung Frankreichs gegenüber den militärischen Maßnahmen Deutschlands. Die Wahl Delcassés für den Petersburger Posten war logischerweise durch das innige französisch-russische Zusammenarbeiten in der Orientfrage angezeigt. Die neue Stellung des ehemaligen Ministers des Äußeren, welcher die französisch-russische Allianz befestigt und die Entente Cordiale mit ins Leben gerufen hat, wird für die Betätigung des französisch-russischen Bündnisses und der Tripleentente besonders nützlich sein.“

Freilassung politischer Gefangener in Mexiko.

Mexiko, 20. Februar. (B. T. B.) Heute sind mehr als dreihundert politische Gefangene freigelassen worden. Nur fünf, die bei dem Sturz der Regierung Madero festgenommen worden waren, unter ihnen der frühere Präsident Francisco Madero selbst, sind noch in Haft. Felix Diaz lehnt jede Verantwortung für den Tod von Gustavo Madero ab. Der Oberintendant des Nationalpalastes erklärte, Gustavo Madero sei getötet worden, als er zu entfliehen versuchte.

Das Schicksal Francisco Maderos.

Mexiko, 20. Februar. (B. T. B.) Der interimistische Präsident Huerta will dem neuen Kabinett die Entscheidung über Maderos Schicksal überlassen. Diaz erklärte, daß er für die Präsidentschaft kandidieren werde.

Der Kuffand in Marokko.

Paris, 20. Februar. (B. T. B.) Aus Tanger wird berichtet, daß ein aus Agurei nach Meknes abgegangener Militärtransport am 17. Februar von 600 ausländischen Marokkanern überfallen worden ist. Eine französische Truppenabteilung eilte dem Transport zu Hilfe und verteilte die Angreifer, von denen mehrere fielen. Die Verluste der Franzosen betragen einen Toten und acht Verwundete.

Kaufmannsgerichtswahl in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 20. Februar. (Privatelegramm des „Vorwärts“.) Bei der heute stattgefundenen Kaufmannsgerichtswahl, die unter reger Beteiligung vor sich ging, erlitten die Antisemiten einen bedeutenden Stimmen- und Mandatsverlust. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen konnte eine Stimmenzunahme von 30 Prozent buchen.

Seemannsstreik in Italien.

Rom, 20. Februar. (B. T. B.) Die Mannschaft der der Schiffahrtsgesellschaft „Regia“ gehörenden Schiffe macht seit heute morgen Obstruktion, weil die Gesellschaft die verlangte Lohnerhöhung verweigert hat. In den Häfen von Bari, Brindisi, Catania und Benedig liegen bereits zehn Schiffe fest.

Nord aus Rahe.

Wien, 20. Februar. Heute abend erschloß hier der 60jährige Emil Feldmann seine beiden Schwäger, die Bauunternehmer Alfred und Otto Berger, und verurteilte einen Dritten, den Bauunternehmer Richard Berger, schmer. Der Täter wurde verhaftet. Er gab an, die Tat aus Rache verübt zu haben, da ihn die Schwäger, bei denen er angeheiratet war, um sein Vermögen gebracht und dann entlassen hätten.

Gaul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

117. Sitzung, Donnerstag, den 20. Februar 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Krawitz. Zunächst wird die am 2. Juni 1911 in Washington unterzeichnete revidierte Pariser Übereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums und der Gelegetourer zur Ausführung dieser Übereinkunft in dritter Lesung angenommen.

Die Rechnung der Kasse der Oberrechnungskammer für 1910 wird in erster Beratung erledigt.

Es folgt ein Entwurf über die Verlegung der deutsch-österreichischen Grenze bei Hammerunterwiesenthal-Weipert. Er wird auch gleich in zweiter Lesung angenommen.

Hierauf wird die zweite Beratung des Postetats fortgesetzt.

Sie beginnt mit den namentlichen Abstimmungen über die Ostmarkenzulage.

Der Antrag Wassermaun (natl.), diese Zulagen in den gemischsprachigen Teilen des Reichspostgebietes zu gewähren, wird mit 218 gegen 142 Stimmen bei 1 Stimme abgelehnt. Dafür stimmen die Rechte, die Nationalliberalen und die Volkspartei, dagegen Zentrum, Polen und Sozialdemokraten.

Der Antrag Schulz (Sp.), die Zulagen außer in Polen und Westpreußen auch in Elsaß-Lothringen zu gewähren, wird mit 209 gegen 148 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt. Die Parteigruppierung ist dieselbe wie vorher.

Der Antrag Hubrich (Sp.), die Ostmarkenzulage entsprechend der Regierungsvorlage in den Etat wieder einzustellen, wird mit 211 gegen 141 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Beim Titel „Beihilfen für bedürftige Pensionäre“ begründet Graf v. Westarp (L.) eine Resolution, die Verhältnisse der Altrentner einer erneuten Regelung zu unterziehen, und die Resolution zur gründlichen Prüfung der Budgetkommission zu überweisen.

Abg. Erzberger (Z.) schließt sich diesem Antrage an, desgleichen Abg. Dr. Beck (natl.) und Abg. Kopsch (Sp.). Die Resolution wird der Budgetkommission überwiesen.

Beim Titel „Arbeiten zum Bau und zur Unterhaltung der Telegraphenlinien sowie Unterstützung an Arbeiter, ehemalige Arbeiter und deren Hinterbliebene“ bemerkt Abg. Hedmann (natl.): Die Löhne der Arbeiter haben mit der Steigerung der Preise aller Lebensbedürfnisse nicht Schritt gehalten. Die Zulagen der Telegraphenarbeiter, wenn sie auswärts arbeiten, sind zu gering. Die Postverwaltung sollte darauf sehen, zufriedene Arbeiter zu erhalten; das ist ebenso wichtig wie die Zufriedenheit der Beamten.

Abg. Hubrich (Sp.) empfiehlt eine Resolution Ablaß (Sp.), das Besoldungsgesetz so zu ändern, daß ein angemessener Teil der im Arbeiter- oder Handwerkerdienstverhältnisse zurückgelegten Dienstzeit auf das Besoldungsdienstalter angerechnet werden kann. — Auch die Wirksamkeit der Arbeiterauschüsse sollte ausgedehnt werden. — Die Resolution Rumm, die Kosten der ärztlichen Untersuchung für die etatsmäßige Anstellung auf die Postkasse zu übernehmen, lehnen wie ab; diese Kasse hat damit nichts zu tun.

Abg. Behrens (Wirtsch. Bg.) empfiehlt eine von der Wirtschaftlichen Vereinigung eingebrachte Resolution, den Arbeitern und Handwerkern ihre Arbeiter- und Handwerkerdienstjahre auf das Besoldungsdienstalter anzurechnen, und die Resolution Rumm, die Kosten der ärztlichen Untersuchung für die etatsmäßige Anstellung auf die Postkasse zu übernehmen.

Abg. Hedmann (natl.) empfiehlt eine Resolution, den Reichsanzler um eine Prüfung zu ersuchen, ob und inwieweit die Löhne und Zulagen der Telegraphenarbeiter erhöht werden können, ihre Zulagen einheitlich festgesetzt werden können, die Anrechnung der Sonntage als Urlaubstage in Fortfall kommen und eine Kleiderkasse geschaffen werden kann.

Staatssekretär Krawitz erklärt die vorgebrachten Wünsche für zu weitgehend, man könne die Arbeiter doch nicht zu Beamten machen. Die Abgeordneten täten gut, bevor sie sich zum Spracherbe der Wünsche der Arbeiter machen, sich mit der Verwaltung wegen der Durchführbarkeit in Verbindung zu setzen.

Abg. Jäger (Natl.): Dieser Rat ist sehr gut gemeint, aber wir sind nicht der Meinung, daß aller Segen von oben kommt. Unerfüllbare Wünsche vertreten wir nicht.

Abg. Jubeil (Soz.):

Der Staatssekretär hat wieder bewiesen, daß ihm für die Not seiner Beamten und Arbeiter jedes Verständnis abgeht. Er glaubte uns Schulmeister zu dürfen, indem er meinte, wir sollten auf Wünsche der Beamten und Arbeiter kein so großes Gewicht legen. Diese Wünsche liegen uns aber seit langem vor und haben Gelegenheit genug gehabt, die Angaben nachzuprüfen. Tatsache ist, daß die Löhne teilweise so niedrig sind, daß eine Familie damit kaum über die äußerste Not hinwegkommen kann. Daher sind die Wünsche der Telegraphenarbeiter nur zu berechtigt. Es ist nicht richtig, daß alle Arbeiter das Verlangen haben, Beamte zu werden. Aber bei den Telegraphenarbeitern ist ein solches Streben sicher durchaus berechtigt. Wir werden solange die berechtigten Forderungen der Arbeiter und Unterbeamten vertreten, bis sie endlich erfüllt werden. Der Resolution Hubrich stimmen wir zu. Ebenso halten wir es für richtig, daß die Kosten für ärztliche Überwachung nicht den Telegraphenarbeitern auferlegt werden dürfen. Uebrigens täuschen sich die Ärzte häufig bei solchen Untersuchungen; daher sollten die Untersuchungen in ein oder zwei Monaten wiederholt werden. Der Resolution Hedmann stimmen wir auch zu. Doch halten wir eine nochmalige Prüfung der in ihr erhobenen Forderungen nicht mehr für notwendig; das würde mit einer Verschleppung der sehr dringenden Erfüllung dieser Forderungen bedeuten. Schließlich stimmen wir auch der Resolution Behrens zu. Hoffnungen knüpfe ich an diese Wünsche nicht. Denn von der jetzigen Reichspostverwaltung erwarte ich keine Besserung. Es bleibt mir nichts übrig, als Jahr für Jahr die Deffektivität auf diese Zustände bei einem der wichtigsten Institute des Reiches hinzuweisen, vielleicht wird die Deffektivität der Meister sein, der den alten Junggeheilen (Heiterkeit) dazu bewegt, den berechtigten Wünschen der Telegraphenarbeiter und Unterbeamten entgegenzukommen. Schließlich teile ich noch berechtigt mit, daß ich neulich nicht das Amt 48, sondern das Amt 40 gemeint habe. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Krawitz: Die Ausführungen des Vorredners müssen den Anschein erwecken, als ob die Löhne der Telegraphenarbeiter so ganz niedrig seien und als ob zu ihrer Verbesserung nichts geschehen sei. Daher stelle ich fest, daß bis 3. März überhaupt nur 0,9 Proz. der Arbeiter haben und daß in den Jahren 1909, 1910 und 1911 für Verbesserung der Löhne aufgewendet worden sind 420 000, 480 000 und 520 000 M. Im übrigen bezahlen wir die üblichen Löhne und mehr wird, glaube ich, auch in den sozialdemokratischen Betrieben nicht gezahlt. (Bravo! rechts. Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Behrens (Wirtsch. Bg.): Die Arbeiter wollen nicht ein Beamtenverhältnis, sondern ein gesichertes, dauerndes Arbeitsverhältnis.

Abg. Kasse (Soz.):

Der Staatssekretär hat uns gegenüber gewissermaßen die Lehre vom beschränkten Untertanenverständnis aufs neue gepredigt. Er sagte, wenn auch in höflicherer Form: Ihre dummen Herle, was redet Ihr denn eigentlich über diese technischen Arbeiterangelegenheiten, Ihr versteht ja doch nichts davon. In demselben Atemzug sprach er selbst über Dinge, von denen er ganz und gar keine Ahnung hat, nämlich über die Verhältnisse in sozialdemokratischen Betrieben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Staatssekretär sich dazu aufschwingen würde, seinen Arbeitern Löhne zu geben, wie sie in sozialdemokratischen Betrieben üblich sind, dann bräuchten wir eine ganze Anzahl von Wünschen nicht immer wieder zu äußern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dann sagte der Staatssekretär, er tue ja alles mögliche. Jubeil hat auch durchaus nicht verkannt, daß Lohnaufbesserungen vorgekommen sind. Wir können wohl sagen, daß wo sie erfolgt sind, sie auch auf das Konto des Reichstages und nicht zum mindesten meiner Freunde zu setzen sind, die immer wieder die Verwaltung darauf hingedrängt haben, daß etwas geschehen müsse. Jubeil hat nur gesagt, daß bei dem fiskalischen Geist der Postverwaltung keine Hoffnung bestehe, daß den berechtigten Wünschen, die wir seit einer Reihe von Jahren vertreten, so rasch, wie es notwendig wäre, Folge gegeben wird. Der Staatssekretär ist der Ansicht, er müsse vor allem für große Ueberfälle sorgen. Da scheint die Homogenität der Regierung wieder einmal auseinanderzugehen. Der Staatssekretär des Kolonialamts hat uns gerade

gesagt, es sei verkehrt, nur immer auf eine schnelle Rentabilität hinzuzielen, man sollte nicht so fiskalisch sein. (Hört! hört!) Die Summen, die der Staatssekretär nannte, hören sich ja ganz schön an, aber wir wollen wissen, wieviel Personen daran beteiligt sind. Schließlich kommt heraus, daß nur

2,3 Pf. Lohnhöhung auf den Einzelnen

kommen. Die Hauptsache ist, daß die Lohnaufbesserung mindestens ein vollwertiger Ausgleich für die gesteigerten Kosten der Lebenshaltung sind. Ja, das genügt und nicht, wir wollen darüber hinaus, daß die vom Staat beschäftigten Arbeiter auch an der oheren Vermehrung des Nationalwohlstandes, die man uns immer vorrechnen, einen entsprechenden Anteil haben. Während ganz allgemein das Einkommen der Beschäftigten steigt, kommen die unteren Schichten nicht nach, das Staatterwort ist nicht eingelöst, daß die Staatsbetriebe Musterbetriebe sein sollen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gewiß wird manches Hervorragende geleistet, und in gewissen Beziehungen muß die deutsche Reichspost allen anderen vorangestellt werden. Aber die Löhne der Arbeiter bei der Post sind so niedrig, wie sie nur irgendwo gezahlt werden können, und gehen vielfach über den ortsüblichen Tagelohn nicht hinaus. In der Begründung zur Besoldungsreform seinerzeit wurde klar ausgesprochen, daß eine wesentliche Steigerung des Einkommens der unteren Reichsbeamten auch Forderungen der Beamten der Einzelstaaten, der Kommunen, der Privatindustrie und schließlich auch der Landarbeiter zur Folge haben würden. Also aus garter Rücksicht für die Agrarier zahlt die Reichspost so geringe Löhne. Daraus erklärt sich die Verbitterung des Herrn Krawitz bei der äußersten Rechten. Wir halten es für einen des Reiches unwürdigen Zustand, daß eine ganze Anzahl Unterbeamte sich erst jahrelang durchhungern müssen, um dann endlich zu einer Bezahlung zu gelangen, die den bescheidensten Ansprüchen genügt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Dertel (L.): Wir sind ebenso warm interessiert für die Lage der Telegraphenarbeiter, wie die anderen Herren, verzichtet aber darauf, die siebenmal geäußerten Wünsche zum admetnial zu wiederholen. Auch auf die Ausführungen über die sog. Homogenität der Regierung und die Verhältnisse in sozialdemokratischen Betrieben will ich infolge der Geschäftsloge nicht eingehen. Ich gebe zu, daß diese letzteren Klagen in den letzten Jahren fast ganz verstummt sind, aber ich lasse dahingestellt, ob deshalb, weil die Verhältnisse besser geworden sind oder weil eine gewisse Selbsteinsparung dabei maßgebend ist. An einem Wettlauf um die Gunst der Arbeiter beteiligen wir uns nicht; ihre berechtigten Wünsche vertreten wir.

Die Resolutionen Ablaß und Behrens (Anrechnung der Arbeiterdienstjahre auf das Besoldungsdienstalter) wird angenommen. Die Resolution Rumm wird angenommen, desgleichen die Resolution Hedmann.

Beim Titel „Zuschuß zu den Kleiderkassen“ wünscht Abg. Chrysant (Z.) stärkere Heranziehung der Handwerker zu den Lieferungen.

Abg. Barisch (Sp.) klagt ebenfalls über zu geringe Beschäftigung der Handwerker und ihrer Genossenschaften durch die Postverwaltung.

Eine Resolution Ablaß (Sp.), die auch von den Nationalliberalen, dem Zentrum, der Wirtschaftlichen Vereinigung und den Polen unterstützt wird, daß bei Vergütung von Lieferungen die Berufsorganisationen und Genossenschaften der Hausarbeiter und Arbeiterinnen und solche Lieferanten berücksichtigt werden möchten, die die von den Berufsorganisationen und Genossenschaften der Hausarbeiter und Arbeiterinnen gezahlten Löhne nachweislich zahlen oder mit den Organisationen Tarifverträge vereinbart haben, oder deren Löhne von dem zuständigen Sachausschuß als angemessen bezeichnet sind, wird angenommen.

Bei den „Einnahmigen Ausgaben“ klagt Abg. Haberland (Soz.)

über die schlechte telefonische Verbindung zwischen Düsseldorf und Berlin; werde ein Gespräch nicht als dringend angemeldet, so müsse man mehrere Stunden warten; übrigens ist die Verbindung mit dem ganzen Osten und auch die nach Westen von Düsseldorf aus sehr schlecht, worunter das Geschäftsleben außerordentlich leidet.

Eine weitere Bitte, die die Düsseldorfer Geschäftswelt seit 1902 mehrfach wiederholt hat, ist der Anschluß von Düsseldorf an das nörderrheinisch-westfälische Bezirksfernnetz, der im Interesse der wirtschaftlichen Verbindung Düsseldorf mit dem Industriegebiet dringend erforderlich ist.

Kleines feuilleton.

Die gefährdete deutsche Spitzbergen-Expedition. Als im Herbst vorigen Jahres die von Spitzbergen zurückkehrenden Touristen-Dampfer die Kunde brachten, daß die Schröder-Stranzische Spitzbergen-Expedition auf Spitzbergen überwintert wolle, bezeichneten die Trompeter Blätter dies sofort als eine Tollkühnheit und den sicheren Untergang der Expedition, da sie in keiner Weise hierfür ausgerüstet sei. Von deutscher Seite wurde dann behauptet, daß Schröder die Überwinterung von Anfang an geplant, sich für diese vorbereitet, diesen Plan aber bis zur Ankunft in Spitzbergen abfällighch verheimlicht habe. Gerade dieses Vorgehen wurde dann scharf kritisiert, weil Schröder keine mit Überwinterungen vertraute Personen engagiert und ganz besonders keine genügenden Vorkehrungen gegen den fürchterlichen Feind des arktischen Winters, den Skorbut getroffen hätte. Schmarzseher scheinen leider recht zu behalten, denn wie die in Kristiania erscheinende „Tidens Tegn“ auf Grund genauester Nachforschungen mittelst, in die Lage der Expedition fast hienaußergelassen, besonders weil ihre Mitglieder vollständig veriprenzt sind.

Die Expedition bestand aus 10 Personen, 11 Deutschen und 5 Norwegern. Von dieser Mannschaft blieben drei Norweger auf dem Schiffe als Wache zurück; diese dienten die Überwinterung bestanden. Leutnant Schröder selbst war mit drei Mann im August vorigen Jahres auf eine Schiltenekspedition ausgefahren, von der er aber zu der angelegten Zeit und auch noch nicht im November auf das Schiff zurückgekehrt war. Das erwähnte norwegische Blatt schreibt: „Man hat leider allen Grund zu glauben, daß diese vier überhaupt nie zurückkehren werden.“ Die anderen 9 Expeditionsmitglieder (7 Deutsche, 2 Norweger) zogen nun im November gemeinsam südwärts; aber bei der Woffelbai an der Nordküste konnte sich die Gesellschaft über den Weitermarsch nicht einigen. Dr. Dettmer und Dr. Moser wollten der Landkarte nach auf einem geraden Marsche über das Landeis nach der Adwentbai gelangen, ein direkt wahrhaftiges Unternehmen, dem sich die beiden Norweger aus allen Kräften widersetzen. Dr. Dettmer und Moser legten aber diesen Weg fort. Sind sie nicht rechtzeitig auf das Schiff zurückgekehrt, so wollen sie heute bestimmt nicht mehr unter den Lebenden. Die übrigen fünf zogen auf der Westseite der Woffelbai südwärts, da aber dem Dr. Kädiger die Wege irrtoren, mußte er unterwegs in einer Hütte mit dem Maler Hans zurückbleiben. Für diese beiden besteht die Gefahr, dem Skorbut zu erliegen, da es kaum gelingen dürfte, frisches Fleisch durch die Jagd zu beschaffen. Von dieser Hütte aus zogen dann die zwei schon erschöpften Norweger nach einer etwas südlicher gelegenen Jagdhütte, die einem Trompeter Pelzhändler gehört und gut ausgerüstet ist. Dr. Kädiger ist dann allein südwärts marschiert und mit erschöpften Gliedmaßen in Adwentbai eingetroffen.

„Tidens Tegn“ ist der Ansicht, daß Schröder und seine drei Begleiter endgültig verloren sind, ebenso Dr. Dettmer und Moser, wenn sie nicht rechtzeitig auf das Schiff zurückkehrten. Die vier in

zwei verschiedenen Hütten Überwinternden wären frühestens Ende März zu erreichen, wenn sie nicht vorher dem Skorbut erlegen sind. Jedenfalls müßte eine sehr wohl ausgerüstete großzügige Hilfs-Expedition abgeandt werden, da sie an fünf verschiedenen, weit von einander liegenden fast unnaahbaren Punkten Hilfe zu bringen hat!

Die von der Adwentbai ausgefandte Hilfs-Expedition ist am 12. Februar zurückgekehrt. Sie durch Funkentelegramm jetzt aus Spitzbergen gemeldet wird, hat sie furchtbare Strapazen erlitten. Ein gewaltiger Schneesturm und die tiefen Schneemassen verhinderten das Vordringen. Einem Mann erfroren beiden Hände und Füße. Man mußte schließlich alles im Stiche lassen und zurückkehren — resultatlos.

Wie immer das Schicksal der deutschen Expedition sein wird, die Lehre hat sich schon zur Genüge ergeben: daß es unverantwortlich ist, wenn ehrgeizige und bemittelte Leute ohne genügende Erfahrung und Vorbereitung arktische Experimente unternehmen. Wenn sie sich selber opfern, ist es ihre Sache; aber es sollte Fürsorge getroffen werden, daß sie nicht andere Menschenleben nutzlos aufs Spiel setzen. Es wäre überhaupt gut, wenn der arktische und antarktische Sport eingedämmt würde.

Rußl.

Deutsches Opernhaus Charlottenburg. Es lag sicher kein Fall von „Schmutzfontänen“ vor, wenn Otto Nicolais Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“ am selben Abend auch im „Zirkus Hallsen“ gegeben wurde; denn die an dieser Stelle betriebenen Kunstübungen sind dank ihrem höfischen Bescheidenheitscharakter kaum fähig ein Echo zu erwecken. Im Charlottenburger Hause ist das glücklicherweise anders. Hier macht sich ein frischer Geist auf, der vollständige Wirkungen verheißt. Wie wunderbar erdt hat doch Shakespears in seinem didaktischen Liebestollenen Saufritter Falstaff den Urtypus für die bairischen Krautritter von heute geschaffen! Nur daß die modernen Falstaffe viel größere und gemeingefährlichere Naubgefallen sind, deren vorarsitäres Unwesen noch kein Dichter unerer Tage zu reimen gewagt hat. So müssen wir uns also noch an dem altenglischen Reel genügen lassen — umschwingt von Nicolais Rusl. Sie hat von ihrer einseitigen Melodiel, humorvollen Charakteristik und Originalität noch immer nichts eingebüßt, zumal jetzt, wo sie in einer völlig neuen Umgebung vernommen wird. Maler Wunderwalds einseitlich im altenglischen Stil gehaltene Dekorationen haben praktische Bildung. Die maltrötigen Spitzdächer, die gediegene Einfachheit einer bürgerlichen Wohnung, die robustere Kneipe haben sich charakteristisch von einander ab. Eigenartig schön ist der Wald in seiner allmählich aufdämmernenden Mondlichtdurchleuchtung. Die Regie machte sich angenehm bemerkbar in der Herausarbeitung lebendiger Volksszenen, die hier recht wohl am Platze sind. Neizend wirkt auch das sorgfältig einstudierte Waldballet mit seinen Eisen, Feen und anderen Spulgestalten, worunter namentlich die Fliegen, Mäden und sonstigen Krabblen ganz allerliebst sind.

Die musikalische Aufführung unter Kapellmeister Eduard Rörke gab Zeugnis von Ehrlichkeit und Geschlossenheit. Raggi

Einmal war gefänglich und darstellerisch eine Frau Fluth, wie man sie sich schwerlich noch prächtiger wünschen kann; strahlend in den Koloraturen, neckisch lustig bis zur Ausgelassenheit, ohne dabei an Grazie zu verlieren im Spiel. Peter Erdmann darf sich als Falstaff schon sehen lassen. Er entwickelt köstlichen Groteskhumor und man vergißt darüber gern, daß seiner wenig „tragenden“ Stimme des eigentlichen Falstaff-Basses Fenster erklirren machende „Grundgetöse“ abgeht. Neben ihm zeichnete sich Eduard Schüller als Herr Fluth durch sehr temperamantvolle Gestaltung aus. Gute gefängliche Leistungen boten ferner Heria Stolzenberg (Jungfer Anna) und Louise Wark (Frau Reich). Heinz Arzen als sentimentaler Liebhaber Renton sprach weniger an; seine Stimme hat einen gannigen und nasalen Beigeschmack. Die kleineren Rollen waren annehmbar aufgehoben. Alles in allem: es liegt Kasse in der Aufführung. 6, 6.

Notizen.

— Aufsichtsrat und Oberdirektion. Aus dem Aufsichtsrat des Charlottenburger Deutschen Operhauses sind bekanntlich zwei Mitglieder ausgeschieden, weil sie die Erhebungen des Herrn Neumann-Hofer nicht mitverantworteten. Dieser betrieb-same Herr scheint seine Präzidentenkontrolle als künftiger Direktor immer noch nicht aufgeben zu wollen. Er ist bereits nicht nur Beirat, sondern auch Vizevorsitzender des Aufsichtsrates. Den Befürchtungen, die infolge dessen — mit Recht — nach geworden sind, tritt der Direktor Hartmann jetzt entgegen. Er erklärt: „Mir steht nach wie vor die selbständige künstlerische und geschäftliche Leitung des Unternehmens zu, so daß die Interessen der Direktion durch die Veränderungen im Aufsichtsrat nicht im geringsten berührt werden, ebenso wenig wie sie bisher durch die Schaffung des künstlerisch-literarischen Beirats des Aufsichtsrats“ beeinträchtigt worden sind. Insbesondere wird aber auch die finanzielle Grundlage des Operhauses von dem Austritt der beiden Aufsichtsratsmitglieder nicht betroffen.“

Trotzdem wird es gut sein, wenn die Deffentlichkeit und die Charlottenburger Stadtvertretung die Angelegenheit nicht aus dem Auge verliert.

— Die Corinth-Ausstellung in der Berliner Sezession wird bis einschließlic Sonntag, den 2. März, geöffnet bleiben.

— Wichtigung. Ohne durch unsere Stoffeuser gegen die Druckfehler angeregt zu sein, bittet uns Dr. A. Lipich, in seinem Artikel „Nützliche Nahrungsmittel“ (Unterhaltungsblatt Nr. 34) folgendes zu berichtigen:

Die drei letzten Zeilen des zweiten Absatzes der ersten Spalte auf Seite 135, angefangen von „deren charakteristisches Merkmal ist“, gehören an das Ende des vierten Absatzes: „Hier haben wir ein ganz typisches Beispiel einer ersten Kategorie künstlicher Nahrungsmittel, deren charakteristisches Merkmal ist.“

Dies liegt also ein typischer Fall von „Verheißung“ (nicht etwa: Ueberhebung) vor.

Abg. Tauschel (Soz.):

Bei der Errichtung des neuen Hauptpostamts in Götting, das neben dem neuen Empfangsgebäude am Bahnhof steht, sollen die beiden Verwaltungen ganz unabhängig voneinander vorgegangen sein, so daß das Stadtbild durch die neuen Gebäude geradezu verunstaltet wird.

Direktor Wischenborn bestreitet die Berechtigung dieser Beschwerde, die beiden Gebäude seien durchaus einheitlich gestaltet.

Die Ausgaben werden bewilligt. Es folgen die Einnahmen.

Abg. Haberland (Soz.):

Das beste Mittel zur Erhöhung der Einnahmen ist zweifellos die Erleichterung und Verbilligung des Postverkehrs. Leider scheint die Reichspostverwaltung das noch immer nicht einzusehen, sonst würde sie wohl manchen Wünschen mehr entgegenkommen. Einer dieser berechtigten Wünsche ist die Ausdehnung des Nachbarortverkehrs von Düsseldorf auf seine industriellen Vororte Reicholz und Benrath. Das beste Abhilfsmittel würde die Einbeziehung einer ganzen Reihe von Orten in den Nachbarortverkehr mit Düsseldorf sein; dadurch erhielte man einen geographisch abgerundeten und wirtschaftlich eng zusammenhängenden Postbezirk mit regem Verkehr, der die Einnahmen der Postverwaltung sicher erheblich steigern würde, während heute der Verkehr geradezu gekemmt wird.

Der Rest des Etats wird debattelos bewilligt. Eine Resolution der Kommission, zu veranlassen, daß den Beamten der Militärklasse in weiterem Maße als bisher das Aufsteigen in Beförderungsstellen ermöglicht und durch Vermehrung der Stellen für gehobene Unterbeamte und zweifelsprechenden Ausbau dieser Laufbahnen den Unterbeamten eine bessere Beförderungsmöglichkeit verschafft wird, wird angenommen.

Hierauf wird der Etat der Reichsdruckerei debattelos bewilligt.

Es folgt der

Etat der Reichseisenbahn.

Abg. Hafenzahl (Soz.):

In vorigen Jahre hat der Reichstag Vorlegung einer Denkschrift über die Frage der Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens verlangt. Der Bundesrat bemerkt in der Zusammenfassung seiner Beschlüsse über Reichstagsresolutionen dazu, daß diese Frage nach der Prüfung unterliege. Das ist eine andere Form der stillen Erklärung: „es schwebt Erwägung“. Es scheint, daß im Bundesrat gewisse Widerstände gegen die Regelung dieser Frage vorhanden sind. Die Eisenbahnen haben nach unserer Auffassung die Aufgabe, als Verkehrsinstanz zu dienen und nicht als Erwerbsquelle. Das kann nur erreicht werden, wenn wir dazu übergehen, die Eisenbahnen allmählich auf das Reich zu übertragen. Die Schwierigkeiten, die der Verwirklichung dieser Frage noch entgegenstehen, zu beseitigen, müßte eine der vornehmsten Aufgaben des Reichseisenbahnamtes sein. Will das Amt nicht nur dekorativ wirken oder als Puffer zwischen dem preussischen Eisenbahnministerium und dem Reichstage, wie bei der Beratung der Anterpekation über den Wagenmangel, dienen, dann muß es mehr Selbstständigkeit beweisen, mehr selbst die Initiative ergreifen. Herr v. Treittenbach hat sich seinerzeit auf einen Sachverständigen des deutschen Handelstages berufen, nach dem in dem Betriebe der Ausdehnung und der Verwaltung der deutschen Eisenbahnen bereits eine Einheitlichkeit bestehen sollte, die die Forderung der Reichsverfassung weit hinter sich lasse. Aber diese Meinung war ein unglücklicher Griff, denn gerade der Handelstag hat durch Einsetzung einer Kommission, die untersuchen soll, was zu geschehen hat, um die im Artikel 12 der Verfassung niedergelegte Forderung zu erfüllen, besandt, daß er eine weitergehende Vereinheitlichung für dringender notwendig hält. Und ein früheres Mitglied des preussischen Eisenbahnministeriums, Geheimrat Kirchhoff, hat auch in seiner Schrift: „Die Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens“ die Einsetzung einer permanenten Sachkommission zur Prüfung dieser Fragen verlangt. Ein Gerichtsassessor Geber ferner hat im Oktoberheft der Zeitschrift „Weltverkehr und Weltwirtschaft“ in einem Artikel das Problem der deutschen Eisenbahngemeinschaft nachgewiesen, daß der Partikularismus und die territorialen Sonderinteressen, die jetzt unser Eisenbahnwesen beherrschen, mit Argusaugen darüber wachen, daß der Verkehr in eigenen Lande den eigenen Bahnen erhalten bleibt und daß alle größeren Verkehrsinteressen hinter diesen partikularistischen Interessen zurücktreten. In den Mitteln zur Abhilfe geben wir allerdings weiter als Herr Geber, wir setzen die einzige Abhilfe in der

Übernahme der Eisenbahnen auf das Reich.

Einen deutschen Beweis für das Vorherrschende territorialer Sonderinteressen in unserer heutigen Sonderpolitik ist die Entwicklung des Verkehrs Berlin-Basel. Aus rein fiskalischen Sonderinteressen wird der Verkehr systematisch von den süddeutschen Bahnen weggelenkt. Nach der Ausführung der bei der europäischen Fahrplankonferenz in Hamburg zur Annahme gelangten Anregung wird der ganze Nord-Südverkehr vorwiegend zugunsten der preussisch-hessischen und der elsass-lothringischen Bahnen um Waden und Württemberg usw. herumgelenkt werden. Diese Mißstände können nur beseitigt werden, wenn wir über die Reichseisenbahngemeinschaft hinaus zur Übernahme der Eisenbahn auf das Reich kommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

In dem preussisch-hessischen Eisenbahnvertrag ist Hessen von Preußen nicht schon behandelt; die Millionenüberschüsse, die man uns immer vorhält, können die Lasten der ungleichen Verteilung nicht aus der Welt schaffen, und das Reichseisenbahnamt sollte dem Verlangen nach einer Revision des Vertrages nachgeben. Die preussischen Junker behaupten, wie Sozialdemokraten wollen Reichseisenbahnen, um uns bei den Eisenbahnarbeitern einzunisten, ihre Disziplin zu lockern und den Streik vorzubereiten. Wir begeistern uns für Reichseisenbahnen im Interesse des Verkehrs. Entweder wollen wir die Arbeiter organisieren, aber nicht um ihre Disziplin zu lockern, sondern um ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir haben in einer Resolution die reichsrechtliche Regelung der Dienst- und Ruhegehalt der Eisenbahnangestellten verlangt. Der Bundesrat hat geantwortet, es sei dies weder notwendig noch zweckmäßig. Dabei haben bei den preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft nur 5,42 Proz. des Personals einen achtstündigen Arbeitstag, 63,10 Proz. dagegen einen Arbeitstag von über 10 Stunden; 10000 Eisenbahnangestellte sogar einen solchen von 12-15 Stunden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) wobei aber zu bemerken ist, daß die Woche bei den Eisenbahnen nicht 6, sondern 7 Tage hat. Glaube der Präsident des Reichseisenbahnamts, daß eine derartig lange Arbeitszeit im Interesse des Dienstes liegt?

Wenig ist es mit der Ruhezeit. Ein 24stündiger Ruhezeit, den sehr viele Eisenbahner nur einmal im Monat haben, ist überhaupt keine genügende Ruhepause, der Ruhezeit muß 36 Stunden umfassen. Bei der Ueberarbeitung der Angestellten ist es natürlich kein Wunder, wenn Unzufriedenheiten vorkommen. Der preussische Minister Treittenbach prunkt mit seinen Millionenüberschüssen, aber der Verbesserung der Lage der Angestellten steht er ablehnend gegenüber. Bei den Werkstattdarbeitern ist statt des Affordistens jetzt ja ein „Stückzahl“-System eingeführt, aber in einer solchen Weise, daß die Arbeiter nicht auf den früheren Anfangslohn kommen. Hier ist dringender Abhilfe nötig. Ferner sollten die Arbeiterfahrkarten nicht nur für 50 Kilometer, sondern bis 100 Kilometer erhalten. Dem Präsidenten des Reichseisenbahnamts rufe ich zum Schluß zu: Waderzapp werde hart gegen alle Verkehrs- und arbeiterschädigenden Maschinen! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr.

(Sonder: Anfragen.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

137. Sitzung. Donnerstag, den 20. Februar 1913, vormittags 11 Uhr.

Aus Ministertisch: Dr. Sydow.

Zu Ehren des gestern verstorbenen langjährigen Leiters des Stenographischen Bureaus des Hauses, Göpel, erhebt sich das Haus von den Sitzen.

Der Handels- und Gewerbeetat.

Abg. Kahardt (fl.) tritt in der Fortsetzung der allgemeinen Besprechung dafür ein, daß der Fortbildungsschulunterricht in die späten Abendstunden verlegt werde. Hoffentlich erleben wir noch die Robelle zum Handwerkergesetz. Kurz die Bezirksausschüsse sollten Hausbesuche erteilen dürfen. Gegen den Bauwindel muß mehr getrieben, die Nichtführung eines Baubuchs muß unter Strafe gestellt werden. Bei den 2700 Zwangsverklärten von Grundstücken in Groß-Berlin im Jahre 1912 sind 45 Millionen Mark verloren worden. Alle Berliner Großbanken tragen durch unfaire Handlungsweise zu diesem Unwesen bei. Der Redner fordert dann Regelung der Beiträge der Industrie zu den Kosten der Lehrlingsausbildung. Die Konsumvereine wollen wir nicht erdrosseln, aber sie dürfen auch nicht steuerlich bevorzugt werden. (Beifall rechts.)

Abg. Rosenow (Sp.) schildert die Bedeutung von Handel und Industrie im Staatsleben. Es wird zwar viel verkauft, aber die Preise sind nicht danach, daß der Handel allein gut gedeihen könnte. In Danzabund ist nie das Wort erlungen: „Die Minister können uns sonst was!“ oder: „Wir gehen unter die Sozialdemokraten!“ (Sehr gut! links.) Die Futtermittelzölle müssen revidiert, die Schugzölle überhaupt abgehoben werden. Auch wir sind für den Schutz der Arbeitswilligen und gegen den Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften, aber die bestehenden Gesetze genügen, Ausnahmegeetze sind überflüssig und schädlich. Der Redner tritt dann sehr ausführlich für die bekannten Mittelstandsforderungen ein und sieht in dem Einsprechen des Ministers gegen die Zulassung der Aktien der Deutschen Erdöl-Aktiengesellschaft an der Berliner Börse einen Liebergriff.

Handelsminister Dr. Sydow stellt gegenüber dem Vortredner fest, daß die Zulassung der Erdölaktien nicht verweigert, sondern die Entscheidung nur hinausgeschoben und das vorgeschriebene Verfahren durchaus eingehalten worden sei. Dem Abg. Kahardt antwortet er, daß die Handwerkskammern bereits bei der Eintragung von handwerkemäßigen Betrieben in das Handelsregister gehört werden.

Abg. Borchardt (Soz.):

Während hier in ausführlicher Breite die allgemeine Wirtschaftslage, die Interessen des Kaufmannstandes, der Industriellen und insbesondere der Handwerker besprochen worden sind, ist ganz und gar ausgelassen worden die Arbeiterfrage. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten und Ka! na! im Zentrum, und das, trotzdem ja die Arbeiter bei weitem die Mehrheit der Bevölkerung bilden. Auf eine ähnliche Bemerkung meines Freundes Ströbel antwortete der Abg. Dr. Schifferer im vorigen Jahre, es sei gar nicht nötig, die Arbeiterfrage besonders zu behandeln, denn ihre Interessen seien einbezogen in den allgemeinen; wenn die allgemeine wirtschaftliche Lage sich bessere, so sei damit auch bereits für die Arbeiter gesorgt. Kurz vorher hatte Herr Schifferer davon gesprochen, daß auch die Arbeiter an dem allgemeinen Wohlstande infolge einer guten Wirtschaftslage entsprechenden Anteil hätten. Prüfen wir das einmal nach! Die außerordentlich gute Konjunktur im Jahre 1912 ist übereinstimmend von allen Seiten festgestellt. Der von den Handwerkskammern erwartete Rückgang nach dem Jahre 1911 ist völlig ausgeblieben, auch der Balkankrieg hat an der glänzenden Wirtschaftslage nichts geändert und die Aussichten für die Zukunft sind auch nach Regierungserklärungen sehr gute. Als im Jahre 1879 zuerst die Bestrebungen auf Gründung des rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikats auftraten, sagte der nationalliberale Abgeordnete Dr. Hamacher, daß eine Verzinsung von etwa 5 1/2 Proz. als billigen kapitalistischen Ansprüchen angemessen zu bezeichnen sei. Nach dem kaiserlichen statistischen Amt hatten von 1910 bis 1912 von den 4650 Aktiengesellschaften, die zu Erwerbszwecken gegründet sind, und die ein Kapital von insgesamt 17250 Millionen Mark befigen, 60 weder Gewinn noch Verlust, 748 einen Verlust und 3868 einen Gewinn von rund 1400 Millionen Mark gleich 8,1 Prozent des Kapitals. Also schon weit mehr, als was Hamacher angemessen nannte. Bei Betrachtung der einzelnen Gewerdeguppen kommen weit höhere Zahlen heraus. Es verdient die Aktiengesellschaften im Baugewerbe (trotz seiner allgemein schlechten Lage) 9,8 Proz., die in Bergbau, in der Metall- und Maschinenindustrie 10,14 Proz., in der chemischen Industrie beinahe 15 und im Versicherungsgewerbe beinahe 16 Proz. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Berücksichtigen wir aber nur das dividendenberechtigte Kapital ohne Reserverfonds, so hatten die 3868 Gesellschaften durchschnittlich 10 Proz. Gewinn. Die tatsächliche Dividende bewegte sich zwischen 9 Proz. bei Steinlohe und 23 Proz. bei der Feuerversicherung. Also, das Kapital hat einen ganz hübschen Anteil aus der guten Konjunktur bezogen. Wie ist es nun mit dem

Anteil der Arbeiter?

Die Berichte der preussischen Gewerbeinspektoren sind für dieses Jahr leider noch nicht erschienen, aber in einer Besprechung der vorjährigen Berichte sagte die gewiß unverdächtige „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: „Leider ist die allgemeine Lage der Industrie den Arbeitern nicht in dem wünschenswerten Umfange zugute gekommen; wenn auch die Löhne eine steigende Tendenz zeigen, so wurden die sich daraus ergebenden Vorteile doch fast überall durch die Teuerung der Lebensmittel und der Rohstoffe aufgehoben, teilweise sogar mehr als aufgehoben.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Rosenow, der aber nicht genügend hohe Preise gellagt hat, hätte sich aus dem Bericht der Berliner Handelskammer darüber orientieren können, daß es für die anderen Gewerbe ein Recht ist, wenn die Arbeiter allzu viel bloß auf die Lebensmittel ausgehen müssen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Abg. Rosenow: Ja, Lebensmittelpreise!) Aber es ist doch so klar, wie daß zwei mal zwei vier ist, daß die übrigen Gewerbe auch geschädigt werden müssen, wenn für Erzeugnisse anderer Gewerbe mehr ausgegeben werden muß. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Vor allem können dann in den anderen Gewerben nicht bessere Qualitäten gekauft werden. Und da klagt der fortschrittliche Redner, die Preise noch nicht teuer genug sind. (Abg. Rosenow: Entschuldigung!) Wenn ich Sie mißverstanden habe, können Sie mich nachher berichtigen, aber einen solchen Jurost sollten Sie doch nicht machen. Hätte ich das getan, wäre ich sicher schon zur Ordnung gerufen worden, was ich Ihnen natürlich nicht wünsche! (Beifall rechts.)

Nach dem statistischen Jahrbuch für den preussischen Staat beträgt der höchste ortsübliche Tagelohn in Preußen 3,60 Mark, also wenig über 1000, etwa 1100 M. im Jahr. Nach der Statistik des bei den reaktionären Parteien dieses Hauses in großem Ansehen stehenden Herrn Richard Calwer müßte eine vierköpfige Familie im Januar 1911 für notwendige Nahrungsmittel pro Woche 2,50 M. und 1912 schon 2,80 M., also gegen 1500 M. im Jahre aufwenden! Die ortsüblichen Tagelöhne sinken aber von 3,00 M. bis auf

1,20 M. im Kreise Nimptsch in Schlesien

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten, und das nennt Herr Schifferer einen entsprechenden Teil der Arbeiter am allgemeinen Wohlstand. — Ich weiß natürlich, daß, wenn das auch gar nicht gerechtfertigt ist, nicht die wirklich bezahlten Arbeitslöhne als ortsübliche festgelegt werden. Was wird wirklich bezahlt? Nach dem Essener Handelskammerbericht betrug der Jahreslohn der eigentlichen

Kohlenhauer 1912 im Bezirk Dortmund nicht ganz 1900 M., der Durchschnittslohn aller Bergarbeiter, mit diesen Höchstbezahlten, 1600 M., und nach amtlicher Angabe betragen die Bergarbeiterlöhne in Schlesien und im Saarrevier nur 7/8 hiervon! Der Eisenbahnminister räumte sich vor einigen Wochen, daß die Eisenbahnarbeiter 1440 und 1167 Mark Jahreslohn bekommen! Nach der Berliner Handelskammer ist 1912 die Arbeitslosigkeit trotz der Mehrproduktion so gestiegen, daß auf 100 Stellenangebote 119 Arbeitsuchende gegen 115 im Vorjahr kamen: also weniger Arbeiter, mehr geleistete Arbeit! Das ist der Anteil der Arbeiter und da machte Schifferer den freien Gewerkschaften den schmerzlichen Vorwurf, daß sie sich nicht auf ihr ureigenes Gebiet, die Lebenshaltung der Arbeiter zu verbessern, beschränken, sondern Politik treiben. Wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Haben Sie nicht verlangt, daß der Leiter des Schöneberger Arbeitsnachweises auf die Straße gesetzt werde, weil er Sozialdemokrat ist also eine Ihnen nicht genehme Gesinnung hat? Wer trägt Politik in wirtschaftliche Fragen hinein? und was ist also Gesinnungs-terrorismus? Nein, gerade deshalb sind Ihnen die Gewerkschaften so verhaßt, weil Sie sich auf ihr ureigenes Gebiet beschränken, denn jede Erhöhung der Löhne und Verbesserung der Arbeitsbedingungen muß den Kapitalprofit reduzieren. Ist Ihre Verlangen gegen den Schöneberger Arbeitsnachweisleiter nicht blanker Terrorismus, den Sie immer und vornehmlich? (Abg. Hoffmann: Ja, Bauer, das ist was anderes!) Das aus sachlichen Gründen erhabene Verlangen der Bauarbeiter, auch Arbeiter zur Bautenkontrolle heranzuziehen, lehnen Sie ab, weil — so jagte der Minister — die Baukontrolleure sozialdemokratische Propaganda treiben könnten. Wen geht denn das etwas an, wenn die Kontrolleure nur ihre Schuldigkeit als Kontrolleure erfüllen? Würde sich Herr v. Pappenheim etwa das Staatsbürgerrecht verliermen lassen, auf den Bauten konservative Propaganda zu treiben? In Leipzig wurde ein Arbeitgeberverband für die Papier- und Leder-verarbeitungsindustrie gegründet und als einer seiner Zwecke die Materialsperrung gegen sich dem Verband nicht unterwerfende und sich ihm nicht anschließende Unternehmer erklärt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), also Gewaltmittel zur Erzwingung des Anschlusses an den Verband. Die freien Gewerkschaften wären nicht, wenn sie solche Mittel anwendeten, denn angemessene Mitglieder würden ihnen bei ihren schweren Kämpfen nichts nützen. Vereinzelte Ausschreitungen mögen vorkommen, aber die Gewerkschaften verwerfen aus dem eben angegebenen Grunde prinzipiell einen solchen Zwang. Als ein weiterer Zweck des Leipziger Verbandes wird die Arbeitslosmachung von Streikenden erklärt, die bei anderen Firmen eingestellt worden sind. Hier können Sie nach Schug der Arbeitswilligen rufen, auch Herr Rosenow. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Herr Rosenow aber klagt nur über Terrorismus und Arbeitswilligenverfolgung der freien Gewerkschaften. Von uns könnte er hundertmal mehr Material für Terrorismus erlangen, als von den Unternehmerorganisationen. Wie sind die Verzeuereinigungen samt Herrn Mugdan aber Streikbrecher hergefallen, was machen die Offiziere mit einem, der die Standeslisten nicht beachtet? Man sieht solche Leute sogar im Duell tot. Freilich, Herr Rosenow mag nur dem Bedürfnis der von der Rechten — mit geringem Recht — so scharf getadelten fortschrittlichen Volkspartei gefolgt sein, wenn er neue Anlehnung bei den Konservativen sucht. (Abg. v. Arnim-Jäbedom (L.) winkt ab.)

Und haben wir nicht auch Fälle von Terrorismus hier im Hause erlebt? Der Abg. Schröder-Kassel hat im vorigen Jahre einen Amtsdichter denunziert,

weil er einem Tischler Arbeiten übertragen hatte, der den Reiterstil nicht hatte, obwohl die Arbeit an sich aus von einem Meister nicht besser hätte geliefert werden können. Dem Tischler wurden daraufhin die Arbeiten entzogen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ist das nicht blauer Terrorismus? Ähnlich ist Herr Karow aufgetreten. Auch er verlangte, daß auf dem Wege der Gewalt, d. h. durch ein Eingreifen der Behörde die Arbeit einem kleinen Fabrikanten entzogen und einem Meister zugewandt wurde. Also lassen Sie sich gefälligst erst an die eigene Nase. Mit Recht hat der Minister geltend gemacht, daß man nicht vergessen dürfe, daß es außer den Handwerkern auch noch andere Leute gibt. Die naive Selbstgefälligkeit der Handwerkervertreter aber verlangt, daß alle anderen Interessen denen der Handwerker hintangeseht werden. Die Wanderlager, das Hausiergewerbe, die Detailreihen, alles soll verboten werden. Die Wünsche der Herren Hammer, Kahardt, Schröder-Kassel und anderer lassen sich in den einen Satz zusammenfassen: „Jeder, der den Handwerkern Konkurrenz macht, wird mit Zuchtstange bestraft.“ (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ein merkwürdiger Gegenstand befindet zwischen den Forderungen der Mittelständler selbst und denen der Mittelstands-politiker. Die Mittelstandspolitiker sehen im Mittelstand das sicherste Bollwerk gegen die Sozialdemokratie. Wenn das richtig ist, dann müßte es möglichst viel Mittelständler geben, denn je größer die Zahl, desto sicherer das Bollwerk. Dann müssen die Mittelständler dafür sorgen, daß möglichst viele Proletarier zum Mittelstand aufsteigen. Aber was nützt das dem Mittelstand? Dann würde ja die Konkurrenz für ihn immer größer. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und durch diese Politik würden dann auch den Mittelständlern die Gesellen weggenommen. Beobachtungen die Gesellen verlassen, wenn sie selbständig werden können? Auch diese Gesellen vergrößern die Konkurrenz für den Mittelstand und diese Konkurrenz wird gerade von den Mittelständlern gefürchtet. Der Vortredner der Mittelständler im sächsischen Landtag, der Abg. Spieß, hat ausdrücklich ausgesprochen, daß es dem Mittelstand gar nicht darauf ankommt, daß die Zahl seiner Angehörigen wächst. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also Sie leben den Hoffenden Widerspruch. Die Mittelstandspolitiker wollen durch den Mittelstand dem Klassenhaat helfen. Die Mittelständler selbst aber wollen, daß durch den Staat dem Mittelstand, d. h. den Mittelständlern geholfen wird, die jetzt bestehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Den heute existierenden Mittelständlern soll eine möglichst bevorzugte Stellung erhalten bleiben. Ich frage das nicht vor, um die Mittelständler herabzusetzen. Diesen Fehler, daß der Staat nur für einen Stand da ist, begehen auch die Agrarier und die Kaufleute. (Zuruf rechts: Und die Arbeiter!) Auch die Arbeiter glauben, daß der Staat in erster Linie für sie da ist. Wir sind aber die große Mehrheit! — Die Klagen der schlechten Lage des Mittelstandes liegen in der Notwendigkeit des Großbetriebs als volkswirtschaftlicher Erscheinung. Der Großbetrieb kann billiger arbeiten. Da nähren alle Ihre Maßnahmen nichts. Er ist produktiver. Er ist ein Fortschritt. Bedauerlich ist nur, daß dieser Fortschritt nicht ein Segen für alle ist, sondern daß er zum Schaden ausschlägt nicht nur für die Handwerker, sondern auch für die Gesamtheit. Das wird erst anders sein, wenn das Privateigentum an den Produktionsmitteln beseitigt sein wird. Daher müssen sich die Handwerker der Sozialdemokratie anschließen, was ja schon teilweise geschehen ist.

Der Minister sträubt sich gegen die Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes der Vorkaufordnungen nicht, weil er die Schäden des Bauwindels übersehen, sondern weil dieser zweite Teil kein Mittel zu ihrer Beseitigung ist. Helfen kann nur die

Enteignung des Grundbesitzes.

Freilich, ob der heutige Staat, der selber mit dem Tempelhof Feld eine Terrain speculation größten Stils getrieben hat, wirklich helfen würde, ist mindestens zweifelhaft. Sie sehen, an diesen Stellen ist zu ändern. Mit kleinen Mitteln können wir nicht weiter. Hier heißt es ganze Arbeit, ganze Enteignung machen. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Karow (L.): Die Sozialdemokraten möchten am liebsten den Mittelstand ganz aus der Welt schaffen, wir aber wollen, daß sich aus dem Proletariat Männer aus eigener Kraft zum Mittelstand emporarbeiten. Wenn der Mittelstand vom Staate so berücksichtigt würde, wie die Arbeiterfrage, wäre er sehr zufrieden.

Stadtverordneten-Versammlung.

7. Sitzung vom Donnerstag, den 20. Februar, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Nischel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr.

Die Magistratsvorlage betr. die Organisation der städtischen Wohnungs- und Wohnungsaufsicht

hat in der Ausschussberatung nur wenige Abänderungen erfahren und schließlich einstimmige Annahme gefunden. Zu erwähnen ist, daß die Deputation für das Wohnungswesen aus 5 (statt 4) Magistratsmitgliedern, 8 (statt 5) Stadtverordneten und 5 Bürgerdeputierten bestehen soll, sowie daß dem der Deputation unterstellten Wohnungsausschuss auch weibliche Wohnungsinpektoren angehören sollen; die recherchierenden Stadtverordneten sollen berechtigt sein, den Sitzungen der Wohnungskommissionen ihres Bezirks beizuwohnen.

Die Deputation soll mit dem 1. April 1913 ins Leben treten, die sonstige Organisation nach Beendigung der Vorarbeiten. Zur Kostendeckung soll ein Betrag bis zu 90 000 M. in den Etat für 1913 eingestellt werden. Die bisherige Deputation für die Verwaltung der König-Friedrich-Stiftung soll mit dem 1. April 1913 aufgehoben werden.

Referent ist Stadtv. Sckeland (A. L.).

Stadtv. Heumann (Soz.): Wir haben im Ausschuss abgelehnt, was die Vorlage brachte, und einige wenige Verbesserungsanträge gestellt; zwei davon sind angenommen, zwei abgelehnt worden. Wir begrüßen mit Freude, daß neben den Wohnungsinpektoren und Wohnungspflegern auch entsprechende weibliche Beamte eingestellt werden sollen, und wir geben uns der sicheren Erwartung hin, daß der Magistrat von dieser Möglichkeit weitherziger Gebrauch machen wird. Lebhafte Beflagungen mühen wir jedoch die Ablehnung unseres Antrages, auch der Deputation Frauen beizugeben. Wir müssen Anschauungen, wie sie im Ausschusse zutage traten, weit von uns weisen, daß die Frau zwar zu praktischer Kleinarbeit, aber nicht dazu geeignet sei, an leitender Stelle bei grundlegenden Fragen mitzuwirken. Hätte ich solches nicht mit eigenen Ohren gehört, ich hätte es nicht für möglich gehalten, daß im 20. Jahrhundert solche Ausführungen nicht in einem hinterpostenreichen Gutsbezirk, sondern im Rathaus der sogenannten Metropole der Intelligenz geduldet worden sind. Auch müssen wir beklagen, daß der Wohnungsnotwendigkeit, den wir wenigstens für kleine Wohnungen dem Amt angegliedern wollten, abgelehnt worden ist. Ein solcher Nachweis ist die Voraussetzung für eine wirklich umgreifende Wohnungsaufsicht; danach wollten wir auch die Stadt davor bewahren, durch staatlichen Zwang dazu gezwungen zu werden, wozu ja der preussische Wohnungsgesetzentwurf, wenn er Gesetz wird, die Handhabe bietet. Da wir überzeugt sind, daß die Macht der Tatsachen erzwungen wird, was heute verjagt wurde, so bringen wir jetzt unsere Anträge nicht wieder ein; wir werden dem Statut in der gegenwärtigen Fassung unsere Zustimmung erteilen und wünschen nur, daß es der Deputation gelingen werde, den ihr gestellten weiten Rahmen gut und zweckentsprechend auszufüllen. Ich richte endlich noch an den Magistrat die Bitte um eine Erklärung, ob in den vergangenen vier Wochen das preussische Staatsministerium sich veranlaßt gesehen hat, auf das Gesuch wegen Ueberlassung der Wohnungspolizei auch eine sachliche Antwort zu erteilen. Gleichviel, wie diese Antwort ausfällt, wir unsererseits werden tun, was wir können, um dazu beizutragen, daß das neue Wohnungsgesetz mit oder ohne städtische Polizei für die Berliner Bevölkerung eine nützbringende Tätigkeit entfalten kann. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Golland (A. L.): Der heutige Stand der Gesetzgebung gestattet die Einführung von Frauen in die Deputation nicht. (Widerspruch. Rufe: Charlottenburg!) Die sozialdemokratische Partei tritt hier so eifrig für die Gleichberechtigung der Frauen ein, aber in ihre Vorstände lassen sie keine Frauen hinein. (Stärklicher Widerspruch bei den Sozialdemokraten. Rufe: Wo denn? Inhinh! Sie leben ja auf dem Mond! Alles Schwindel!) Auch ich bitte im Interesse aller Beteiligten den Magistrat, die Anfrage des Vorredners zu beantworten.

Oberrürgermeister Wermuth: Dem Magistrat ist von seiten der Regierung auf unseren Antrag eine Antwort auch in der Zwischenzeit nicht zugegangen. (Hört! hört!) Ich darf den Moment benutzen, um der Versammlung den aufrichtigsten Dank abzusprechen für die Förderung und den Abschluß dieser Arbeit. Daß die Änderungen, welche der Ausschuss vorgenommen hat, insbesondere auch die Zulassung der Frauen, vom Magistrat abgelehnt werden, steht für mich außer Zweifel. Die Stadt wird sich jetzt darauf berufen können, daß sie ihrerseits alles getan hat, um eine geordnete Wohnungsplanung ins Leben zu rufen.

Stadtv. Gassel (A. L.): In der Bürgerschaft ist die Legende verbreitet, als ob der Magistrat in der seiner Eingabe an den Minister beigegebenen Denkschrift ausgeführt habe, die Uebertragung der Wohnungspolizei auf die Stadt sei nicht nötig. Der Minister des Innern hat allerdings, nachdem ich die Sache im Landtage richtig gestellt hatte, diese Behauptung wiederholt, ein Beweis, wie man an der betreffenden Stelle Eingaben der Stadt zu behandeln gewohnt ist. Die Denkschrift des Magistratsassessors Siegel soll den Satz enthalten, die Uebertragung der Wohnungspolizei sei ganz unnötig. Das ist an sich schon eine Entstellung des Inhalts der Denkschrift; es wird da auseinandergesetzt, daß die Polizei nur im äußersten Falle eintreten, sonst aber möglichst in den Hintergrund treten soll; ganz entbehrt werden wird die polizeiliche Hilfe nicht können; hier zeigt sich wieder der bedauerliche Mangel, daß die Baupolizei sich nicht in den Händen der Stadt befindet usw. Ich sehe voraus, daß da der Minister nicht alle Denkschriften lesen kann, welche Eingaben beigelegt werden, nur eine im höchsten Maße unrichtige Verkürzung eines seiner Beamten eine so bedauerliche Entstellung der Wahrheit hat herbeiführen können. Eigentümlich ist aber, daß ich alles dieses auch am 1. Februar im Abgeordnetenhaus vorgelesen habe und der Minister später doch gesagt hat, aus der Denkschrift sei zu entnehmen, daß die Uebertragung für die Zwecke des Wohnungswesens nicht erforderlich sei. Dabei läßt er gerade den Passus weg, den ich zitiert habe. Der Magistrat selbst ist in seiner Eingabe noch weiter gegangen als Siegel und hat die Uebertragung als notwendig erklärt. Das Verfahren des Ministers erinnert an das Sprichwort: „Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen“; der Ablehnung unserer Gesuche wird geradezu der Hohn hinzugefügt. Und Herr v. Redlich meinte, die Stadt habe den richtigen Moment verpaßt, jetzt sei es zu spät. Eine solche Auffassung geht davon aus, daß man uns wie unartige Kinder behandeln solle. Dagegen mühen wir uns wehren, daß man versucht, unsere Behörden auf Grund unrichtiger Verdict-erhaltung ins Unrecht zu verziehen. Die Behauptung, der Magistrat habe eine unrichtige und zweideutige Angabe gemacht, entbehrt jeden Anhaltes. (Beifall.)

Stadtv. Heumann: Herr Golland muß ich doch sagen: O si tacuisses! Im Ausschuss haben einige bürgerliche Kollegen gegen die Zulassung der Frauen zu der Deputation getimmt unter Berufung auf die Städteordnung. Ueber solche sachlichen Gründe kann man diskutieren; wir sind anderer Auffassung, und Charlottenburg ist um diese Klippe herumgekommen. Im Ausschuss ist dann aber von einer Seite, die Herr Golland außerordentlich nahe steht, gesagt worden, daß die Frau wohl zu praktischer Kleinarbeit geeignet sei, aber nicht in der Leitungsfähigkeit mitzuwirken. Sie unglückliche Beschuldigung, als ob wir mit zweierlei Maß messen, widerlege ich mit § 4 des Organisationsstatuts unserer Partei: „Organisationen, denen Frauen angehören, müssen

diesen eine Vertretung im Gesamtvorstande geben.“ Herr Golland hätte sich doch darüber vorher unterrichten sollen.

Stadtv. Golland: Ich habe von Fällen gesprochen, die vorgekommen sind, die im „Vorwärts“ mitgeteilt sind. Es mag später geändert worden sein. (Rufe: Nein!) Kollege Heumann hat auch jetzt nicht mitgeteilt, daß ich im Ausschuss ausdrücklich hervorgehoben habe, daß wir in 118 Bezirken Kommissionen bilden müssen, und daß die Hauptsache doch praktische Wohltätigkeit sei. Die Forderung der Frauen hat auch gar nicht beansprucht, Sitze in der Deputation zu erhalten. Herr Heumann hätte also richtig und objektiv referieren sollen.

Die Ausschussvor schläge werden angenommen. Die Ausschussverhandlungen über die Vorlage betr. den freihändigen Erwerb der Grundstücke Hollmannstraße 19 und 20 zum Zwecke der Verbreiterung der Hollmannstraße und Anlegung einer neuen Straße haben dahin geführt, daß der Kaufpreis, wenn der 1. April 1913 als Zahlungstermin festgesetzt wird, um 100 000 auf 225 000 M. ermäßigt worden ist. Referent ist Stadtv. Jacobi (A. L.). Die Versammlung beschließt nach den Ausschussanträgen.

Der Magistrat legt den Vorentwurf zum Neubau zweier Personalwohngebäude mit Kellerräumen und Kellerräumen beim Friedrichshain-Krankenhaus vor. Der Kostenüberschlag beläuft sich auf 543 000 M. ab.

Stadtv. Dr. Weul (Soz.): Am 2. Februar 1911 haben wir den ersten Vorentwurf für diese Gebäude erhalten; jetzt nach zwei Jahren sollen wir den zweiten Vorentwurf verabschieden. Dann kommt noch ein spezieller Entwurf mit Kostenanschlag — wieviel Jahre werden da ins Land gehen, bis die beiden Gebäude bezogen werden können! Schon 1901 hat im Reichstag dieser beiden Gebäude wegen ein heftiger Kampf getobt; der Abg. Antrid hat damals darauf hingewiesen, daß bei einem großen städtischen Krankenhaus die Veranlassung ihrem Personal ungeeignete, feuchte Kellerräume zur Behausung anweise. Gemeint war dieses Berliner Krankenhaus. Noch heute stehen die damals gerügten Zustände ganz wie damals; noch heute muß ein Teil des Pflegepersonals in feuchten, schimmelligen Kellerräumen hausen. (Unruhe.) Der Magistrat gibt selbst in der Begründung des ersten Vorentwurfs diese Tatsache an. Ein Krankenhaus soll doch ein Tempel der Hygiene sein und darf solche Mängel nicht aufweisen. Für die Hälfte des Personals sollten zulängliche Wohnräume geschaffen werden; ob die Kellerräume nun evakuiert und fassiert werden, geht aus dem Erläuterungsbericht nicht hervor. Ich frage daher den Magistrat, ob nach Fertigstellung dieser Gebäude das gesamte Haus- und Wärterpersonal aus diesen Kellerräumen herauskommen und zulänglich untergebracht werden wird.

Stadtv. Selberg: Das gesamte Haus- und Wärterpersonal wird nicht in den beiden neuen Häusern untergebracht werden, aber die Kellerräume werden als Wohnräume für Wärter und Wärterinnen gänzlich aufgegeben. Ein Teil des Wärterpersonals liegt in den Baracken und muß dort schlafen bleiben. Die Kellerräume werden nur noch als Wirtschaftsräume benutzt werden.

Stadtv. Dr. Weul: Diese Auskunft befriedigt mich vollkommen. Ich ersuche nur noch die Hochbauverwaltung um etwas mehr Dampf, damit wir wenigstens noch die Fertigstellung dieser Gebäude erleben können. (Weiterkeit.)

Der Vorentwurf wird genehmigt. Der seit 1. April 1911 in Geltung befindliche Gebührentarif für die Benutzung der öffentlichen Schlachthäuser der Stadt Berlin soll auch für das Etatsjahr 1913 unverändert bestehen bleiben.

Für die städtische Lagerhalle am Humboldthafen soll ein transportabler elektrisch betriebener Sackelebator angekauft werden; die Kosten belaufen sich auf 5700 M.

Die Vorlage wird genehmigt und die Summe bewilligt. Der schon vor 9 bzw. 4 1/2 Jahren beschlossene Erweiterungsbau der V. Realschule an der Dönhofsstraße soll endlich zur Ausführung gelangen. Die Kosten sind überschlägig auf 171 000 M. ermittelt.

Der Vorentwurf wird vom Stadtv. Selwig (A. L.), früherem Direktor der V. Realschule, als endliche Abhilfe für einen lange schwer empfundenen Mangel begrüßt. Neben wünschiger Ausschussberatung, um zu prüfen, ob nicht auch noch die Lehrerbibliothek in dem Neubau untergebracht werden kann.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss. Die Erinnerung an das historische Ereignis des Aufzuges „An mein Volk“ vom 17. März 1813 hat der Magistrat durch einen

öffentlichen Kirchgang

und anschließenden Gottesdienst in der Kirche St. Nikolai feierlich zu begehen beschlossen. Da der Tag in die Karwoche fällt, soll diese Vorfeier der Gedenktage an die Erhebung Preußens am 10. März, an dem Geburtstag der Königin Luise, stattfinden. Die Versammlung wird ersucht, sich damit einverstanden zu erklären und zwei Mitglieder zur Besprechung der Vorbereitung für die Feierlichkeit zu deputieren.

Stadtv. Bruns (Soz.): Im Namen meiner Freunde habe ich folgende

Erklärung

abgegeben: Meine Freunde lehnen die Magistratsvorlage ab, weil die übergröÙe Mehrheit des preussischen Volkes und der Berliner Bürger keine Veranlassung hat, jener Zeit feierlich zu gedenken. (GroÙer Lärm bei der Mehrheit; Glocke des Vorstehers; Vorsitzender Nischel: Ich glaube, daß ich diese Bemerkung nicht ungerügt durchfallen kann. Rufe: Pfui!) Die Befreiung von der napoleonischen Fremdherrschaft hat leider dem Volke nicht das gebracht, was die ersten Vorkämpfer der Erhebung erhofft hatten und was sie erwarten durften. Der König von Preußen hat das in der Not gegebene feierliche Versprechen einer freihellen Verfassung für die preussischen Lande nicht eingelöst. Es bedurfte vielmehr noch jahrelanger schwerer Kämpfe und zahlreicher unglücklicher Opfer, bevor es gelang, das Volk von den drückenden Schanden der in Vorderteilen befangenen absoluten Monarchie zu befreien. Noch heute steht ein großer Teil des preussischen Volkes, vor allem die Arbeiterklasse, in einem erbitterten Kampfe um die staatsbürgerliche Gleichberechtigung, die ihr vorenthalten wird von der preussischen Bürokratie und einer herrschenden Junkerkaste. Wir lehnen die Vorlage aber auch ab, weil die vorgeschlagene Art der Feier uns nicht angedacht erscheint. (Beifall und andauerndes Rischen; große Erregung.)

Stadtv. Gassel: Als ich den Anfang der Erklärung des Herrn Bruns hörte, traute ich meinen Ohren kaum (Wahol), denn ich glaube, es wird in den meisten Kreisen nicht bloß unserer Einwohnerheit und unserer Pünktlichkeit, sondern auch Preußens und des Deutschen Reiches unverständlich sein, wie jemand die große Zeit 1813 als nicht würdig ansehen kann, um eine Gedenktage zu begehen. (Lärmender Beifall der Mehrheit; Stadtv. Hoffmann: Große patriotische Aufregung! Andauernde, allgemeine Unruhe.) Wer sich in die Geschichte dieser Zeit vertieft, wird mit immer größerem Staunen und immer größerer Verehrung erfüllt, nicht bloß vor den großen Taten, sondern auch vor dem heldenmütigen Aufschwunge eines zertretenen, gedrückten, verarmten Volkes, das allen Wölfen ein Beispiel gegeben hat, wie es in der Geschichte einzig dasteht: ein Beispiel der Hingabe von Gut und Blut für die Erringung der Unabhängigkeit und Freiheit des Vaterlandes. Die Jugend, großgezogen in dem Wesen und Wirken eines Schiller, die Jugend, der Schiller zugerufen hat: „Ans Vaterland, ans Vaterland, schließ dich an, das halte fest mit deinem ganzen Herzen; hier sind die starken Buzeln deiner Kraft“, diese Jugend ist aufgezoogen in die Kämpfe, und nicht bloß die Jugend, sondern

auch die Männer, die Landwehrmänner, aus innerster Empörung über das drückende Joch; alle diese haben gehandelt in einem großen und erhabenen Geiste (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit); diese Jugend war auch erfüllt von den Idealen der Befreiung eines einzigen und freien Vaterlandes; diese Gesinnung müssen wir achten. Und wenn die Verwirklichung ihrer Ideale länger gedauert hat, als sie es hofften, so ist es empörend, wenn man diese freiheitliche Gesinnung verkennt und sie nicht des Preises und Lobes wert hält. (Zustimmung.) Wenn wir heute hier beraten, wenn wir einen Reichstag, ein Abgeordnetenhaus haben (Rufe: Und was für eins!) und danach streben, dieses auf eine Basis zu stellen, die der modernen Zeit entspricht, so ist die Möglichkeit dazu nur durch den Aufschwung von 1813 gegeben; denn wäre es damals nicht gelungen, das napoleonische Joch abzuschütteln, so wäre es mit Preußen vorbei gewesen und die Einheit des deutschen Vaterlandes auf Jahrhunderte zurückgerückt worden. Das Jahr 1813 hat den Grund gelegt zu allem, was an Freiheit und Kultur in deutschen Landen geschaffen worden ist. Diese ganze Bewegung war aber auch getragen von einem Aufschwung der Geister und der Herzen; mit Gottvertrauen zog man in den Kampf, in der Ueberzeugung, daß Freiheit und Recht gewahrt bleiben müsse und man sich dem Druck der Tyrannei entziehen wolle. Wenn die Form des Gottesdienstes gewählt wird, so soll es dieselbe Kirche sein, in der bei Einführung der Städteordnung sämtliche Magistratsmitglieder und Stadtverordnete versammelt waren. Wohnen wir solchem Gottesdienste bei, so tun wir das ganz mit Recht in dem Gotteshaus der Konfession, der die überwiegende Mehrheit der Berliner Bevölkerung angehört. Auch ich, der ich nicht Christ bin, werde mich voll Dankbarkeit für die große Zeit den anderen anschließen; hier gibt es keine konfessionelle Sonderung, sondern eines Geistes, eines Herzens, mit Dankbarkeit werden wir die weisevolle Stunde verleben, die uns an jene große Zeit erinnert. (Beifallssturm und Gedenkläuten bei der Mehrheit; ironische Hurraufe bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Rommsen (Fr. Fr.): Ich verführe die Sozialdemokraten mit dem Akt, den sie heute begangen haben, überhaupt nicht. Sind Sie so ganz ab von allen geschichtlichen Vorgängen, daß Sie alles Leugnen wollen, was dagewesen ist, weil es damals noch keine Sozialdemokraten gab? Sie werden uns bei dieser Hundertjahrfeier von 1813 die Weibe durch Ihren merkwürdigsten aller Proteste nicht stören. Daß die große Mehrheit des Volkes nicht teil nimmt an dieser Feier, ist grundsätzlich! Sie mögen in Ihren Organisationen so viele Versammlungen abhalten, wie Sie wollen, der größte Teil der Herzen der Arbeiter wird doch an dieser großen historischen Feier teilnehmen, das sage ich Ihnen. Wo wären Sie denn, wenn Sie nicht die Vorbereitung der Liberalen gehabt hätten? Die Freiheitkriege von 1813 sind eine liberale Tat gewesen, und gerade wir, die wir als eine liberale Verwaltung, als Inhaberin der Deute auch jetzt freudig mit Gott für König und Vaterland ins Feld ziehen würden, wenn es sein müÙte, wir wollen uns dieser großen historischen Tat als eines liberalen Ergebnisses, als der Grundlage unserer heutigen Reichstellung erinnern. Und wenn Sie nicht in die Kirche gehen wollen — ist das toleranter von Ihnen, die Sie die Toleranz zu pflegen vorgeben? Bleiben Sie weg, so schaden Sie sich selbst. (Beifallssturm; Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Bruns: Die gehörten Nebenberanlassen und nicht, irgend ein Wort unserer Erklärung zurückzunehmen. Auf den materiellen Inhalt dieser Reden gehe ich auch nicht ein. Was wir haben sagen wollen, ist in unserer Erklärung niedergelegt.

Vorsitzer Nischel: Ich glaube, die große Mehrheit hat mit tiefer Trauer von diesen Worten Kenntnis genommen.

Der Magistratsvorschlag wird von der Mehrheit genehmigt. Stadtv. Jacobi: Ich beantrage, die beiden Reden von Gassel und Rommsen gedruckt als Beilage im Kommunalblatt zu veröffentlichen. (Lebhafte Beifall der Mehrheit.)

Stadtv. Hoffmann: Ich beantrage, auch die Photographien der beiden Redner mit einem Vorbeerkränze unrahmt hinzuzufügen. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten, Lärm bei der Mehrheit.)

Vorsitzer Nischel ruft den Stadtv. Hoffmann zur Ordnung.

Stadtv. Bruns: Wenn der Antrag Jacobi ein Dringlichkeitsantrag sein sollte, so widerspreche ich.

Der Widerspruch wird vom Vorsitzenden zurückgewiesen, und der Antrag Jacobi gelangt zur Annahme.

Zu den Kosten der GroÙen Berliner Kunstausstellung 1913 will der Magistrat einen außerordentlichen Beitrag von 20 000 M. gewähren.

Die Versammlung ist damit einberstanden. Bei der Stadtbahnstation Bellevue soll eine Fußgängerbrücke über die Spree für 125 000 M. erbaut werden. Ein Umbau der Bahnüberführung über die Spree, der die Mitbenutzung durch Fußgänger ausschließt, steht unmittelbar bevor.

Die Vorlage wird genehmigt. Der mit der Gemeinde Rosenthal für die Heimstätte und den Gutshof Blankenfelde abgeschlossene Wasserlieferungsvertrag soll annulliert und ein gleicher Vertrag unter günstigeren Bedingungen mit Panlow abgeschlossen werden.

Die Versammlung gibt ihre Zustimmung. Die Absichten der Stadt hinsichtlich der Bebauung des Vorzischen Geländes in Alt-Moabit (Schaffung einer guten Wohngegend, Fernhaltung von Fabrikanlagen) haben nicht verwirklicht werden können, da ihr die „Union“-Baugesellschaft einen Strich durch die Rechnung gemacht hat. Die geplante Anlage der beiden Straßen 90e und 90f muß unterbleiben. Im Übrigen soll mit der Gesellschaft ein Vertrag abgeschlossen werden, der nach der Ansicht des Magistrats immerhin nicht ganz ungünstig ist, da er den Südblock zwischen Effener Straße, Straußstraße und Bundesplatz-Allee von Fabriken freihält und im Nordblock zwischen Alt-Moabit und Effener Straße wenigstens eine der beiden geplanten gewerblichen Anlagen ausbleibt.

Stadtv. Gahn (A. L.) gibt eine Darstellung des Sachverhalts, bemängelt insbesondere, daß das Bauplanministerium den Magistrat fast 3 Monate habe warten lassen, bis es endlich eine Konferenz veranlaßt habe, daß aber inzwischen seitens der „Union“ ohne jede Rücksicht auf das städtische Bauplan ruhig weiter gearbeitet worden sei, empfiehlt dann aber, den Vergleich anzunehmen.

Stadtv. Leib (Soz.): Auch wir haben mit groÙem Bedauern erfahren müssen, daß der erste Versuch von Stadt wegen, eine moderne, hygienischen Anforderungen entsprechende Bebauung zu schaffen, mißlungen ist. Wir hatten eine Bauweise fördern wollen, welche gut durchlüftete und durchlichtete Wohnungen schaffen und durch weite Freizeite verhindern sollte, daß zu tiefe Wohnblöcke entstanden. Wir konnten ja nicht mit den großen Schwierigkeiten rechnen, die aufgetreten sind. Der Reid muß es den Vertretern der Baugesellschaft lassen, daß sie alles daran setzten, diese gute Absicht nicht zur Tat werden zu lassen; sie haben ein ganz ungewöhnliches Maß von Geißel entwickelt, unsere Pläne zu durchkreuzen. Für mich ist es kaum begreiflich, warum die Verzögerung von 3 Monaten eingetreten ist, während die Polizei uns um besondere Beschleunigung unserer Beschlußfassung ersucht hatte. Die Konferenz beim Minister der öffentlichen Arbeiten hat das Ergebnis gehabt, daß von unseren Beschlüssen fast nichts übrig geblieben ist, diese vielmehr völlig über den Haufen geworfen sind. Das Privatinteresse einer Terraingesellschaft hat festgelegt über die allgemeinen Interessen einer städtischen Gemeinde. Und das ist dieselbe Regierung, die wiederholt die Gemeindebehörden angewiesen hat, bei Erschließung von Terrains auf eine gesunde Bauplanmäßigkeit Bedacht zu nehmen! Auch in dem neuen preussischen Wohnungsgesetzentwurf finden sich gleichartige Bestimmungen; es wird sogar in der Begründung hervorgehoben, daß die Regierung auch schon bisher im Veranlassungs-

wegen in gleicher Richtung zu wirken gesucht habe. Wir haben das getan; wir haben den ersten Versuch gemacht nach diesem Vorschlag, aber wir sind in der schmachlichsten Weise im Stich gelassen worden. Dem Vergleich müssen wir zustimmen, aber nach wie vor halten wir daran fest, daß die Stadtgemeinde nach diesen Grundsätzen auch in Zukunft verfahren soll; wir bitten den Magistrat, sich durch den Mißerfolg nicht irre machen zu lassen. (Beifall.)

Stadt. Ludwig (N. 2.): In der Zwangslage müssen wir schon den Vergleich annehmen. Künftig sollte der Magistrat Baufluchtlinien nicht erst dann festsetzen, wenn das Gelände bebaut werden soll, sondern schon, wenn es baureif ist. Hier sind die Baufluchtlinien zu spät bekannt gegeben worden.

Stadt. Düring: Den hierin liegenden Vorwurf muß ich zurückweisen. Den Kommunen muß das Recht bleiben, auch noch im letzten Augenblick Fluchtlinien festzusetzen. Wir mühten bei der Sache durchaus des Glaubens sein, daß wir die volle Unterstützung der Staatsbehörden finden würden.

Die Versammlung stimmt dem Vergleich zu.

Schluss 1/8 Uhr.

Gerichts-Zeitung.

Eine hinfällige Anklage.

Ein seltener Anklagefall beschäftigte gestern die 2. Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsrats Biehm. Wegen fahrlässiger Beschädigung einer zu öffentlichen Zwecken dienenden Telegraphenanlage war der Schiffseigner August Kurth angeklagt.

Am 25. Juni v. J. veranfaßte der Arbeiterverein „Kronprinz Wilhelm von Preußen“ einen größeren Ausflug zu Wasser, an dem sich etwa 450 Personen beteiligten. Um der Sache einen originellen Anstrich zu geben, war von den Veranstaltern ein dem Angeklagten gehöriger großer Kahn, eine sogenannte Bille, gechartert worden, welche, mit Sitzbänken versehen, die sämtlichen Teilnehmer aufnahm, so daß sogar noch zu einem kleinen Längchen Platz blieb. Als die von einem Schleppdampfer gezogene Bille an der Abteinfel in Treptow vorüberkam, stoppte der Dampfer aus irgendeinem Grunde plötzlich ab. Die von dem Angeklagten gesteuerte Bille, die noch „Fahrt“ hatte und vorwärtslief, erhielt durch das plötzliche Bremsen des Dampfers eine gewisse Schwelung nach dem Ufer zu. Wie der Angeklagte behauptet, habe er in diesem Moment gesehen, daß der von ihm geführte Kahn in Gefahr geriet, gegen das Vollwerk geworfen zu werden, wobei er mehrere dort ankende Segelboote zerdrückt hätte. Um dieser Gefahr zu begegnen, ließ er sofort den Anker fallen, der unglücklicherweise ein dort liegendes Telephontafel zertrümmerte, wodurch eine ziemlich umfangreiche Störung in dem Telephonbetriebe entstand. — Die Anklage erblidete eine Fahrlässigkeit darin, daß der Angeklagte, obgleich an jener Stelle die üblichen Warnungstafeln aufgestellt sind, den Anker ausgemworfen hatte. In der ersten Verhandlung vor dem Schöffengericht Ahdenitz wurde der Angeklagte freigesprochen. Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft hin, die auf ein Urteil nach dem gerichtlichen Sachverstandigen, Agl. Baurats Bonifant, hin, bezug nahm, hatte sich gestern die Strafkammer nochmals mit dieser Sache zu befassen. Das Berufungsgericht kam ebenfalls zu der Überzeugung, daß den Angeklagten keine Schuld treffe und erkannte wiederum auf Freisprechung.

Haftet der Schankwirt strafrechtlich für ruhestörenden Lärm von Gästen?

Ein Sportverein hielt bei dem Schankwirt Krause in Neuhäfen einen „gemüthlichen Abend“ ab. Als es den vergnügten Leuten in der Nacht zu rauchig im Vereinszimmer wurde, öffneten sie das Fenster. Ein in der Nähe wohnender Schuhmann des Reichers wurde munter, zog sich seine Uniform an, ging zu der Wirtschaft und klopfte den Schankwirt herauf. Er machte ihm Vorhaltungen wegen des Lärms und gekoch ihm, sogleich das Fenster zu schließen. Nach etwa 5 Minuten wurde das Fenster geschlossen.

Das Landgericht als Berufungsinstanz verurteilte demnach den Schankwirt wegen Erzeugung ruhestörenden Lärms auf Grund des Strafgesetzbuchs. Er sei für den Lärm, den die Gäste machten, verantwortlich. — Zugleich wurde Krause verurteilt, weil er eine Ortspolizeiverordnung dadurch übertreten habe, daß er die polizeiliche Anordnung, das Fenster zu schließen, nicht sofort befolgt habe, sondern — erst nach 5 Minuten.

Das Kammergericht hob dieser Tage auf die Revision des Angeklagten die Entscheidung auf und sprach Krause im vollen Umfange frei. Gründe: Wegen Erzeugung ruhestörenden Lärms im Sinne des § 360 Nr. 11 des Strafgesetzbuchs könne der Wirt nicht verurteilt werden, da nicht er, sondern die Gäste den Lärm erregt hätten und er ihn nur geduldet habe. Somit müsse er von der Anklage der Übertretung des Strafgesetzbuchs freigesprochen werden. — Aber auch eine Verurteilung auf Grund der Ortspolizeiverordnung sei nicht möglich. Es stehe allerdings fest, daß das Fenster nicht sofort nach der Aufforderung des Schuhmanns geschlossen

worden sei, sondern erst nach 5 Minuten. In der Verordnung heiße es aber auch nicht, daß solche polizeiliche Anordnungen unverzüglich zu befolgen seien, sondern es werde unbedingte Befolgung verlangt. Bei einer Aufforderung, wie der vorliegenden, sei aber ein Spatium von 5 Minuten nicht zuviel, um die Befolgung der Aufforderung immer noch als unbedingt anzusehen.

Die Versuche, jemand für Taten strafrechtlich haften zu lassen, die er gar nicht begangen hat, und vom Bürger einen „Behorjam“ gegenüber Anordnungen eines Schuhmanns zu verlangen, der noch über den militärischen Behorjam hinausgeht, stoßen nun endlich selbst beim Kammergericht auf entschiedenen Widerspruch.

Schutz den arbeitswilligen Revolverhelden!

Während eines Streiks der Hafenarbeiter der Rheinisch-Westfälischen Expeditions-Gesellschaft in Duisburg im September 1911 hatte der arbeitswillige und frühere Schuhmann Bradhage auf offener Straße den Hafenarbeiter Meierling erschossen. Durch sein eigenes Zeugnis und das eines anderen arbeitswilligen namens Gerlof hatte Bradhage es erreicht, daß er außer Verfolgung gesetzt wurde, da er sich in „Notwehr“ befunden haben soll. Etwa 20 Zeugen, die mehr oder weniger nahe dabei waren (15 bis 200 Meter), haben sämtlich nichts von einem Angriffe des Erschossenen auf Bradhage gesehen und sind erst durch den Schuß aufmerksam geworden. Die Arbeiterschaft Duisburgs war begreiflicherweise über den Vorfall aufs äußerste empört, sie protestierte in öffentlichen Versammlungen gegen das Verwehren der arbeitswilligen mit Revolvern und die „Rieberh. Arbeiter-Zeitung“ brandmarkte die Zustände und das Vorkommnis in der schärfsten Form. Doch dem Bradhage geschah nichts. Da erschien nun mehrere Monate nach der Tötung des Meierling eine Postkarte mit seinem Bildnis und folgendem Ausdruck:

„Hr. Meierling (geb. 28. 2. 85) wurde bei dem Streik der Rhein-Westfäl. Expeditions-Gesellschaft in Duisburg am 27. September 1911 von dem arbeitswilligen Bradhage erschossen. Der Mörder, ein früherer Schuhmann, ist bis jetzt (4 Monate nach der Ermordung) noch nicht bestraft worden. Seine Bestrafung erscheint demnach ausgeschlossen zu sein. — Massenjustiz!“

Verlag: Deutscher Transportarbeiterverband, Duisburg.

Und was die Kritik der „Rieberh. Arb.-Ztg.“ und die öffentlichen Versammlungen nicht vermocht hatten: diese Postkarte förderte es zuwege, nämlich eine Untersuchung mit nachfolgendem Strafverfahren gegen den Geschäftsführer der Duisburger Ortsverwaltung des Deutschen Transportarbeiterverbandes, den Genossen Ernst Müller, der sowohl den Herrn arbeitswilligen als auch die Duisburger Staatsanwaltschaft beleidigt haben sollte. Da Genosse Müller bestritt, in irgend einer Form etwas mit der Herstellung der Postkarte zu tun gehabt zu haben, so wurden mehrfache Hausdurchsuchungen, Beschlagnahme der Verbandsbücher, ja sogar Hausdurchsuchungen und Beschlagnahme der Geschäftsbücher der Essener Filiale vorgenommen und selbst die Geschäftsbücher unseres Essener Parteigehilfen einer Durchsicht nach dem vermeintlichen Druckauftrage unterzogen. Resultat der monatelangen Nachforschungen: 00! Doch halt: ein Unterkassierer des Verbandes hatte in der ersten Vernehmung gesagt, er habe 10 Karten zum Vertrieb auf dem Verbandsbureau erhalten. Diese Aussage hat der Sünder dann zwar hinterher widerrufen und sich dahin verbessert, daß ihm die Karten von einem Kollegen übergeben seien, dessen er sich in der ersten Vernehmung nicht erinnert habe. Doch es genügte zur Anklage gegen Müller und ihn.

Jetzt, nach Verlauf von etwa einem Jahre, kam die Angelegenheit vor der I. Strafkammer des Duisburger Landgerichts zur Verhandlung. Und wenn auch trotz des Aufmarschierens von 28 Zeugen nichts weiter erwiesen wurde, als daß irgend jemand die fragliche Postkarte angefertigt und unter den Kollegen des Erschossenen in Umlauf gesetzt hat, so genügten doch das widerrufenen Geständnis des Fuhrmanns Ringemann und die Unterchrift: „Verlag: Deutscher Transportarbeiterverband, Duisburg“ dem Staatsanwalt, um gegen Müller drei Monate Gefängnis und gegen Ringemann drei Wochen Gefängnis zu beantragen, da es für ihn eine ausgemachte Sache war, daß Müllers Schuld feststehe!

Und das Gericht? — Es stellte sich auf denselben Standpunkt, indem es auf Grund der widerrufenen Aussage Ringemanns als erwiesen annahm, daß die Postkarten auf dem Verbandsbureau des Transportarbeiterverbandes an eine größere Anzahl Unterkassierer zur Verbreitung verteilt worden seien. Dabei könne es ganz dahin gestellt bleiben, ob Müller persönlich die Karten hergestellt und verbreitet oder dies durch andere Organisationsangehörige habe besorgen lassen. In beiden Fällen sei er der Verbreiter und somit der Schuldige. Müller sei auch nicht nur für die von Ringemann verlaufene Postkarten verantwortlich, sondern

auch für alle anderen. Und da die Postkarte durch den Ausdruck „Mörder“ eine schwere Beleidigung des Bradhage und durch den Ausdruck „Massenjustiz“ eine der schwersten Beleidigungen, die die Justizbehörde treffen könne, nämlich die der bewußten Rechtsbeugung, enthalte, so sei eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten am Platz! Gegen Ringemann, der nur als sog. „Mittläufer“ in Betracht komme, genüge eine Geldstrafe von 30 M.

Und das von Rechts wegen!

Klerikale Bruderliebe.

Der Kampf zwischen der „Katholischen Aktion“ und dem sogenannten interkonfessionellen Zentrum in Schlesien hat zwischen den Klerikalen Glaubensbrüdern zu einem Prozeß geführt, den einer von ihnen mit drei Wochen Gefängnis büßen muß. Zwischen den Blättern beider Richtungen, dem „Katholischen Deutschland“ und der Klerikalen „Schlesischen Volkszeitung“, herrscht seit langer Zeit ein erbitterter Kampf, weil jedes der Blätter die wirkliche katholische Religion vertreten will. Den ersten Anlaß, das „Katholische Deutschland“ vor den irdischen Richter zu ziehen, gab ein Aprilscherz in dem eben genannten Blatte, in dem von einem Redakteuraustausch zwischen der liberalen „Breslauer Zeitung“ und der Klerikalen „Schlesischen Volkszeitung“ die Rede war und hinzugefügt wurde, daß die „Volkszeitung“ den Stoffwechsel ganz gut, die liberale „Breslauer Zeitung“ dagegen weniger gut vertragen würde. Wegen dieses Aprilscherzes fühlte sich der Chefredakteur Trimborn beleidigt und verklagte den Verantwortlichen vom „Katholischen Deutschland“, einen gewissen Lammel. Es kam zu einem Vergleich. Lammel nahm seine Reue zu Beweisen zurück und verpflichtete sich außerdem, 25 M. Buße in eine katholische Wohltätigkeitsanstalt zu zahlen. Lammel zahlte nicht und der Kampf zwischen den katholischen Glaubensbrüdern nahm in der Folge so heftige Formen an, daß selbst der Kardinal Dr. Kopp seine Mißbilligung darüber aussprach, daß verdienstvolle Zentrumsmänner fortwährend von der katholischen Konkurrenz angegriffen würden. Nichtsdestoweniger setzte das „Katholische Deutschland“ seinen Kampf gegen die offiziellen Zentrumskandidaten fort. Es sprach von „unabhängigen Menschen“, „Heuchlern“, „verlogenen Heberfüßen“, „Lügenhaftigkeit“. Die Redakteure der „Schlesischen Volkszeitung“ wurden als „Brandstifter“ bezeichnet und vergleichsweise wurde ihnen der Vorwurf des „Brudermordes“ gemacht. Ferner behauptete das „Katholische Deutschland“, daß der Kardinal Dr. Kopp gar nicht weiß, wie „hinterlistig und katholisch-gelächlich“ die „Schlesische Volkszeitung“ sei.

Alle diese von „Christlicher Bruderliebe“ nur so tiefenden Ausdrücke brachten dem Verantwortlichen des „Katholischen Deutschland“ eine Gefängnisstrafe von drei Wochen ein, die der juristische Vertreter der „Schlesischen Volkszeitung“, einer der Führer des Breslauer Zentrums, ausdrücklich verlangt hatte.

Wie man sieht, haben die „Brüder in Christo“ ganz besonders Ursache, sich über den sogenannten Sauherdentum der Sozialdemokraten zu bekümmern.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrager ist ein Buchhändler und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Anwesenheitsanzeige beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Welche Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

J. 14. 1. 3a, sofern der Vermieter zustimmt. 2. Lote 30 446, Vermietete 141 108. — J. 2. 100. Privatgesellschaften können wir nicht empfehlen. Wenden Sie sich an die „Vollwärtler“, Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung, Schötenberg, Rittergutsstraße. — G. 12. 1. Gegenseitige Unterstützung. 2. Zur Orientierung dient die kleine Broschüre von Eschenbach: „Die Freimaurerei“ zu beziehen durch die Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69. — P. 28. Auskunft erteilt der Transportarbeiterverband, Angeleier 14/16. — W. 2. 50. 1. 3a. Gleich. 2. Fritz Weinmühl, Steinmühlstr. 2. — H. 2. 100. Nachschlagen im Berliner Adressbuch, Band 2, Teil 4, unter Film. — G. 2. 29. Ihre Anfrage findet ausführliche Beantwortung in der 1. Beilage des „Vorwärts“ vom Mittwoch, den 19. Februar. — G. 3. 85. Solches Bureau kennen wir nicht. — R. 2. 65. Nein, gibt es nicht. — Sch. 25. Bemäßen Sie sich nach einer Bibliothek, vielleicht Volksbibliothek, Waldstr. 44, und fragen Sie die Sachliteratur nach. — W. 2. 83. Mit grauer Farbe. Ueber Anwendung belebt Sie jeder Drogist. — J. 3. Sie zweifeln hart an dieser Möglichkeit und mühten keinen Weg anzugeben. — R. 3. 100. Wenden Sie sich an die Zentralkasse für Auswanderer, Karlsbad 9/10. — G. 2. 58. 1. Vor Beginn der Lehre muß sich Ihr Sohn einer Prüfung sowohl in Bezug auf Bildung, als auch auf seine Gesundheit unterwerfen. 2. Verein Berliner Buchdruckermeister, Friedrichstr. 239. — R. Tempelhof, Rein.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, 10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 3-4	Stoffe Deutsch-englische Moukotten für Herren und Damen. Einkauf zu billigsten Engrospreisen. Tuchagentur, Yorkstr. 75 pl.
---	--

„... Postkassierern Holzposten ist von großem Nutzen
und bekommt ganz vorzüglich,
in wem ihr jüdisches gnen nutzflam.“

Über 34,000 ähnlich lautende schriftliche Anerkennungen!

Nach allgemeinem Urteil

sind MAGGI^s Suppen die besten!

Allein echt mit dem Namen MAGGI u. der Schutzmarke „Kreuzstern“.

Todes-Anzeigen

Am 19. Februar entschlief nach kurzem, schwerem Leiden meine Frau

Anna Werner
geb. Bochow, im 52. Lebensjahre.
Am stillen Beileid bitten
H. Werner
Sohn u. Schwiegerknecht,
Gniefenaustr. 72.

Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 22. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes zu Friedrichsfelde aus statt. 7021

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater

Bruno Steier
am 18. Februar nach langem, schwerem Leiden sanft entschliefen ist. Dies zeigt tiefbetrübt an

Margarete Steier, geb. Schöffel, nebst Kindern

Die Beerdigung findet heute Freitag, nachm. 4 Uhr, von der Kapelle des Steglitzer Friedhofes, Bergstraße, aus statt. 6021

Allen Freunden und Parteigenossen die traurige Nachricht, daß meine innigstgeliebte Frau und Mutter

Marie Köchel
am 19. Februar nach schwerem Leiden verstorben ist.

Um stille Teilnahme bittet
Der trauernde Gatte nebst Sohn.

Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 22. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der tüchtige

Bernhard Marienfeld
Schliemannstraße 84, im Alter von 50 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. Februar, nachmittags 9 1/2 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Weichensee, Jollenberger Straße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 79/13 Die Ortsverwaltung.

Am Mittwoch, den 19. Februar, morgens 4 1/2 Uhr, verstarb nach kurzem, schwerem Leiden mein innigstgeliebter Mann und Vater, der Schankwirt

Theodor Müller
im 33. Lebensjahre.

Es ersucht in höchst großen Schmerz um stillen Beileid
Frau Martha Müller geb. Potz
Gertrud Müller
Bisher Jerusalemstr. 63/64.

Die Beerdigung findet am Montag, den 24. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf, Ethenacher Str. 62, aus statt.

Allen Verwandten, Bekannten und Genossen des Schöneberger Wahlvereins, Bezirk I; ferner dem Genossen Pösch für die irrtümlichen Worte am Grabe bei der Beerdigung meine lieben Frau

Wilhelmine Rausch
sagen wir hiermit allen für die zahlreichen Anteilnahme unseren herzlichsten Dank.

G. Rausch nebst Kindern.

Sozialdemokratischer Wahlverein Steglitz.

Am 18. Februar starb unser Mitglied, der Parteigenosse

Bruno Steier
Stephanstr. 14.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle des Steglitzer Friedhofes, Bergstraße, aus statt. 201/5 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Am 19. Februar verstarb unsere Genossin

Marie Köchel
(21. Bezirk).

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. Febr., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht 206/5 Der Vorstand.

Nachruf.

Am 17. d. Mts. verschied nach schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Klempner

Rudolf Janke.

In seiner 30-jährigen Tätigkeit hat er sich die Liebe und Achtung aller Kollegen erworben. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Die Arbeiter der Firma
Schäffer & Walcker
Lindenstr. 18/19. 25426

Allen Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Groß- und Schwiegermutter, die Witwe

Karoline Hellmann
Strelitzer Straße 48
am 19. Februar nach schwerem Leiden sanft entschliefen ist. Die Beerdigung wird noch bekannt gegeben. 25518
Die trauernden Hinterbliebenen.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Niederbarnim.

Bezirk Reinickendorf-Ost.

Am Mittwoch, den 19. Februar, verstarb an Lungenentzündung unsere brave Genossin

Lina Reusch
Schillerpromenade 49.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in der Humboldtstraße aus statt. 240/6 Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Am Dienstag, den 18. Februar, verschied nach langem Leiden unser lieber Kollege, der Buchbinder

Bruno Steier
nach langem Leiden verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. Februar 1913, nachmittags 4 Uhr, am dem Gemeindefriedhof in Steglitz, Bergstraße, statt.

Nachträgliche Beteiligung ersucht 23/6 Die Ortsverwaltung.

Allen Bekannten die traurige Nachricht, daß die Beerdigung unserer und so jäh entrisenen lieben Tochter und guten Schwester

Frida
am Sonntag, den 23. Februar, nachm. 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Lutherkirchhofes in Lankwitz aus stattfindet. 25418
Dies zeigt tiefbetrübt an
Familie Nemack,
Steinmetzstr. 38 (Westen).

Am Dienstag, den 19. d. Mts., nachmittags, entschlief sanft nach schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter, sorglicher Vater, Sohn, Bruder, Schwiegerohn, Schwager und Onkel, der Restaurateur

Gustav Förster
im 43. Lebensjahre.

Um stillen Beileid bitten im Namen aller Hinterbliebenen
Frau Ida Förster und Kinder.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, auf dem alten Friedhof in der Barfußstraße (hint. d. Paul-Gerhardt-Stift) statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere herzengute Mutter, Tochter, Schwester, Tante und Schwägerin

Martha Bachnick
im Alter von 31 Jahren am 19. Februar nach kurzem, schwerem Leiden entschliefen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Sonntag um 2 1/2 Uhr von der Leichenhalle des neuen Paulskirchhofes, Seelstraße, aus statt.

Dankfagung.

Allen Verwandten, Bekannten und Genossen des Schöneberger Wahlvereins, Bezirk I; ferner dem Genossen Pösch für die irrtümlichen Worte am Grabe bei der Beerdigung meine lieben Frau

Wilhelmine Rausch
sagen wir hiermit allen für die zahlreichen Anteilnahme unseren herzlichsten Dank.

G. Rausch nebst Kindern.

Reuters Werke

3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Rote + Lose
Ziehung 7. u. 8. März
Lose Mk. 3.30.

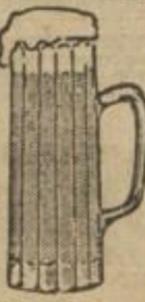
Naturschutzpark - Lose
Ziehung 18. u. 19. März
Lose Mk. 3.30.

Coburger Geld-Lose
Ziehung 5.-12. April
Lose Mk. 3.30.

Porto und Liste pro Lotterie 30 Pf., Ausland 60 Pf. extra versendet auch unter Nachn. die allbekannte

Glückskollekte
Oppenheimer - Kaufmann
Gr. Bockenheimerstr. 21
Frankfurt a. M.
Prospekte aller Lotterien gratis und franko.

Engelhardt



Special hell
Ein
Qualitätsbräu

Theater und Vergnügungen

Freitag, 21. Februar 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Rgl. Schauspielhaus. Die glückliche Hand.
Deutsches. Der lebende Leichnam.
Königsräuber Straße. Straub.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Urania. Die Weltmacht des Eisens.
Rgl. Opernhaus. Salome.
Mammerpötte. Schöne Frauen.
Veritas. Das Prinzip.
Deutsches Opernhaus. Die lustigen Weiber von Windsor.
Schiller O. Vollenbräuer. Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.
Trianon. Wenn Frauen reisen.
Theater am Nollendorffplatz. Die Studentengräfin.
Komödienhaus. Die Generaldele.
Groß-Berlin. Das Fürstentum.
Kurfürstentor. Stella maris.
Berliner. Almgäuder.
Montis Operetten. Der liebe Augustin.
Theater des Westens. Die beiden Husaren.
Deutsches Schauspielhaus. Der gute Ruf.
Kleines. Professor Bernhardt.
Westend. Die Frau Präsidentin.
Tivoli. Puppen.
Luisen. Und hätte der Liebe nicht...
Metropol. Chauffeur - ins Metropol.
Herrnfeld. Die Alpenbrüder. Wästenmoral.
Apollo. Die schöne Galathee. Vegetabilien.
Reichshallen. Meyers Hosen.
Casino. Am grünen Strand der Spree.
Wintergarten. Spezialitäten.
Anfang 9 1/2 Uhr.

Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Gelbes Geschloß.
Rosa. Der Weg zum Himmel.
Luisenpark. Nijollia.
Walhalla. Parole: Walhalla!
Folies Caprice. In Sachen Kapellen.
Die Doppeltruppe. Die Tochter der Braut.
Anfang 9 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. Gelbes Geschloß.
Anfang 9 Uhr.

Admiralspalast. Eisballett: Bild in St. Moritz.

Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Theater des Westens.
8 Uhr:
Die beiden Husaren.

Schiller-Theater O. Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
Wolkenkratzer.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zum erstmalig:
Der Andere.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Das Konzert.
Abends 8 Uhr:
Der Andere.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.
Sonnabend, nachm. 3.10 Uhr:
Wallenstein Lager. Die Piccolomini
Abends 8 Uhr:
Uriel Acosta.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
König Lear.
Abends 8 Uhr:
Uriel Acosta.

Berliner Theater.
8 Uhr: **Filmzauber.**

Theater in der Königgrätzer Straße
7 1/2 Uhr: **Brand.**

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: **Der gute Ruf.**

Theater am Nollendorffplatz 5.
Abendbild 8 Uhr:
Die Studentengräfin.

Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater). Am Nordend 1141.
8 Uhr:
Der liebe Augustin.

Residenz-Theater. Uhr.
Die Frau Präsidentin.
(Madame la Presidente).
Schwanstr. 3 III. v. Demmequin u. Weber.
Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr:
Ein beispielloser Erfolg!
Die großen Spezialitäten.
9 Uhr:
Harry Walden
in seiner Groteske
„Der Herzog von Westminster.“

Urania
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Konstr.-Ingenieur A. Keßner:
Die Weltmacht des Eisens.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Der Weg zum Himmel.
Lustspiel in 4 Akten v. Johannes Geh.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabendm. 4 U.: Robinson Crusoe.
8 Uhr: Der Weg zum Himmel.

Passage-Panoptikum
50 wilde
Weiber Männer
Kinder
vom Stamme der Igorroten.
Lobend! Ohne Extra-Entree!

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
„Großes Doppel-Konzert!“
Musik. Kaiser-Alexander-Reg., Dirig. Kgl. Musikdir. Brasse.
— Zillerthaler und Tegernseer Sänger —
Schuhplattler und Jodler!
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen bei freiem
Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** Eintritt.

Neue Welt
Arnold Scholz Hasenheide 108/114
Täglich:
Bockbierfest in den bayerischen Alpen.
Über 200 000 Besucher.
5 Kapellen. 30 bayrische Mad'l.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Metropol-Theater.
Chauffeur - ins Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern.
Otto Reutter a. G.
Abends 8 Uhr: **Rauschen gestattet.**

Walhalla-Theater
Reinbergsweg 19/20. Rosenfal. Tor.
Täglich abends 8 1/2 Uhr:
„Parole: Walhalla!“
Große Jahres-Revue.

Admiralspalast.
Allabendlich:
Das neue mit durchschlag.
Erfolg aufgef. Eisballett
Flirt in St. Moritz
1. Akt: Wintersport in St. Moritz. 2. Akt: Soiree im Luxushotel.
3. Akt: Japanisches Fest. Unter Mitwirkung der kl. Charlotte.
Bis 6 U. u. v. 10 1/2, halb Kass. - Preisen. Wein- u. Bier-Abt.

Luisen-Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
„Und hätte der Liebe nicht...“
Schauspiel in 4 Akten von E. Friedberg und Ernst Ritterfeldt.
Sonnabend, nachmittags 4 Uhr:
Kindervorstell.: **Der Heißfänger.**
Abends 8 Uhr:
„Und hätte der Liebe nicht...“

Zirkus Albert Schumann.
Heute Freitag, 21. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Neu! U. a. Neu!
Der Mann mit d. eisernen Hand.
Ohne Konkurrenz! **7 Luftvoltigeure 7 Hegelmann- Truppe.**
Nur noch 5 Tage **Cäsarios Löwen- und Tiger-Gruppe.**
Um 9 1/2 Uhr:
Der unsichtbare Mensch.
4 Bilder aus Indien.

Herrnfeld Theater
Täglich präzis 8 Uhr abends:
Die Alpenbrüder
Wüstenmoral
mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Casino-Theater
Lofthanger Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Trotz des großen Erfolges
Nur noch bis inkl. 6. März:
Am grünen Strand d. Spree.
Am 7. März Premiere:
Artus Flitterwochen.
Sonntag 4 Uhr: **Der Heimaloss.**

Trianon-Theater.
Wenn Frauen reisen.
Anfang 8 Uhr.

Zirkus Busch.
Heute Freitag, 21. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Neu! **Der härteste Kopf!**
der Totzeit gehört Mr. Müller.
Neu! **Der mysteriöse Deckenläufer.**
Neu! **Madame Delita del'Oro**
mit ihren dressierten Köhen!
Zum Schluss:
Die große Prunk-Pantomime „Sevilla“.

Voigt-Theater.
Gesundbrunnen, Bahnhofsstr. 58.
Freitag, den 21. Februar 1913:
Försters Trude.
Sensat. Volkst. i. 4 Akten v. B. Baumhild.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
Vorausge! Mittwoch, den 26. Februar: Benefiz für Franz Rühle: im Banne der Liebe und des Hasses.

Theater Königstadt-Casino.
Ede Holzmarkt u. Alexanderstraße, 1 Minute v. Bahnh. Vennowitzbrücke
Tägl. abds. 7 1/2, Sonnt. 7 1/2 Uhr:
Der Kammerjäger.
Belangspöffe i. 2 Bildern — u. das groß. Spezialitätenprogramm
Feb. 1. u. 16.: Programmwechsel.

Folies Caprice.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Die drei Saison-Schlager:
In Sachen Kapellen.
Die Doppeltruppe.
Die Tochter der Braut.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Neu!
Meyers Hosen.
Humoroso.
Anfang 8 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Zentralverband der Dachdecker Deutschlands

Ortsverwaltung Berlin.

Sonntag, den 23. Februar 1913, vormittags 10 Uhr, in den Vornuffa-Festsälen, Adlerstr. 6/7:

Versammlung der Dachdecker u. Hilfsarbeiter.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Arbeitlosenführers Genosse Adolf Ritter über: „Die Bedrohung des Koalitionsrechts.“
2. Stellungnahme zum Geschäftsbericht des Vorstandes.
3. Verbandsangelegenheiten.

Verbandsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt. Der Vorstand.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Sie sparen Geld! Wenn Sie **Möbel** direkt in der **Möbelfabrik**

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden
Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polstererei. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Trinkt „WERFT“

WERmuth Frucht Trunk

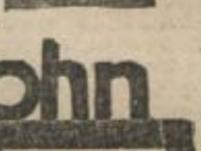
Gesundes, magenstärkendes Getränk
Kein Branntwein — Kein Likör
:: in jedem Restaurant ::
a Glas 10 Pf., a Flasche 95 Pf.
Sandmann & Wolfgang Gebrüder
Berlin SW. 68.



Wegen gänzlicher Aufgabe

Total-Ausverkauf

der Charlottenburger Filiale
Nehringstr. 34.
In allen Geschäften enorm billig.



Lewinsohn

1. Geschäft: Rosenthaler Str. 40-41 Hackescher Markt
2. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 110 Strausberger Platz
3. Geschäft: Charlottenburg Nehringstr. 34 Ecke Magasinstr.

Joseppi VERA
Qualitäts-3 Pfg. Cigarette

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Linienstr. 83-85.

Verwaltung: Amt Norden 1987. Kassierer: Amt Norden 185. Arbeitsnachweis: Amt Norden 1239, 9714.

Sonntag, den 23. Februar 1913, vormittags 10 Uhr, in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21:

Branchen-Versammlung

der in den Eisenkonstruktionswerkstätten beschäftigten Arbeiter.
Tagesordnung:
1. Bericht der Kommission. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Bauhandwerker-Krankenkasse

für Berlin und Umgegend.
(Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 118.)

Ordentliche General-Versammlung

im Lokal von Feig Wille, Sebastianstr. 39.
Tagesordnung:
1. Jahresabrechnung des Kassierers und Revisionsbericht.
2. Vorstands- und Ausschussbericht.
3. Erlasswahl des Vorstandes (1. Kassierer, 2. Vorsitzender, 2. Beisitzer und 4. Ersatzmänner). Wahl des Ausschusses und 4. Ersatzmänner.
4. Wahl eines Hilfskassierers für den Resten.
5. Sonstige Angelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Der Vorstand: H. Metzke.

Peek & Cloppenburg

Spezialhaus für moderne Herren- und Knabenbekleidung
Gertraudenstraße 25 - 26 - 27



Konfirmanden-Anzüge

Fertig am Lager

Kat.-Nr.	Brustweite in cm			
	68-70 M.	72-76 M.	78-82 M.	84-86 M.
2244	11.-	12.-	13.-	14.-
2145	16.-	17.-	18.-	20.-
2246	20.-	21.-	22.-	24.-
2247	22.-	24.-	26.-	28.-
2248	24.-	26.-	28.-	30.-
2249	26.-	28.-	30.-	32.-
2250	28.-	30.-	32.-	34.-
2251	30.-	32.-	34.-	36.-
2252	32.-	34.-	36.-	38.-
2253	34.-	36.-	38.-	40.-
2254	36.-	38.-	40.-	42.-
2255	38.-	40.-	42.-	44.-
2256	40.-	42.-	44.-	46.-
2257	42.-	44.-	46.-	48.-
2258	44.-	46.-	48.-	50.-
2259	46.-	48.-	50.-	52.-
2260	48.-	50.-	52.-	54.-
2261	50.-	52.-	54.-	56.-
2262	52.-	54.-	56.-	58.-
2263	54.-	56.-	58.-	60.-
2264	56.-	58.-	60.-	62.-
2265	58.-	60.-	62.-	64.-
2266	60.-	62.-	64.-	66.-
2267	62.-	64.-	66.-	68.-
2268	64.-	66.-	68.-	70.-
2269	66.-	68.-	70.-	72.-
2270	68.-	70.-	72.-	74.-
2271	70.-	72.-	74.-	76.-
2272	72.-	74.-	76.-	78.-
2273	74.-	76.-	78.-	80.-
2274	76.-	78.-	80.-	82.-
2275	78.-	80.-	82.-	84.-
2276	80.-	82.-	84.-	86.-
2277	82.-	84.-	86.-	88.-
2278	84.-	86.-	88.-	90.-

Jünglings-Smoking-Anzüge

2287	37.-	40.-	43.-	45.-
2288	42.-	45.-	48.-	50.-
2289	47.-	50.-	53.-	55.-

Vorzügliche Paßformen :: Nur eigene Erzeugnisse

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.

Ortsgruppe Berlin.
Touren
zum Sonntag, den 23. Februar.
Sämtliche Abteilungen 2 Uhr:
Baumschulenweg (früher Speer).
Starts an den bekannten Stellen. 10/10

Achtung!
Morgen, Sonnabend, den 22. Februar er. in der „Neuen Welt“, Hafenstraße 108/114:
Baby-Ball.
Baby-Polonäse und -Prämierung.
Bomben-Programm.
Coalition 8 Uhr. Eintritt 60 Pf.

Putze mit **Henkel's Bleich-Soda.**

FREDY-GOLD
KRYZ
RAUCHT GANZ BERLIN!
23

Kundentischlerei
mit sehr viel Arbeit billig zu verkaufen
Vestaleckstraße 93.

Ohne jede Anzahlung
Pianos Flügel und Harmoniums
erstklassiges Fabrikat
9x-prämiiert Staatsmedaille in allen Holz- und Stilarten, von wunderbarer Tonfülle (Flügelton)
verkauft sich sowie
gegen kleine monatliche Teilzahlung. Für jedes Instrument gewähre ich langjährige schriftliche Garantie.
Conrad Krause Nachf., Berlin, Ansbacher Str. 1,
Ecke Kurfürstenstr. Tel. Ch. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Naturfreunde!!

Wir hatten Gelegenheit, ein besonders gutes Buch, dessen Lektüre jedem Naturfreunde Anregung und Genuß bereiten dürfte, zu erwerben:
Charakterbilder aus der heimischen Tierwelt
Von Professor Dr. William Marshall
Mit vielen Illustrationen
Preis gut gebunden statt 6 Mark nur **1,50 Mark**
Bei Postversand 30 Pf. für Porto extra.
Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69.

Hygienische Haar-Pflege
Thermal-Shampoo
flüssig
95% natürliche Thermal-Mineralien
Nach einer Photographie
enthaltend, welche nach Angaben des Geheimrats Professor Dr. Stahl-Schmidt aus den seit Jahrtausenden als heilkräftig bekannten
Aachener Thermal-Quellen
gewonnen worden. Thermal-Shampoo gesunder kranke Kopfhaut und kranke Haare. Nur auf einer gesunden Kopfhaut gedeihen die Haare und bleiben gesund. Preis pro Flasche 30 Pf. — Zu haben in allen Drogeriehandlungen. Engros: Werrmann & Co., Berlin-Friedenau. Telephon: Umland 3700.

Beim Armenvorsteher.

Erregte Auftritte zwischen Armenpflegern und Hilfsuchenden sind leider keine Seltenheit. Soll man glauben, daß sie immer nur durch „Begehrlichkeit“ oder „Unbotmäßigkeit“ der Bedürftigen hervorgerufen werden? Vielleicht hätte so mancher Zusammenstoß dieser Art, der einen Hilfsuchenden auf die Anklagebank brachte, bei mehr Umsicht des beteiligten Armenpflegers verhütet werden können.

Vor dem Landgericht III (Strafkammer 2) hatte sich gestern ein Ehepaar Hiele zu verantworten, dem eine ganz besonders schwere Anschuldigung gegen einen Armenvorsteher zur Last gelegt wurde. Die Angeklagten sollten gegenüber dem Armenvorsteher Keler, der in der Armenkommission 203g (Bezirk der Dudenarder Straße) amtiert, sich der Beleidigung, des Hausfriedensbruchs, der Bedrohung und der Erpressung schuldig gemacht haben.

Seit Januar 1912 erhielten die Eheleute Hiele für sich und ihre drei Kinder eine Armenunterstützung, wies Hiele herzu und verdienleidend ist. Im Sommer blieben sie die Miete schuldig, so daß sie zum August ihre Wohnung räumen mußten. Sie wandten sich an Agler mit der Bitte, für die zu mietende neue Wohnung die erste Miete zu gewähren. Agler sagte das zu. Als er selber den ihm angegebenen Mietbetrag von 10 Mark an den Verwalter des betreffenden Hauses zahlen wollte, lehnte dieser ab, die von der Armenpflege unterstützte Familie aufzunehmen. Just mußte Hiele eine andere Wohnung mieten, aber für sie waren 18 M. Miete zu zahlen. Er meinte, die Armenkommission würde auch die 18 M. gewähren, aber Agler gab nur 10 M. Da Hiele die fehlenden 8 M. nicht zulegen konnte, so forderte er einen Schein zur Aufnahme im Familienbuch. Agler antwortete, Hiele sei ja nicht obdachlos, da er doch mit seiner Familie auf seiner Laubenzapfeln nächtige. Es läßt sich denken, daß die ganze Angelegenheit und in besonderen Hiele's Verhandlungen mit dem Armenvorsteher das Ehepaar nicht wenig erregten.

Was dann folgte, das schilderte Keler vor Gericht so, wie wenn eine regelrechte Attacke gegen ihn beabsichtigt worden sei. Am Abend sei Hiele, der die 10 M. angenommen hatte, mit seiner Frau wiedergekommen, und nun habe sich vor Aglers Wohnungstür ein sehr hässlicher Anstich abgepielt. Beide zogen heftig an der Klingel, aber Agler öffnete nicht. Hätte er das getan und ihre Wünsche angehört, so wäre wahrscheinlich eine Verständigung zu erreichen gewesen. Da sie sich aber abgewiesen sahen, so gerieten sie in noch stärkere Erregung. Sie schlugen dann, sagt Agler, mit Häuften gegen die Tür, steinnten sich mit den Schultern gegen sie und schimpften. Besonders die Frau war sehr aufgebracht und schrie: „Verschluhtes Kaa! Verschluhter Stroch!“ Nach einer Mitteilung, die Agler später von dem Portier Peters erhielt, soll Frau Hiele auch gedroht haben: „Hund! lomm' nur raus! Dich zermalme ich!“ Wer vor Gericht die Frau Hiele gegenüber dem Herrn Agler sah, mußte über diese Drohung lächeln. Agler machte nicht den Eindruck, wie wenn er zu fürchten brauchte, daß eine Frau ihn „zermalmen“ würde. Er soll früher Polizeibeamter gewesen sein und ist jetzt Pensionär. In seiner Jugendzeit gab er weiter an, Hiele und Frau seien schließlich gegangen. Darauf habe er sich zu seinem Nachbar, dem Hausverwalter Lewald, begeben und ihn gebeten, den Hieles das Haus zu verbieten. Auch habe er für den Fall, daß sie wieder kämen, ihn beauftragt, ihnen die 8 M. einzuhändigen. Hierzu habe er sich aus Furcht vor einer Wiederholung jenes Auftritts entschlossen. Der Portier Peters bestätigte Frau Hieles „Drohung“, Agler „zermalmen“ zu wollen. Peters sowie der Verwalter Lewald behaupteten, daß Hiele sehr viel besonnener als seine Frau gewesen sei und sie zu befähigen gesucht habe. Hiele sei, als er wiederkam, schon ganz ruhig gewesen. Lewald habe ihm dann die 8 M. eingehändigt.

Der Staatsanwalt sah es als einen besonders erschwerenden Umstand an, daß Hiele und seine Frau durch ihr gewalttätiges Auftreten eine höhere Unterstützung zu erzwingen gewußt hätten. Ihm galt alles als erwiesen, nicht nur die Beleidigungen, sondern auch Hausfriedensbruch, Bedrohung und sogar Erpressung. Wegen beide Angeklagte beantragte er Gesamtstrafen von je sechs Wochen Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Theodor Liebnecht, erwiderte, daß weder von Hausfriedensbruch noch von Bedrohung und Erpressung die Rede sein könne. Das Ehepaar habe nicht in die Wohnung eindringen wollen, sondern wegen des berechtigten Anspruchs auf Armenunterstützung eine normale Rücksprache mit dem Armenvorsteher gewünscht. Weil dieser nicht öffnete, sei besonders Frau Hiele in Erregung geraten. Aber unmöglich könne die Redensart „Dich zermalme ich!“ im Ernst als Bedrohung mit dem Verdach des „Lustschlags“ aufgefaßt werden. Die 8 M. seien nicht erpreßt worden, vielmehr habe Agler sie hergegeben, als schon alles wieder ruhig war. Das Ehepaar habe nicht das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gehabt und den Anspruch auch auf diese 8 M. für berechtigt halten müssen, weil ja „die Miete“, also doch wohl die volle Miete, zugesichert worden war. Freisprechung müsse erfolgen von der Anklage des Hausfriedensbruchs, der Bedrohung, der Erpressung. Schlimmstenfalls sei die „Bedrohung“ aufzufassen als einheitliche Handlung zusammen mit den Beleidigungen. Bei deren Beurteilung sei die Erregung über die Zurückweisung des berechtigten Anspruches zu berücksichtigen.

Das Gericht folgte den Ausführungen des Verteidigers bezüglich der Anklage wegen Hausfriedensbruchs und erkannte hier auf Freisprechung. Im übrigen wurde eine einheitliche Handlung angenommen, die als Beleidigung, Bedrohung und Erpressung aufzufassen sei. Die Absicht sei gewesen, den Vorsteher zur Vergabe auch der 8 M. zu nötigen, auf die dem Ehepaar kein Anspruch zu gestanden habe. Die Strafe wurde für beide Angeklagte auf je 6 Wochen Gefängnis bemessen.

Das Urteil ist schwer zu begreifen. Ganz unbegreiflich ist, daß auch wegen „Erpressung“ verurteilt worden ist. Den Eheleuten Hiele ist wahrscheinlich nicht im Traum eingefallen, daß ein Armenvorsteher durch Bedrohung „genötigt“ werden könnte, eine höhere Unterstützung zu geben. Wer mag wohl zuerst auf die Idee gekommen sein, daß hier auch „Erpressung“ vorliegt? Vielleicht gar die Armenleitung, die wohl auch den Straf Antrag gestellt hat?

Partei-Angelegenheiten.

Neukölln. Die nächste Stunde des Kurjus „Rebeudungen“ findet morgen (Sonntag) abends präzis 8 1/2 Uhr im Lokal von Vorkisch, Hermannstr. 40, statt. Am Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Neuköllner Theater, Bergstr. 147: Theateraufführung. Zur Aufführung gelangt: „Revolutionshochzeit“, Schauspiel von Sophus Michéls. Die Nachfrage nach Billetts ist erfreulicherweise eine rege; etwaige zurückgebrachte Billetts sind zu haben im Restau-

rant Hugo Meier, Nachf. Richter, Prinz-Gandjery-Straße 3. Preis 60 Pf. inkl. Garberobe. Des Frauen-Lese-Abends wegen ist der letzte Abend des Vortragskurjus: „Die Sozialdemokratie, was sie ist und was sie will“, vom 24. Februar auf Montag, den 3. März, verlegt worden. Der Referent, Reichstagsabgeordneter Otto Kühle, behandelt an diesem Abend: „Wirtschaftspolitik und Steuernwesen“. Die Teilnehmer dieses Kurjus, die den letzten Vortrag nicht besuchten, wollen hiervon Kenntnis nehmen.

Steglitz. In acht Urmahlbezirken findet am Sonnabend, den 22. Februar, Stichwahl statt. Hierzu findet heute abend von 7 Uhr ab vom Restaurant Jadel, Körnerstraße, Ecke Althofstraße, Handzettelverbreitung statt. Zahlreiches Erscheinen der Parteigenossen ist dringend nötig.

Mahlsdorf (Ostbahn). Am Sonnabend, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Wahlerversammlung bei Linke, Grunowstraße. Tagesordnung: 1. Bericht der Bezirksleitung. 2. Bericht der Gemeindevorsteher. 3. Stellungnahme zu mehreren wichtigen Anträgen. 4. Verschiedenes.

Friedrichsfelde. Heute abend wichtige Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. Sonntagvormittag Hausgitarion.

Ober-Schöneweide. Wegen Aufnahme des Bücherbestandes der Wahlvereinsbibliothek werden die Leser derselben aufgefordert, bis Freitag, den 22. Februar d. J., alle entliehenen Bücher abzuliefern. Die Wiedereröffnung der Bibliothek findet am 5. März d. J. statt.

Storlow. In Ermangelung eines freien Lokals hält der Wahlverein bei Helling in Kummerdort unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Freie Sänger“ (Königsruferhausen) sein Stiftungsfest am Sonnabend, den 22. Februar, ab. Freunde und Gönner sowie die Arbeitervereine der Umgegend sind hierzu freundlichst eingeladen.

Johannisthal. Die Genossen, die sich am Sonntag, den 23. Februar, an der von der Freien Turnerschaft zu veranstaltenden Partie nach Wittenwalde beteiligen wollen, werden ersucht, sich bei Senfleben einzufinden. Abmarsch 1/3 Uhr früh.

Bernau. Sonnabend, den 22. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Salymann, Baddorfer Straße, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Gen. Brühl: Die Technik der Landtagswahlen. 2. Beratung der Kaiserlei. 3. Parteiangelegenheiten. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten gefielen die Freisinnigen sich in einem „Entrüstungssturm“, der sich gegen unsere Genossen richtete. Was war's, worüber der Berliner Stadtfreisinn, der sonst so lammfromme, sich so gewaltig aufregte? Die sozialdemokratische Fraktion hatte durch Genossen Brun s eine Erklärung darüber abgegeben, wie sie sich zu der Hundertjahrfeier von 1813 stellt, die unter anderem auch einen Kirchgang der Stadtbehörden bringen soll. Schon nach dem ersten Satz der Erklärung, noch ehe die Gründe gehört worden waren, lärmten die Freisinnigen los, und übereifrig fiel der Vorsteher unserem Redner mit einer „Rüge“ ins Wort. Und als die Begründung vorgetragen worden war, antwortete der brave Stadtfreisinn mit einem wütenden Protest, wie man ihn im Rathaus selten erlebt hat. Wir verweisen auf den Wortlaut der Erklärung, der an anderer Stelle unseres Blattes in dem Sitzungsbericht mitgeteilt ist. Ein „gesundenes Pressen“ war's für den Stadt. Cassel und eine erwünschte Gelegenheit, sich in „patriotische Entrüstung“ hineinzutoben, wobei der Stadt. Mom m sen ihm nach Kräften sekundierte. Was schert die Freisinnigen das Verlangen nach einer freiheitlichen Entwicklung Preußens, auf die das preußische Volk nun 100 Jahre hindurch vergeblich gewartet hat? Den Schrei der Arbeiterklasse nach Gleichberechtigung möchten sie ersticken in dem Trubel dieser Hundertjahrfeier, die letzten Endes nur dynastischen Zwecken dient. Die Entrüstungs-entwürfe der Wortführer des Freisinn sollen auf Antrag des Stadtverordneten Jacobi durch das „Gemeindeblatt“ veröffentlicht werden. Für treffende Kennzeichnung dieser Idee erntete Genosse Hoff m a n n einen Ordnungsruf.

Zu Beginn der Sitzung wurde der Entwurf der Organisation der Wohnungsfürsorge so genehmigt, wie der Ausschuss vorschlug. Genosse Heimann bedauerte, daß einige der von unseren Vertretern im Ausschuss beantragten Verbesserungen nicht durchgedrungen sind. Der Wohnungsnachweis ist abgelehnt worden, abgelehnt auch die Hinzuziehung von Frauen sowie eines Krankenfürsorgevertreters zu der Deputation für die Wohnungsfürsorge. Mit Freude begrüßte es unser Redner, daß andererseits der Ausschuss die Kostpendente erkannt hat, das Amt der Wohnungsinspektoren und der Wohnungspflege auch den Frauen zugänglich zu machen. Heimanns schonungslose Festsetzung der im Ausschuss zutage getretenen rüchständigen Anschauungen, die von Freisinnigen in dem Streit um die Frauen geäußert worden waren, regte den Stadtverordneten Galland auf. Ihn juckte es, darum fühlte er ein Bedürfnis, sich zu fragen. In seiner Hilfslosigkeit schloß er über die Stellung der Sozialdemokratie zur Frage der Gleichberechtigung der Frauen den tollsten Unsinn, den unsere Genossen mit schallendem Gelächter belächelten. Auf Anfragen Heimanns und auch Gallands erklärte Oberbürgermeister W e r m u t h, daß bezüglich der Uebertragung der Wohnungspolizei auf die Stadt noch immer kein Regierungsbescheid eingegangen ist. Ueber dieses Thema erging sich Stadtverordneter Cassel in längeren Ausführungen, durch die die Regierung sich wahrcheinlich nicht imponieren lassen wird. Den Herrn Galland fertigte Genosse Heimann in einer Erwiderung nach Gebühr ab. Der Organisationsentwurf wurde mit dem Ausschuss beschlossenen Änderungen einstimmig angenommen.

Fragen der Wohnungspolitik wurden auch in der Debatte berührt, die sich an den Magistratsantrag über die Abänderung des Bebauungsplanes für das Vorsigische Gelände knüpfte. Hier hatte die Stadt einmal versucht, die Schaffung eines Wohnviertels zu sichern, dem Luft und Licht reichlich zugeführt werden sollte. Wie und warum dieser Versuch gescheitert ist, das wurde von unserem Genossen Leid dargelegt. Scharf kennzeichnete er das Treiben der Terraineigenschaft, die ihr Privatinteresse gegen das Allgemeininteresse der Stadt durchzusetzen verstanden hat. Er beleuchtete auch die eigenartige Haltung, die dabei die Regierung eingenommen hat. Durch sie ist es der Terraineigenschaft ermöglicht worden, die hier auf eine gesündere Wohnungspolitik gerichtete Absicht der Stadt zu vereiteln. Den Stadtverordneten blieb jetzt nur übrig, dem Magistratsantrag auf Abschluß eines Vergleiches mit der siegreichen Eigenschaft zuzustimmen.

Die Berliner Beamtenchaft und die Landtagswahlen.

In einer von der Hauptgruppe Berlin des Bundes der Festbesoldeten einberufenen öffentlichen Versammlung, die im Restaurant Neumann in der Rosenthaler Straße stattfand, wurde beschlossen, den Berliner Landtagskandidaten, soweit sie den bürgerlichen Parteien angehören, eine Reihe von Forderungen zu unterbreiten und sich bei der Wahl nach der Stellungnahme der einzelnen Kandidaten zu richten. Die Forderungen sind: Sicherung des staatsbürgerlichen Rechtes der Festbesoldeten, Zuerkennung des passiven Kommunalwahlrechtes an alle Beamten und Lehrer, Aenderung der Bestimmung über die Residenzpflicht der Beamten und Lehrer entsprechend den veränderten Wohnungs- und Verkehrsverhältnissen, zeitgemäße Reform des preussischen Disziplinargesetzes von 1852, Abschaffung der geheimen Personalakten, Beseitigung der Arreststrafe für die unteren Beamten, Schaffung freier und unabhängiger Beamtenausschüsse und bessere Anpassung der Gehälter und Pensionen an die Teuerungsverhältnisse. In allgemeiner Hinsicht soll von den bürgerlichen Landtagskandidaten gefordert werden, daß sie für die Verteilung der Staatslasten nach der Leistungsfähigkeit der Steuerzahler auf Grund gerechter Steuererschätzung und für die Einführung des geheimen und direkten Wahlrechtes für Staat und Gemeinde unter Beseitigung der Klassenwahl eintreten.

Verprochen werden ja die bürgerlichen Kandidaten viel, aber auch bei ihnen ist Verprechen und Halten zweierlei.

Ueber die Verschandelung des Schlossparks in Niederschönhausen wird geschrieben:

Der herrliche Schlosspark in Niederschönhausen wird jetzt in einer Weise verhandelt, daß darüber allgemeine Entrüstung herrscht. Der dortige Schlosspark besitzt bekanntlich den prächtigsten Baumbestand Groß-Berlins. Dieser wird jetzt besonders in der Nähe des Schlosses beseitigt. Die schönsten Kastanien, Tannen, Linden, Buchen und Eichen liegen am Boden. Kerngesunde Prachtexemplare sind der Art zum Opfer gefallen. Diese „Verschönerung“ des Parks, die noch nicht abgeschlossen erscheint, hat natürlich die Gemüter beunruhigt. Niemand begreift den Zweck dieser Abholzung, denn es fehlt dort weder an Licht, noch an Luft, noch an Bienen. Den Bögeln werden Nistgelegenheiten entzogen und den Besuchern des Parks die Freude am Luftwandeln im Park vollständig vergällt. Leider ist schon so viel verdorben, daß man nur wenig ändern kann. Sollte noch mehr abgeholt werden, dann ist es mit der Schönheit dieses Parks vorbei.

„Leichtsinniges Spielen mit Menschenleben.“ so wird wohl das Urteil der Deffentlichkeit lauten, sollte einmal einem der morgens gegen 7 Uhr vom Osten verkehrenden überfüllten Hochbahnzüge ein Unglück zustoßen. Die zum Schutze der Fahrgäste bei etwa eintretendem Kurzschluß angebrachten Apparate sind bei der eng aneinandergelagerten Menschenmasse, die die Wagen füllt, unerreichtbar in Fällen der Gefahr. Keinem der Fahrgäste wäre es möglich, irgend etwas zu seiner Rettung zu tun. — Will die Hochbahngesellschaft ein derartiges Urteil vermeiden, so jorge sie schleunigt durch Einstellen von sechs-Wagenzügen an Stelle der drei-Wagenzüge für menschenwürdiger Beförderung der Fahrgäste. Dann werden auch die unliebsamen Szenen, die sich jeden Morgen auf den Bahnhöfen Köpenicker Tor, Prinzenstraße usw. abspielen, wobei den Fahrgästen beim Ein- und Aussteigen oft die Sachen zerrissen werden, vermieden lassen!

Die Gefahren der Jalousiearbeiter.

Die im Deutschen Holzarbeiterverbande organisierten Jalousiearbeiter veranstalteten am Sonntag neben einer Versammlung, die sich mit dem hygienischen Schutze auf den Bauten und in den Werkstätten beschäftigte, eine Ausstellung von Bildern und Modellen, die für die Laufbahnausstellung in Leipzig bestimmt sind. Bemerkenswert waren unter anderem zwei Modellmodelle, wovon das eine den Durchschnittstyp darstellt, der den Arbeitern auf den Bauten zur Verfügung gestellt wird, während das andere die Nachahmung eines Kollektivs bildete, das sich in einem Erdkeller eines Wohnhauses befand, nur von einer Seite zugeföhrt war und von circa 30 Arbeitern und 3 Arbeiterinnen benutzt werden mußte. Veranschaulicht wurden ferner das Modell eines Hauses sowie eine Anzahl Photographien, welche die gefährvolle Arbeit sowie die gesundheitschädliche Körperhaltung des Arbeiters bei dem Einlegen der Jalousien wiedergaben. Einige Leiter- und Gerüstmodelle, wie solche gegenwärtig benutzt werden, aber ihrer leichten Bauarbeit wegen verwerflich sind; und wie sie in ihrer Stabilität verlangt werden. Eine aufgenommenen Statistik über Berufsunfähigkeiten und Unfälle vervollständigten das erfolgreiche Unternehmen. War die Ausstellung auch nur klein, so bewiesen die Arbeiter damit, daß sie in Verbindung mit ihrer Organisation bestrebt sind, nicht nur für Verbesserung der Wohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten, sondern auch für die Erhaltung von Leben und Gesundheit. Vieles wurde ausgesprochen, daß sich der bekannte Sozialpolitiker und Besitzer der konstitutionellen Fabrik, Herr Heinrich Freese, dieselbe ansehen möchte; zweifellos würde er einsehen müssen, daß die von ihm einer rein privaten Angelegenheit wegen auf Pflaster geworfenen „roten Brüder“ bessere Sozialpolitiker sind wie er selbst.

Sieben Lichtenberger Bahnbeamte verhaftet. Umfangreichen Diebstählen auf dem Güterbahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde ist die Lichtenberger Kriminalpolizei auf die Spur gekommen. Die Täter, sieben Rangierer und Weichensteller, sind bereits verhaftet worden. Nachdem erst vor einiger Zeit größere Diebstähle an Bahngütern auf dem Lichtenberger Güterbahnhof aufgedeckt und die Täter verhaftet worden waren, wurden in den letzten Wochen wieder Diebstähle an Lebensmitteln in großem Maßstabe ausgeführt. Es stellte sich heraus, daß Güterwagen, die mit Pfomben verschlossen waren, erbrochen und beraubt worden waren. Die Täter zeigten dabei große Sachkenntnis und Vorsicht, indem sie die Pfomben nach dem Diebstahl wieder zusammenrückten. In letzter Zeit liefen unter anderem auch wiederholt von einer Häuteverwertungsgesellschaft Anzeigen ein, daß von den Posten Häuten, die die Gesellschaft zum Verkauf oder zur Verfertigung per Bahn erhielt, stets mehrere wertvolle Felle fehlten. Nachdem alle Nachforschungen der Bahnbehörden ergebnislos verliefen, wurde die Lichtenberger Kriminalpolizei mit der weiteren Verfolgung der Angelegenheit betraut, und es gelang ihr auch bald, einige Verläufer von gestohlenen Häuten zu ermitteln. Durch das Geständnis einiger Hehler konnten dann auch die Diebe festgenommen werden. Es sind sieben Rangierer und Weichensteller, die zum Teil schon längere Zeit bei der Eisenbahnverwaltung tätig sind. Der Wert der gestohlenen Häute allein beträgt mehr als 1200 M. Die Verhafteten sind dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden.

Das Ende vom Liede. Ich habe geliebt, geliebt und gemossen, mein ganzes Leben ist ein Roman.“ So stand auf einem Bette, den ein zunächst unbekannter Mann bei seinem Selbstmord hinterließ. Der Mann lebte am Montagabend in einem Hotel in der Köpenicker Straße ein, hegte sich gleich auf sein Zimmer und kam am anderen Tage nicht wieder zum Vorschein. Als man sich im Laufe des Tages nach ihm umah, fand man ihn tot im Bette liegen. Er hatte sich mit Morphium vergiftet. Die Persönlichkeit des Toten konnte man zunächst nicht feststellen. Unterdessen wurde der 26 Jahre alte Drogist Albert Moser aus der Landsberger Straße 1-2 vernahmt und am Mittwoch ergab sich, daß er der Selbstmörder ist. Moser, der aus Herxleben stammt, war der Sohn vermöglicher Eltern, lernte in der Drogerie in der Landsberger Str. 1/2, blieb dort auch

später, nicht zum Geschäftsführer auf und kaufte das Geschäft vor 1 1/2 Jahren, als sein Vater starb. Eine Schwester führte den ledigen jungen Mann die Wirtschaft. Die Drogerie ging sehr gut. Moller lebte jedoch sehr flott und kam trotz seiner großen Einkünfte in Verlegenheit. In der letzten Zeit äußerte er wiederholt, daß er zu einem bestimmten Zeitpunkt eine größere Summe brauche und ließ hierbei auch Selbstmordgedanken durchblicken. Wozu er das Geld brauchte, deutete er mit keinem Worte an. Es ist auch jetzt noch nicht aufgeklärt. Seit Montagabend war der Verstorbene vermist worden. Er hatte sich wohl grabenwegs von seiner Wohnung nach dem Hotel begeben, um sich dort zu vergiften.

Arbeitslosigkeit hat den 41 Jahre alten Dekorationsmaler Max Gutzeit aus der Lübecker Straße 10 in den Tod getrieben. In der Verzweiflung griff er zum Strick. Sein Bruder, den er gegen seine Gewohnheit seit drei Tagen nicht mehr besucht hatte, fand ihn gestern tot auf.

Ueberfallen, vergewaltigt und herabgeworfen wurde Mittwochabend ein 19 Jahre alter Dienstmädchen B. aus Budow. Das Mädchen wollte kurz nach 7 Uhr von seiner Wohnung nach Neukölln gehen. Am Bahnübergang zwischen Budow und Brix fielen plötzlich zwei Kerle über die Unglückliche her, warfen sie zu Boden, nahmen ihr die Brieftasche von 25 M. ab, taten ihr dann auch noch Gewalt an, ließen sie liegen und liefen in der Richtung nach Mariendorf zu. Die Ueberfallene kann die Täter nur oberflächlich beschreiben. Sie meint, daß beide etwa 25 Jahre alt und mittelgroß seien.

Aus der Spree gefahret wurde gestern in Charlottenburg die Leiche einer ungefähr 25 Jahre alten Frau, deren Persönlichkeit sich nicht feststellen ließ. Dem Befunde nach hat die Leiche wohl über vier Wochen im Wasser gelegen. Sie wurde nach dem Schauhaus in Berlin gebracht. Die unbekannte tote trug einen schwarzen Rock, eine gestreifte Bluse mit durchlöcherter Einsatze, einen Bartel mit gelbem Schloß, ein graues Winterjackett und schwarze Lederschuhe.

Die Leiche eines unbekanntes Mannes wurde in Treptow aus der Spree gefahret. Der tote ist ungefähr 50 Jahre alt und etwa 1,65 Meter groß, hat etwas Glatze, einen dunklen Schnurrbart und einen dünnen Vollbart und trug einen schwarzen Anzug, Tricotunterzug, ein weißes Hemd, wolene Strümpfe und Schnürschuhe.

Von einem tollwütigen Hunde gebissen wurden gestern nachmittag eine Anzahl Personen am Weinbergsweg. Ein Schuhmann streckte das Tier durch einige Schläge nieder. Ein Mann und eine Frau wurden sofort verbunden und Gegenmaßnahmen bei ihnen angewandt. Die übrigen noch von dem Tier gebissenen Personen konnten noch nicht ermittelt werden, da sie trotz der Wunden sich entfernten. Es ist dringend zu empfehlen, daß die anderen Personen, die von dem Hunde gebissen worden sind, sofort die Station des Instituts für Infektionskrankheiten in der Köpenickerstraße aufsuchen, um hier durch Gegenmaßnahmen den gefährlichen Folgen der Wisse vorzubeugen. Diese treten in der Regel erst nach ein bis zwei Monaten auf und können nur durch Schutzimpfung verhindert werden.

Vermist wird seit Montag, den 17. Februar, das 18 Jahre alte Fräulein Luise Kipping, Dolgier Str. 1, welches bei ihren Eltern wohnte. Die betrieblen Eltern nehmen an, daß dem Mädchen irgend ein Unglücksfall zugefallen sei. Diejenigen Personen, welche über den Verbleib der K. Angaben machen können, werden gebeten, ihre Adresse an Kipping, Dolgier Str. 1 abzugeben. Verbleibt war Fräulein K. mit blauem Tuchrock, grüner Sommerschleife, schwarzem Jackett, braunem Hut und schwarzen Schnürschuhen.

Vorort-Nachrichten.

In der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung brachte am Mittwoch der Kammerer Scholz den Etat ein. Es war keine leichte Aufgabe für den Leiter der städtischen Finanzen, den Antrag des Magistrats auf Erhöhung des Zuschlags zur Staatseinkommensteuer auf 110 Proz. zu begründen. Allerdings sind die Abschlässe der letzten Jahre, in denen der Zuschlag auf 100 Proz. bemessen war, befriedigende zu nennen, das Jahr 1911 schloß mit einem Ueberschuß von 1,2 Millionen Mark, auch das Jahr 1912 wird einen ähnlich hohen Ueberschuß ergeben. Aber andererseits läßt sich nicht bestreiten, daß in den nächsten Jahren die Ausgaben der Stadt, ganz besonders die für den Schuldendienst, gewaltig answellen werden, und man kann es dem Magistrat nachfühlen, wenn er sich auf den Standpunkt stellt: keine neuen dauernden Ausgaben ohne dauernde Einnahmen. Der Schuldendienst erfordert eine Million mehr, und auch die Ausgaben auf dem Gebiete der Verwaltung der Krankenhäuser sowie die der Armenverwaltung sind in ständiger Steigerung begriffen. Der Magistrat habe sich daher auf die Steuererhöhung begeben müssen. Neuen Steuern, z. B. einer Kinosteuer, einer Ausbarkeitssteuer oder der Schatzungssteuer stehe er grundsätzlich nicht ablehnend gegenüber, aber die Erträge daraus würden nicht ausreichen. Es bleibe nur eine Erhöhung des Einkommensteuereinzuschlags übrig. Auch die übrigen Groß-Berliner Gemeinden würden über kurz oder lang die 100 Proz. überschreiten. Trotz der höheren Steuern aber sei die größte Sparjamkeit geboten, und insbesondere müßten sich die Stadtverordneten auf dem Gebiete der Sozialpolitik, für das Charlottenburg im letzten Jahrzehnt viel aufgewendet habe, gewisse Beschränkungen auferlegen.

Namens der liberalen Fraktion wandte sich Stadtv. Wölmer mit aller Schärfe gegen die Erhöhung des Steuereinzuschlags. Ebenso wie bisher, so werde man auch 1913 mit 100 Proz. auskommen können. Seine Freunde könnten die Verantwortung für die 110 Prozent nicht übernehmen. Wesentlich sei es auch, auf die übrigen Gemeinden Groß-Berlins Rücksicht bei der Aufstellung des Etats zu nehmen, der Etat müsse vielmehr einzig und allein unter dem Gesichtspunkt Charlottenburgs betrachtet werden. Hat den Etat zu bilanzieren, könne man entweder höhere Einnahmen höher ansetzen oder Ausgaben zurücklassen oder auch auf Reserven zurückgreifen. Gemäß sei es richtig, daß die Schulden der Stadt gemindert sind, aber man dürfe auch nicht vergessen, daß von den Anleihen ein großer Teil auf solche für werdende Zwecke falle. Die Ausgaben für soziale Zwecke müßten mit dem Etat im Einklang stehen. Nur wenn es möglich sei, die Steuererhöhung zu vermeiden, werde der in der Abnahme begriffene Zugang von Steuereinzählern nach Charlottenburg wieder zunehmen.

Den gleichen Standpunkt nahm Stadtv. Dr. Stadthagen von den Unpolitischen ein, nur daß er seiner realistischen Bestimmung ganz offen Ausdruck verlieh. Für ihn steht es fest, daß man mit 100 Proz. auskommen müsse. Daß darunter notwendig soziale Aufgaben leiden müssen, ist ihm gleichgültig. Sparjamkeit ist für ihn die Hauptsache, natürlich Sparjamkeit am falschen Ende. Da soll der Etat der Krankenhäuser gekürzt, da soll das Tempo der Schulbauten verlangsam, da sollen die Armen nicht mehr ausreichend unterstützt werden, und das alles, damit die Bescheidenden nicht sozial Steuern zahlen sollen und der Zugang Wohhabender nach Charlottenburg wieder zunimmt.

Genosse Dr. Borchart führte den beiden Vorträgen gegenüber aus, der Etat verlange gebieterisch, über die 100 Proz. hinauszugehen, wenn man nicht an notwendigen Ausgaben sparen oder neue indirekte Steuern schaffen wolle. Schuld an der Finanzkatastrophe der Gemeinden sei die vom preußischen Reichslandparlament geschaffene antisoziale Steuererhebung. Undoubtedly sei es, wie der Stadtv. Stadthagen angesichts der Tatsache, daß der Etat 70 000 M. für Mietsräume für Schulbauten fordere, ein langweiligeres Tempo bei den Schulbauten empfehlen könne. Auf keinen Fall dürften die sozialen Aufgaben leiden. Im Gegenteil, die Forderungen der Kinderbenützten an die Stadtverwaltung seien noch lange nicht auch nur annähernd erfüllt. Im Gegensatz zu früher handle es sich heute nicht mehr darum, im Interesse von Groß-Berlin die 100 Proz. zu übersteigen, sondern der Charlottenburger Etat an sich verlange, daß wir darüber hinausgehen, wenn wir nicht indirekte Steuerquellen eröffnen wollen oder notwendige Ausgaben unterlassen wollen.

Nachdem sich noch Stadtv. Dr. Diepman in gleichem Sinne geäußert hatte, wie sein Parteifreund Dr. Stadthagen, wurde der Etat einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

Die von uns bereits inhaltlich wiedergegebene Vorlage betr. die Einrichtung von Vorbereitungsstellen wurde nach kurzer Debatte angenommen, ebenso die Vorlage betr. Erziehung einer Vorklasse an der Herderschule. Wegen die Vorarbeiten erklärten sich nur die Stadtv. Otto der allerdings nur im Namen einer kleinen Minderheit der Liberalen sprach, sowie der Stadtv. Stulz (Soz.), der darauf hinwies, daß die allgemeine Volksschule niemals Wirklichkeit werden würde, wenn immer wieder neue Vorklassen errichtet werden.

Abgelehnt wurde ein Antrag Stadthagen, der den Magistrat ersucht, Erhebungen und Erwägungen anzustellen, ob der Verschulung der wenig und minder bemittelten Bevölkerung durch geeignete Maßnahmen der Stadtgemeinde entgegen gearbeitet werden kann, ein Antrag, über den sich die Antragsteller anscheinend selbst nicht klar sind und der u. a. von unserem Genossen Jietzsch sowie von dem Bürgermeister Raiser bekämpft wurde.

Lichtenberg.

Die Stadtverordneten-Gruppenwahlen im 18. Bezirk der dritten Abteilung und im 2. Bezirk der zweiten Abteilung finden am Sonntag, den 23. Februar, bezw. am Montag, den 24. Februar, statt. Bekanntlich hatte die bürgerliche Majorität der Interims-Stadtverordnetenversammlung die Wahl des Genossen Dill im 18. Bezirk für ungültig erklärt, weil sie dessen Vollwertigkeit als Hausbesitzer in Zweifel zog. Die Wahl Gläners wurde kassiert, weil des Genossen preußische Untertänigkeit um einige Tage zu kurz gewesen sein soll. Der Zweck der Ungültigkeitserklärung beider Mandate ist klar. Die vereinigten Bürgerlichen hoffen diese beiden Bezirke zu erobern. Diese Absicht muß durchkreuzt werden, indem die wertvolle Bevölkerung nun erst recht durch einmütiges Eintreten für die sozialdemokratischen Kandidaten deren Wahl sichert.

Die Wahl für den 18. Bezirk der dritten Abteilung am Sonntag, den 23. Februar, findet von mittags 12 Uhr bis abends 7 Uhr wiederum im Restaurant von Karl Schulz, Sudrumstraße 5, statt.

Die zweite Abteilung des 2. Kommunalwählerbezirks wählt am Montag, den 24. Februar, von mittags 12 bis abends 6 Uhr im Lokal von Hugo Priegel, Jungstr. 33.

Als Vorkämpfer für die zahlreichen Staats- und Gemeindebeamten haben die Bürgerlichen einen Eisenbahnbeamten und einen Oberlehrer zu Kandidaten erkoren.

Neukölln.

Mit der Reorganisation der Partei in Groß-Berlin beschäftigte sich die Generalversammlung des Wahlvereins, welche am 18. Februar bei Bartsch stattfand. Das einseitige Referat hatte der Genosse Scholz übernommen. Derselbe verwies darauf, daß die Vorbereitungen auf Reorganisation der Partei in Groß-Berlin im Sommer vorigen Jahres einsetzen. Die von verschiedenen Parteigenossen im „Vorwärts“ gemachten Reorganisationsvorschläge seien nicht ohne weiteres annehmbar gewesen. Daher sei die Reorganisationsfrage auf einige Zeit vertagt worden. Diese Zeit sei benutzt worden, um einige der Vorschläge, z. B. Hauskassierung, Abteilungsverfammlungen anstelle der Jahlabende usw. auf ihre Durchführbarkeit und Erfolge zu untersuchen. Der Vorstand schlage vor, die Jahlabende weiter bestehen zu lassen. Die Abteilungsverfammlungen hätten durchaus keinen größeren Besuch gebracht. Außerdem seien die Jahlabende aber auch notwendig zur Erledigung der Kleinarbeit. Trotz der verhältnismäßig schlechten Resultate, welche die Abteilungsverfammlungen ergeben haben, ersuche der Vorstand aber doch, daß in jeder Abteilung alle Vierteljahre eine solche abgehalten werde. Durch Einladung Unorganisierter und durch Referate könne hier gute Agitations- und Aufklärungsarbeit geleistet werden. Bezüglich der Hauskassierung schlage der Vorstand vor, die Kassierung auf den Jahlabenden beizubehalten, jedoch von Mitgliedern, welche den laufenden Monat nicht bezahlt haben, diesen Beitrag durch Hauskassierer abholen zu lassen. Der Referent führte hierbei eine ganze Reihe von Städten an, wo die Hauskassierung bereits eingeführt sei und gute Erfolge damit erzielt worden waren. Den Beginn aller Reorganisationsarbeiten solle man nicht von unten, sondern von oben anfangen. Die acht einzelnen Organisationen von Groß-Berlin müssen zu einer einheitlichen zusammengefaßt werden. Der Verlust der vermeintlichen Selbstständigkeit der einzelnen Organisationen sei nicht so tragisch zu nehmen, denn Zentralvorstand und Generalversammlung von Groß-Berlin hätten heute schon ziemlich weitgehende Kompetenzen. Was man in dieser Hinsicht verfehlen könne, werde doppelt ausgeglichen durch die Vorteile, welche eine einheitliche Organisation bringe. Vor allen Dingen liege ein solcher Zusammenstoß im Interesse der kleinen Wahlkreisorganisationen. Zu diesen, von Genossen Scholz ausführlich begründeten Anträgen des Vorstandes waren noch einige Änderungs- bzw. Ergänzungsanträge von Unterbezirken eingegangen. Als erster Diskussionsredner erklärte sich der Genosse Karl Franke mit den Anträgen des Vorstandes einverstanden bis auf den, die Hauskassierung betreffend. Er begründete dabei einen Antrag seiner Fraktion, welcher erst nach zweimonatigem Testieren ein Vorgesprochen bei dem betreffenden Mitglieder verlangt. Redner meinte, daß die Hauskassierung die Funktionäre nicht aufhalte. Außerdem sei die Belastung der Funktionäre eine zu weitgehende. Den Abteilungsverfammlungen stehe er sehr pessimistisch gegenüber, da seine Abteilung geizig habe, daß in solchen Versammlungen nur 15 Proz. in allen Jahlabenden über 27 Proz. der Mitglieder erschienen. Auch die Genossen Schuber und Krüger wandten sich gegen die Hauskassierung. Ersterer meinte, man werde dadurch die Jahlabende noch mehr von Mitgliedern entziehen. Sämtliche anderen Redner erklärten nicht nur ihr Einverständnis mit den Anträgen des Vorstandes, sondern traten auch den Gegnern der Hauskassierung scharf entgegen. Besonders die Genossen Otto Franke, Neumann und Pfeifer erklärten aus ihrer Erfahrung in anderen Orten und Organisationen, welche Vorteile die Hauskassierung bringen werde. Nach einem kurzen Schlußwort des Genossen Scholz wurde der Antrag betreffend Hauskassierung gegen eine schwache Minorität, die übrigen Vorstandsanträge einstimmig angenommen. Alle Gegenanträge wurden abgelehnt. Bei der Verhandlung einiger interner Angelegenheiten wurde noch am möglichsten rege Beteiligung bei der am Sonntag, den 23. Februar, beginnenden Agitation für den Verein Jugendheim und auf die am selben Tage mittags 12 Uhr in Bartsch stattfindende Versammlung der Jugendlichen (über 18 Jahre), in welcher der Genosse Liebnicht sprechen wird, verwiesen.

Der Elternverein für Sport und Wandern veranstaltet am Sonntag, den 23. Februar, eine Familienpartie nach Mariendorf. Treffpunkt Ringbahnhof Neukölln, Abfahrt pünktlich 12 1/2 Uhr mittags. Rege Beteiligung erwünscht.

Zur Vergrößerung des Industriegebietes beschloß der Magistrat in seiner letzten Sitzung den Ankauf mehrerer Grundstücke am Schiffbrötchenkanal und an der Münschen Allee zum Preise von 1 350 000 M. Für diejenigen Gasmesser, die neben einer anderen Beleuchtung lediglich als Reservereanlage durch die Konsumenten benutzt werden, soll in Zukunft die doppelte Miete erhoben werden. Der Antrag der Schuldigen auf Anstellung eines städtischen Beamten wurde abgelehnt. — Der Vertrag mit der Landgemeinde Berlin-Brick über die Versorgung des Gemeindegebietes mit elektrischem Strom wurde in der vorgelegten Fassung genehmigt.

Mariendorf-Tempelhof.

Der Bildungs- und Jugendausschuß veranstaltet am Sonntag, den 23. Februar, eine Besichtigung des Gaswerks Mariendorf. Treffpunkt 9 1/2 am Eingang in der Ringstraße. Zum Stiftungsfest des Wahlvereins Mariendorf am Sonnabend, den 8. März, sind Billette bei den Bezirksführern zu haben.

Der Vorstand.

Zur Vergrößerung des Industriegebietes beschloß der Magistrat in seiner letzten Sitzung den Ankauf mehrerer Grundstücke am Schiffbrötchenkanal und an der Münschen Allee zum Preise von 1 350 000 M. Für diejenigen Gasmesser, die neben einer anderen Beleuchtung lediglich als Reservereanlage durch die Konsumenten benutzt werden, soll in Zukunft die doppelte Miete erhoben werden. Der Antrag der Schuldigen auf Anstellung eines städtischen Beamten wurde abgelehnt. — Der Vertrag mit der Landgemeinde Berlin-Brick über die Versorgung des Gemeindegebietes mit elektrischem Strom wurde in der vorgelegten Fassung genehmigt.

Mariendorf-Tempelhof.

Der Bildungs- und Jugendausschuß veranstaltet am Sonntag, den 23. Februar, eine Besichtigung des Gaswerks Mariendorf. Treffpunkt 9 1/2 am Eingang in der Ringstraße. Zum Stiftungsfest des Wahlvereins Mariendorf am Sonnabend, den 8. März, sind Billette bei den Bezirksführern zu haben.

Potsdam.

Das Preisauschreiben für den Potsdamer Rathausneubau. Dem Stadtparlament hat der Magistrat jetzt den Entwurf zum Preisauschreiben zur Erlangung von Entwürfen für den Neubau eines Rathauses unterbreitet. Ueber die Entwürfe entscheidet ein Preisgericht unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Losberg, dem u. a. der Stadtverordnetenvorsteher Polke, der Polizeipräsident v. Stard, Stadtbaurat Kimmann, Geh. Baurat Professor Goede, Stadtbaurat Krieh, Stadtbaurat Prof. Grünig und in Vertretung der Bürgermeister, der Stadtverordnetenvorsteherstellvertreter sowie Regierungsrat Mund und Prof. Peter Bedens-Neubabelberg angehören. Zur Preisberechtigung haben 19 000 M. zur Verfügung, 8000 M. für den ersten, 5000 M. für den zweiten und je 3000 M. für die beiden dritten Preise. Drei weitere Entwürfe werden für je 1000 M. auf Beschluß des Preisgerichts angekauft. Als Bauplatz steht der vom Alten Markt, der Schorrenstraße, dem Mühlberg und der Brauerstraße umschlossene Häuserblock zur Verfügung, einschließlich der Verbindungsgasse zwischen Schorrenstraße und Brauerstraße. Bedingung ist die Erhaltung der nach dem Alten Markt und der Schorrenstraße zu gelegenen Fassaden des alten Rathauses und die Beibehaltung des turmförmigen Aufbaues mit dem krönenden Atlas. Den Bewerber bleibt es überlassen, eine Verbindung zwischen dem Palais Barberini und dem Rathaus herzustellen. Nach dem genehmigten Raumprogramm sind insgesamt 124 Bureauräume inklusive drei Sitzungssäle unterzubringen. Für sie ist ein Flächenraum von 4553 Quadratmeter vorgegeben. Im Kellergehoß wird ein geräumiger Ratstellersaal eingerichtet.

Die Errichtung einer Landkrankenasse für Potsdam hat der hiesige Magistrat beschlossen. Dieser Beschluß ist um so verständlicher, als sich die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die hierüber gebürt worden sind und auch das Versicherungsgesamt gegen die Errichtung ausgesprochen hat. Die verläutet, sollen bei dem Beschluß des Magistrats keine Motive ausschlaggebend gewesen sein. Durch das Eingehen des Dienstbotenabkommens im Krankenhaus rechnet man mit einer Mindereinnahme; dieser Verlust soll nun durch die Errichtung einer Landkrankenasse wieder wettgemacht werden. Die Stadtverordneten werden hoffentlich mehr Verständnis für die Versicherungspflichtigen haben und dem Beschluß des Magistrats nicht beitreten, sondern sich die Gründe bei der Ablehnung des Magistratsbeschlusses zu eigen machen, die ihnen kürzlich von dem Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenasse unterbreitet worden sind.

Jugendveranstaltungen.

Neukölln. Sonntag, den 23. Februar: Wanderung nach Trebnau, Bergfelde, Summi, Grotte, Riesenwerber. Jahrgeld 90 Pf. Abfahrt Bahnhof Hermannstraße 6.00 Uhr, von den anderen Bahnhöfen entsprechend später.

Ober-Schöneeweide. Am Sonntagabend, den 22. d. M., abends 8 Uhr, findet im Lokale von Prochowski, Rathausstr. 10, für die Arbeiterjugend ein Lichtbildvortrag: „Streikzüge durch die Welt“ statt. Jugendliche Personen unter 18 Jahren haben freien Eintritt, Erwachsene zahlen 20 Pf. Eine Aufnahmekarte dieses mit 110 farbigen Lichtbildern ausgestatteten Vortrages kann nur empfohlen werden.

Rosenthal. Die Arbeiterjugend von Rosenthal unternimmt am Sonntag, den 23. Februar, einen Spaziergang nach Hämmerlinge (Rehlich). Die Teilnehmer treffen sich mittags 1 Uhr im Jugendheim. Abmarsch 1 1/2 Uhr. Wiederbücher nicht vergessen. Auch die Teilnahme der Eltern und erwachsenen Geschwister ist erwünscht.

Eingegangene Druckchriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 21. Heft des 11. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Totentanz, Von R. H. — Großindustrie und Gewerkschaftsarbeit, Von Richard Bold. — Marx und seine wütlichen Bekämpften in den vierzig Jahren, Von R. Wjlanoff (Schuk). — Die Steigerung der Lebensmittelpreise in Japan, Von S. Katayama (Loko). — Grundfragen der Erziehung, Von Arnulf. — Literarische Rundschau. — Notizen: Der Sieg des Großkapitals in der Arbeiterbewegung, Von H. W. — Zeitschriften.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeitenden, ist und soeben Nr. 11 des 21. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Kästen für unseren Tag! — Kampf und Streikjahr. III. Von H. B. — Bezirks-Präsidentenreferenzen. III. Von Luise Jitz. — Frauenarbeit in Finnland, Von M. M. — Frauen- und Kinderarbeit in Schonen, II. Von H. F. — Die Landarbeiterfrage auf dem Verhandlungs- und Landarbeiter und auf dem Bauerntag, Von F. — Schredliche Folgen der Wintermilde. Von R. R.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgebühr 35 Pf.; unter Kreuzband 55 Pf. Jahresabonnement 2,00 M.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 5. Nummer des 20. Jahrgangs 16 Seiten stark erschienen und enthält ein Gedicht für die beiden deutschen Dichter Otto Ludwig und Friedrich Heibel, deren biederliche Gedächtnisfeier in diesen Tagen überall gefeiert wurden. Dem Gedicht sind zwei vortreffliche Bilder der Dichter und eine stimmungsvolle Signette beigegeben. Ferner bringt die Nummer als Widmung für den Deutschen Arbeiterverband von Karl Feller der ersten hunderttausend Mitglieder „Das Arbeiterlied“ von Karl Underling, in Musik gesetzt von G. Ad. Hoffmann.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Grobnummern sind jederzeit durch den Verlag von J. H. W. Dieck Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolportageuren zu beziehen.

Feie- und Lektüerklub „Paul Singer“. Sitzung jeden 1. und 3. Freitag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Karl Sed. Samariterstraße 17. Nächste Sitzung: Freitag, den 21. Februar, Vortrag: Gäste willkommen.

Arbeitervereinsverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 23. d. M.: Wanderung von Griner nach Köpenickerberg, Rüdendorf, Stienhiser, Erbsauer. Abfahrt nach Griner vom Alexanderplatz 7.20 Uhr. 7.30. Gäste willkommen.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Sonntag, den 23. Februar: Wanderfahrt nach Cramenburg, Rorichaus Jähndorf, Summi, Bergfelde, Trebnau. Abfahrt 7.40 Stettiner Hauptbahnhof. Gäste willkommen.

Zur Beachtung: Die für Sonntag, den 2. März, festgesetzte Tour findet nicht statt.

Marktpreise von Berlin am 19. Februar 1913, nach Ermittlungen des Royal-Vollzugsbüros. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,72 bis 19,80, mittel 19,56—19,64, geringe 19,40—19,48. Roggen, gute Sorte 16,78—16,80, mittel 16,74—16,76, geringe 16,70—16,72 (ab Bahn). Butter, gute Sorte 16,90—17,50, mittel 16,20—16,80, geringe 15,60—16,10. Eier, gute Sorte 18,30—20,30, mittel 16,50—18,30 (jei Hagen und ab Bahn).

Marktpreise von Berlin am 19. Februar 1913, nach Ermittlungen des Royal-Vollzugsbüros. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,72 bis 19,80, mittel 19,56—19,64, geringe 19,40—19,48. Roggen, gute Sorte 16,78—16,80, mittel 16,74—16,76, geringe 16,70—16,72 (ab Bahn). Butter, gute Sorte 16,90—17,50, mittel 16,20—16,80, geringe 15,60—16,10. Eier, gute Sorte 18,30—20,30, mittel 16,50—18,30 (jei Hagen und ab Bahn).

Marktpreise von Berlin am 19. Februar 1913, nach Ermittlungen des Royal-Vollzugsbüros. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,72 bis 19,80, mittel 19,56—19,64, geringe 19,40—19,48. Roggen, gute Sorte 16,78—16,80, mittel 16,74—16,76, geringe 16,70—16,72 (ab Bahn). Butter, gute Sorte 16,90—17,50, mittel 16,20—16,80, geringe 15,60—16,10. Eier, gute Sorte 18,30—20,30, mittel 16,50—18,30 (jei Hagen und ab Bahn).

Witterungsübericht vom 20. Februar 1913.

Stationen	Barometere-stand mitt. über den Tag	Windrichtung	Windstärke	Temperatur mitt. über den Tag	Stationen	Barometere-stand mitt. über den Tag	Windrichtung	Windstärke	Temperatur mitt. über den Tag
Empnembe	769	Still	—	—	Sabaranda	745	4	—	—
Gamburg	768	SW	2	—	Veterobrunn	769	SW	1	—
Berlin	768	0	1	—	Siedlitz	768	SW	1	—
Frankfurt a. M.	765	0	1	—	Aberdeen	771	SW	3	—
München	765	0	1	—	Paris	761	SW	1	—
Wien	768	0	1	—					

Wetterprognose für Freitag, den 21. Februar 1913.
Etwas gelinder, vorherrschend mäßig mit Niederschlägen und trübem wolkigen Himmel.
Berliner Wetterbureau.
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.